



AIB

2V 7426 E

2,50 DM

Januar

1/1983

14. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



El Salvador

Nikaragua



Die Invasoren werden erwartet



Brasilien • Türkei
Persischer Golf
Kuba

Inhalt

AIB-Aktuell	
1983 – Jahr der Raketenstationierung?	2
Nikaragua	
Von der stillen zur offenen Invasion	4
Dialogvorschlag der FMLN/FDR	6
El Salvador	
Die FMLN erkämpft Positionsgewinne	8
Friedensinitiative Mexikos und Venezuelas	10
Kuba	
Ist Kubas Wirtschaft bankrott?	12
Brasilien	
Kongreßwahlen im Schatten der Militärs	15
Uruguay	
Volksvotum für echte Demokratisierung	18
Indochina	
Die Allianz China – USA (2)	21
Register 1982	23
Naher und Mittlerer Osten/ Indischer Ozean	
Der Persische Golf im Zugriff der Reagan-Administration	35
Bahrain	
Das Khalifa-Regime in Bedrängnis	39
Türkei	
Die Verfassung der Junta	42
BRD – Dritte Welt	
Neue Akzente auf dem 6. BUKO	46
Kultur	
Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez	48
Rückblick	
Der Mord an Amílcar Cabral	50
Rezensionen	
Neuerscheinungen zu El Salvador	51
Infodienst	52
Kurzinformationen	53
Kommentar	
Apròpos Seerecht	56



San Pedro / El Salvador: Splittergräben bieten Schutz vor Bombenkrieg der Armees

Persischer Golf

S. 35

Der Zugriff der USA auf die Golfregion hält an. Im Rahmen unserer Serie über die US-Strategie in der Ölregion und im Indischen Ozean erhehlen wir diesen Knotenpunkt des globalen Interventionismus.

Darüber hinaus stellen wir die Golfinsel Bahrein vor, die derzeit zum zentralen US-Militärstützpunkt im Golf ausgebaut wird. Doch das Khalifa-Regime steht unter starkem innerem Druck.



Nobelpreisträger Garcia Marquez

S. 48

Kaum ein anderer Dichter unserer Tage erreicht solche Auflagenziffern wie er. Kaum ein anderer lebender Schriftsteller versteht sich auf den Einsatz der Schreibmaschine als Waffe im politischen Kampf so gut wie der Kolumbianer Gabriel Garcia Marquez. Mit ihm erhielt zum vierten Mal ein Lateinamerikaner den Nobelpreis für Literatur.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Brönnner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, U. Eymann, P. Garcia, A. Gonzales, P. Grund, Th. Meier, D. Mies, H. J. Nieth, J. Ostrowsky, U. Rupp, G. Schmidt-Bollmann, L. Schmitz, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 9. Dezember 1982

Anzeigen: Magazin-Verlag, KK3W, Guatemala Informationsstelle, Deutsche Volkszeitung, MERIP Reports, Solidarität, Weltkreis Verlag, rote blätter

AIB-Aktuell: 1983 — Jahr der Raketenstationierung?

Wie eine nochmalige Perversion des ohnehin schon pervertierten Denkens der Reagan-Leute hörte es sich an, als der US-amerikanische Präsident am 23. November 1982 in einer landesweit ausgestrahlten Fernsehansprache zur Begründung seines neuesten Affronts gegen die Entspannung ausgerechnet die Kinder zitierte: „Unsere Kinder sollen nicht in Angst aufwachsen“, so der alte Schauspieler. „Sie sollen sich nicht vor der Zukunft fürchten müssen.“

Das Fürchten allerdings kann einen der neue Reagan-Coup schon lehren. Nach dem Strickmuster der „Nulloption“ verband der US-Präsident sein Angebot zu einigen vertrauensbildenden Maßnahmen mit der Botschaft, die Washingtoner Administration habe beschlossen, die Aufstellung 100 neuer strategischer Atomraketen vom Typ MX nunmehr zügig in Angriff zu nehmen. Jede dieser Raketen soll mit zehn nuklearen Sprengköpfen bestückt werden, jeder Sprengkopf über die 17fache Sprengkraft der Hiroshimabombe verfügen. Zur Begründung führte R. Reagan an, die neuen MX-Raketen seien notwendig, um die Sowjetunion bei den Genfer Verhandlungen über strategische Interkontinentalwaffen (START) zu Zugeständnissen zu bewegen. Das schließt das „Angebot“ ein, die USA würden auf die Aufstellung der MX verzichten, falls sich die UdSSR zur Verschrotung eines Teils ihrer schweren Langstreckenraketen vom Typ SS 18 bereitklärten.

Spätestens dieses neue MX-Programm signalisiert, daß Washington längst auch im Bereich der Interkontinentalraketen die Annahme eines annähernden Gleichgewichts der Rüstungen fallengelassen hat und nunmehr — wie seit dem Mittelstreckenraketen-Beschluß der NATO vom 12.12.1979 — auch in diesem Bereich militärische Überlegenheit anstrebt. Die Erfolgsaussichten der beiden Genfer Verhandlungsrunden in den Bereichen Interkontinental- und Mittelstreckenraketen tendieren damit gegen Null.

„Ernsthafte Gespräche“, so US-Chef-Unterhändler in Genf, Paul Nitze, wird es ohnehin „erst geben, nachdem unsere Streitkräfte ausgebaut worden sind, und dafür brauchen wir zehn Jahre.“ (Stern, Nr. 48/1982) Auf 1,6 Bio Dollar ist dieses Ausbauprogramm veranschlagt, das neben MX, Pershing II und Cruises Missiles die Anschaffung einer neuen Generation B-1-Bomber für den Langstreckenbereich und eine Verstärkung der NATO-Streitkräfte im konventionellen Bereich vorsieht.

Letzteres hat die NATO-Außen- und Verteidigungsministerkonferenz am 1.12.1982 in Brüssel bereits abgesegnet. Es soll unter dem Stichwort „assault breaker“ (tiefer Schlag) auch konventionelle Kriege tief auf das Territorium der Warschauer Vertragsstaaten tragen und der US-Rüstungsindustrie neue Aufträge im Wert von 10 Mrd Dollar bringen. Die USA gehen heute davon aus, wie es das im August 1982 erschienene offizielle Armeelehrbuch „Field Manual 100-5“ freimütig zugibt, daß es Ziel ihrer Militärstrategie sei, „jeden künftigen Krieg (also auch den Atomkrieg!; d. Red.) zu gewinnen, nicht nur, die Niederlage zu verhindern“.

Die Friedensbewegung zeigt Flagge

Welche Aussichten bestehen vor diesem Hintergrund für das zentrale Ziel der Friedensbewegung hierzulande, die für Dezember 1983 vorgesehene Stationierung von 108 Pershing II und 96 Cruises Missiles zu verhindern?

Geht es nach CDU-Bundeskanzler H. Kohl, so steht die Stationierung fest. Bei seinem Besuch in Washington vom November 1982 stellte er den Reagan-Leuten einen Freibrief darüber aus, in Genf Kompromisse zu verweigern, indem die sog. Null-Option R. Reagans von Bonn voll mitgetragen wird. In der Bundesrepublik haben derweil unter strengster Geheimhaltung die Bauarbeiten für die Stationierung schon begonnen. Als Standort für die 96 Cruises Missiles ist der Großraum Bitburg in der Eifel vorgesehen. Die 108 Pershing II sollen in der Nähe von Heilbronn, Neu-Ulm und Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd stationiert werden.

Ob die neuen Atomraketen im Herbst 1983 tatsächlich stationiert werden, hängt indessen von einer Reihe von Faktoren ab, vor allem davon, ob es der Friedensbewegung gelingt, weiterhin so erfolgreich wie im vergangenen Jahr zu mobilisieren und ihre ganze Kraft auf die Verhinderung der Raketenstationierung zu konzentrieren. Dazu gehört vor allem die Verbreiterung der Bewegung bis tief in den gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen und christlichen Bereich hinein.

In der SPD gilt es jene Kräfte zu stärken, die aktiv für ein Moratorium bei atomaren Waffen eintreten. Nützlich wäre es, wenn die SPD



Bochum im September 1982 — eine von zahllosen Friedensmanifestationen gegen die Raketenstationierung

sich zu der Position durchringen könnte, zur Stationierung Nein zu sagen, da der vorgesehene Termin für die Genfer Verhandlungen nicht eingehalten werden kann.

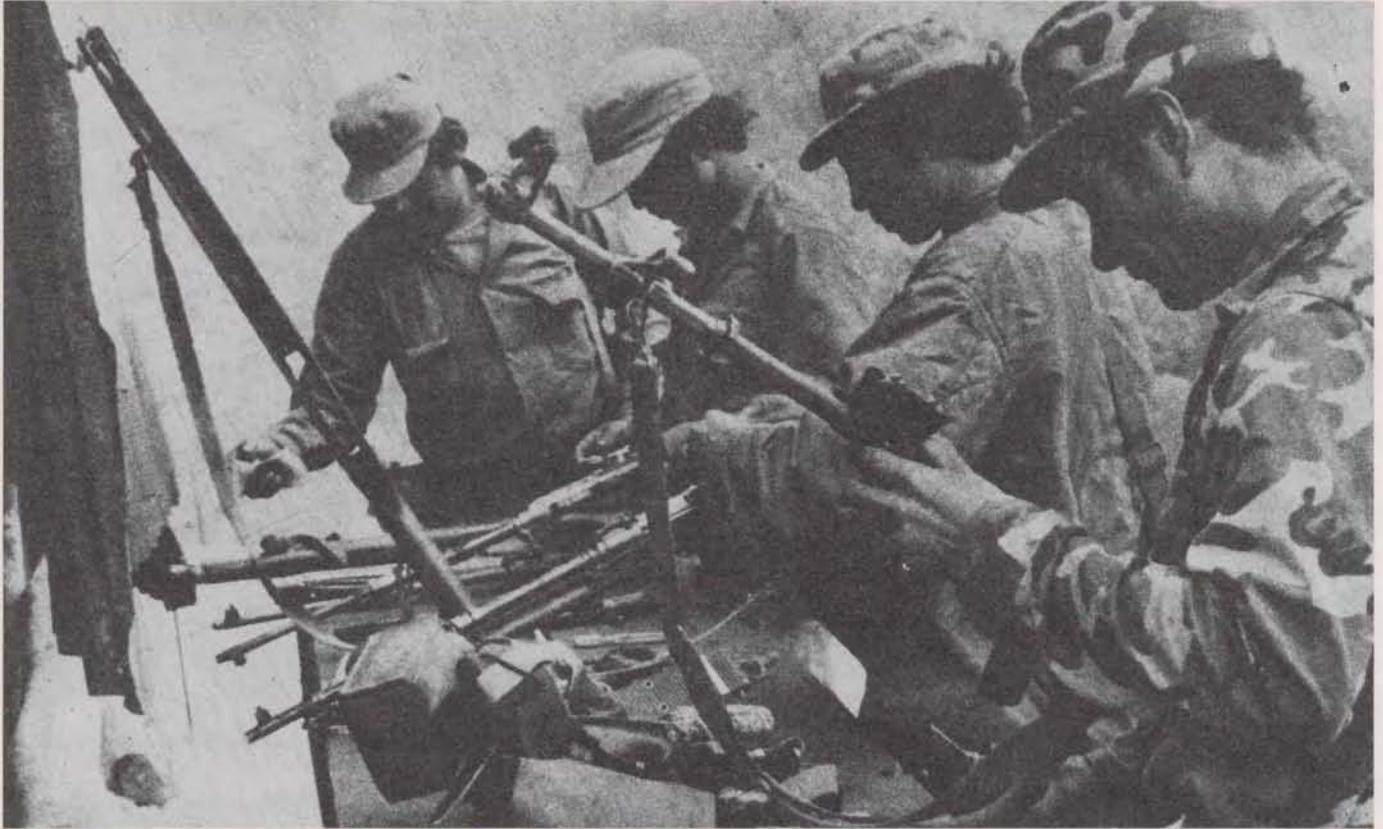
Eine eindeutige Verdammung des Atomwaffeneinsatzes, wie sie die katholischen Bischöfe der USA vormachten, ist von den bundesdeutschen Amtskollegen zwar vorerst nicht zu erwarten, wohl aber eine noch stärkere Teilnahme der Christen am Friedenskampf. Der Evangelische Kirchentag im Juni 1983 könnte hier neue Zeichen setzen. Die Aktionsperspektive der Friedensbewegung für das Jahr 1983 steht bereits in entscheidenden Umrissen fest. Auftakt vielfältigster Aktivitäten werden große regionale Manifestationen sein, die die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten aus Anlaß des 50. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung am 29.1.1983 durchführen wird. Überall bereitet man schon jetzt die Ostermärsche vor.

Sicher werden auch die DGB-Kundgebungen am 1. Mai d.J. zu friedenspolitischen Manifestationen werden: Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Hochrüstung ist unübersehbar geworden. Weitere Aktionsdaten werden der 6. August (Hiroshimataag) und der 1. September (Antikriegstag) sein. In zahllosen örtlichen Friedensaktivitäten wird daran gearbeitet, möglichst viele Straßen, Städte und Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Gleichzeitig geht die Arbeit mit dem Krefelder Appell weiter, der mit seinen jetzt über 3 Mio. Unterschriften 1983 zum Volksentscheid gegen die Raketen werden kann. Um alle Aktivitäten zusammenzufassen und kurz vor der endgültigen Entscheidung noch einmal das gesamte Gewicht der Friedensbewegung in die politische Waagschale zu werfen, ist für den Herbst 1983 eine — mit der US-amerikanischen „Freeze“-Bewegung koordinierte — Großaktion geplant, deren genauere Ausgestaltung auf einer weiteren Aktionskonferenz der Friedensbewegung im April 1983 festgelegt werden soll.

Die Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung ist aufgerufen, ihre Thematik in all diese Aktionen einzubringen. Denn in der Hochrüstungs- und Interventionspolitik der NATO-Mächte nimmt jenes Maß an imperialistischer Aggressivität für uns wie für die Völker der Dritten Welt, sei es in Mittelamerika, Nahost oder dem Südlichen Afrika, gleichermaßen Gestalt an.

Nico Biver

Von der stillen zur offenen Invasion



Sandinistas beim Inspizieren von Waffen, die von eingeschickerten Somozisten erbeutet wurden.

Am 8. Dezember 1982 wurde im US-Repräsentantenhaus einstimmig eine Klausel angenommen, die es der Regierung Reagan verbietet, Kommandos, die den Sturz der nikaraguanischen Regierung betreiben, finanziell zu unterstützen. In der gleichen Woche sagte die honduranische Regierung endgültig die für Dezember geplanten gemeinsamen Manöver mit US-Streitkräften an der nikaraguanischen Grenze ab.

Diese beiden Ereignisse sind das Resultat sowohl innenpolitischen als auch außenpolitischen Drucks auf die beiden Regierungen, der sich aufgrund spektakulärer Enthüllungen in den Medien der USA im Oktober und November 1982 erheblich verstärkt hatte. Deuteten Berichte der Washington Post vom 15./16.10.1982 und Erkenntnisse der nikaraguanischen Regierung noch auf eine militärische Invasion gegen Nicaragua im Dezember 1982 hin, so erklärte die nikaraguanische Vizeaußenministerin Nora Astorga am 7. Dezember, daß der Angriff verschoben worden sei.

Die Sandinistas „loswerden“

Bisher hatten die USA versucht, die Revolutionsregierung in Nicaragua vor allem mit nichtmilitärischen Mitteln zu bekämpfen. Dies beinhaltete sowohl die Unterstützung der zivilen Opposition und der Unternehmer als auch die Organisation eines finanziellen und wirtschaftlichen Boykotts gegen Nicaragua.¹ Auf diplomatischem Gebiet wurde ver-

sucht, das Land als einen kubanischen und sowjetischen Satelliten hinzustellen, um es damit zu isolieren.

Da diese Maßnahmen aber nicht zum gewünschten Ziel führten, nämlich „die Sandinistas loszuwerden“, wie es der US-Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Thomas Enders, formulierte,² bereiteten die USA eine militärische Lösung vor. Dies setzt voraus, daß ein Interventionsgrund oder -anlaß gefunden wird, daß andere Kräfte sich daran beteiligen und daß sie internationale Unterstützung erhält.

Um einen militärischen Angriff zu rechtfertigen, wirft die Reagan-Administration Nicaragua vor, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) in El Salvador mit Waffen zu beliefern³ und neuerdings, die honduranische Opposition zu unterstützen. Gleichzeitig wird Nicaragua beschuldigt, die größte Militärmacht Mittelamerikas mit Hilfe Kubas und der Sowjetunion aufzubauen.

Doch fehlen bisher glaubwürdige Beweise für den unterstellten sandinistischen Waffenschmuggel und rüstet Honduras stärker auf als Nicaragua. Außerdem verzichteten die Sandinistas auf den Aufbau einer Luftwaffe. Und sie boten Honduras gemeinsame Grenzkontrollen an. Damit wurde der Kampagne Washingtons der Wind aus den Segeln genommen. Interventionsanlaß kann deshalb nur eine gezielte Provokation sein, die wahrscheinlich von der honduranischen Armee oder den Somoza-Söldnern ausgehen dürfte.

Diese sind auch die unproblematischsten Partner in der Um-

sturzplanung der USA, da man durch sie die Invasion als eine innernikaraguanische Angelegenheit verschleiern kann. In der Vergangenheit wurden sie vor allem dazu benutzt, Nicaragua durch sporadische Überfälle zu destabilisieren. Von September 1981 bis September 1982 sind durch diese „stille, jedoch blutige Invasion“, wie sie der Sandinistaführer Daniel Ortega bezeichnete, allein 150 Nicaraguaner ums Leben gekommen. Bereits im Februar und März 1982 waren Pläne bekannt geworden, unter der Führung des CIA eine 500 Mann starke Interventionstruppe aufzustellen.⁴

Anfang November 1982 enthüllte die US-Zeitschrift Newsweek, daß zwischen dem CIA, dem US-Botschafter in Honduras, John Negroponte, und den Somoza-Söldnern eine intensive Zusammenarbeit in Sachen Nicaragua betrieben wird. Laut Newsweek ist die Zahl der Söldner mittlerweile auf 12.000 angewachsen, darunter 2.000 Miskitos aus den Flüchtlingslagern in Honduras.⁵ Die neuen Rekruten der Banden, die sich auf Drängen des CIA in der Nationaldemokratischen Front (FDN) zusammengeschlossen haben, werden von 200 CIA-Agenten in fünfwöchigen Kursen ausgebildet. Sie erhalten 1.000 Dollar auf Anhieb und 300 Dollar Monatssold.⁶

Waffen bekommen sie nicht nur durch die honduranische Armee, sondern – wie Zeugen berichten, darunter der Bürgermeister der honduranischen Stadt Lempira, Marcial Coleman – sie werden direkt mit C-130 Transportflugzeugen der US-Luftwaffe beliefert. Die Söldner sind allerdings nicht in der Lage, im Alleingang den Krieg gegen die Sandinistas zu gewinnen.

Invasorenallianz: Somozisten, Honduras, USA

Die offene militärische Invasion Nicaraguas wird deshalb gemeinsam von den USA, den Somozisten, Honduras und eventuell El Salvador bzw. Guatemala geplant. Honduras soll dabei als Sprungbrett dienen und gleichzeitig den Angegriffenen spielen. Zu diesem Zweck erhielt die honduranische Armee allein im Jahr 1982 von den USA 10 Mio Dollar Waffenhilfe. Weitere 21 Mio Dollar werden für den Ausbau von 3 Militärflughäfen benutzt, die der US-Luftwaffe zur Verfügung stehen.

Das honduranische Heer, das jetzt eine Mannschaftsstärke von 21.400 Mann erreicht und die Luftwaffe, die auf 45 Kampfflugzeuge aufgestockt wurde, werden mittlerweile von 130 US-Militärberatern ausgebildet. Die Zusammenarbeit mit US-Truppen wurde bisher in zwei Manövern im



US-Militärberater in Honduras bei der Ausbildung von Armeeeinheiten



November 1981 und Juli/August 1982 erprobt. Ein drittes Manöver, das zum 5. Dezember 1982 angesetzt war, mußte abgesagt werden.

Die honduranischen Machthaber akzeptieren offen ein Eingreifen der USA in der Region. So erklärte der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Gustavo Alvarez Martinez: „Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, um den Frieden zu erhalten, ist Honduras damit einverstanden, daß die Vereinigten Staaten, ein befreundetes Land, militärisch in Mittelamerika intervenieren.“⁷

Für dieses Eingreifen wurden in den USA schon die Voraussetzungen geschaffen. Am 11. August 1982 verabschiedete der Senat mit 2/3-Mehrheit die sog. „Symms-Entscheidung“, die u.a. vorsieht, daß alle, auch militärische Mittel gegen die sog. kubanische Einmischung in der Region eingesetzt werden können. Geeignet für diesen Einsatz ist das vor einigen Monaten in Fort Bragg gebildete Vereinigte Kommando für Operationen gegen die Guerilla, das aus Rangern, Green Berets und anderen Spezialeinheiten besteht.⁸

Gleichzeitig bestehen Pläne einer engeren Zusammenarbeit der Armeen von Honduras, El Salvador und Guatemala. Im November 1982 klagte G. Alvarez Martinez Nicaragua an, Honduras zu destabilisieren und forderte eine Allianz zwischen den drei Staaten, um „die Subversion“ zu bekämpfen.⁹

Bereits am 29. September 1982 hatte der salvadorianische Verteidigungsminister José Guillermo Garcia bestätigt, daß Pläne für ein gemeinsames Vorgehen der 3 Armeen gegen Nicaragua bestehen.¹⁰ Allerdings hat sich infolge der erfolgreichen Oktoberoffensive der FMLN der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf El Salvador verschoben.

Bei einem Treffen der Generalstabschefs El Salvadors und Honduras', des Chefs des Kommandos Süd der US-Streitkräfte, Wallace Nutting, und des Führers einer US-Eingreiftruppe am 3. November 1982 in der Panama-Kanalzone wurde beschlossen: die honduranische Armee soll nunmehr allein zuständig sein für die Kämpfe im Osten El Salvadors und alle Operationen sollen von US-Militärs geleitet werden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß sowohl in El Salvador als auch in Honduras US-Kampfflugzeuge stationiert worden sind und weitere an Honduras geliefert werden. Diese können bei Bedarf auch gegen Nicaragua eingesetzt werden. Die offene militärische Intervention erfordert eine gewisse Zustimmung im internationalen Bereich, auf lateinamerika-

Friedensinitiative Mexikos und Venezuelas

Am 7.9.1982 wandten sich die Staatspräsidenten Mexikos und Venezuelas, J. Lopez Portillo und L. Herrera Campins, in ähnlichen Schreiben an die Präsidenten Honduras', Nikaraguas und der USA mit der Aufforderung, an einer Entschärfung der Mittelamerika-Krise mitzuwirken. Sie knüpften damit an die regionale Friedensinitiative Mexikos vom Februar 1982 an (siehe AIB 4/1982, S. 4ff.). Wir dokumentieren das Schreiben an den honduranischen Präsidenten Roberto Suazo Cordova.

Herr Präsident und Freund,

wir wenden uns an Sie, aus ernster Sorge der Regierungen Mexikos und Venezuelas über die Verschlechterung der Lage in Mittelamerika, die insbesondere in jüngster Zeit eingetreten ist und die die Gefahr in sich birgt, daß sich die gegenwärtigen Konflikte auf die gesamte Region ausweiten.

Wir haben insbesondere beobachtet, daß der zwischen Honduras und Nicaragua bestehende Konflikt sich neuerdings verschärft hat, wovon der Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen an der Grenze zwischen beiden Ländern zeugt. (...)

Mexiko und Venezuela, die mit der mittelamerikanischen Region geographisch verbunden sind, betrachten die dortigen Probleme als ihre eigenen. Deshalb halten wir es, in voller Solidarität und unter unbedingter Wahrung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, für unsere brüderliche Pflicht, Gesichtspunkte zu äußern, die zur Lösung besagter Probleme beitragen können, um auf diese Weise den Kontinent als Region des Friedens zu erhalten.

Angesichts der schwierigen Weltlage halten wir es ebenfalls für unsere Pflicht, die lateinamerikanische Solidarität zu stärken, indem wir gemeinsame Standpunkte unserer Region mitteilen, die von besonderer und klar ersichtlicher Bedeutung sind.

Wir erinnern uns besonders gern an die von Honduras vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eingebrachte Friedensinitiative, die sicherlich einen Weg zum Frieden und zur Stabilität der Region darstellt. Wir teilen die Ziele besagter Initiative: allgemeine Abrüstung in der Region, Reduzierung der Anzahl der ausländischen Militärberater, Errichtung eines internationalen Überwachungs- und Kontrollmechanismus, Einstellung des Waffenhandels in der Region, unbedingte Anerkennung der bestehenden Grenzen und Eröffnung eines ständigen multilateralen Dialogs, um eine politische Verständigung zu ermöglichen.

Bedauerlicherweise hat sich die Lage zunehmend verschlechtert und erreicht derart bedrohliche Ausmaße, daß die verschiedenen bewaffneten Zusammenstöße sehr wahrscheinlich zu einem Konflikt größeren Ausmaßes führen könnten.

Ohne hier ein Urteil über die Haltung, die Stärke und die Bewaffnung der Streitkräfte Nikaraguas abgeben zu wollen, trugen ohne Zweifel folgende Faktoren zu dieser Verschlechterung bei:

- die Anwesenheit zahlreicher Kontingente somozistischer Exgardisten und anderer Gruppen entlang der honduranischen Grenze, die mit Waffen von hoher Zerstörungskraft einschließlich schwerer Geschütze ausgerüstet sind;
- die nachweislichen Überfälle auf nikaraguanisches Territorium durch die genannten Gruppen;
- die gemeinsamen Militärmanöver mit den Streitkräften der USA im Grenzgebiet zu Nicaragua und der Rüstungswettlauf, der sich zwischen den beiden Ländern entfesselt hat.

Die genannten Bedingungen haben besonders im Einklang mit der Fülle von Erklärungen, Beschuldigungen und gegenseitigen Schuldzuschreibungen ein Klima der Spannung, der Verdächtigung und des gegenseitigen Mißtrauens geschaffen. All dies hat eine nützliche Aussprache zwischen beiden Nationen erschwert.

Um Voraussetzungen für ein günstiges Klima und Grundlagen für eine konstruktive Auseinandersetzung zu schaffen, scheint es uns dringend notwendig zu sein, daß all jene, die in beiden Ländern maßgebliche Funktionen ausüben, darauf verzichten, Erklärungen abzugeben oder irgendeine Handlung zu vollziehen, die die Lage verschärfen könnte.

Mit Blick auf die obigen Ausführungen und dem Wunsch, zu einem Entspannungsprozeß beizutragen, werden unsere beiden Regierungen – wenn beide Seiten es für nützlich halten – bereit sein, an der Suche nach beiderseitig akzeptablen Lösungen für Honduras und Nicaragua mitzuarbeiten. (...)

(Quelle: Aktueller Informationsdienst Lateinamerika, Nr. 18/1982, S.8)



Liberaler honduranischer Präsident R. Suazo Cordova

nischer Ebene und in den USA selbst. Bei den US-Interventionen in Guatemala 1954 und der Dominikanischen Republik 1965 konnte Washington noch problemlos die Unterstützung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) erhalten. Vor allem durch den Malwinenkrieg vom April-Juni 1982 (siehe AIB 9/1982, S. 30-31) sind die Aussichten für eine diplomatische Rückendeckung für die US-Invasionspläne durch die OAS oder wichtige Staaten des karibisch-mittelamerikanischen Raumes (Venezuela, Kolumbien, Mexiko u.a.) im letzten Jahr geringer geworden.

Gegenwehr nicht nur von Mexiko und Venezuela

Venezuela hat zusammen mit Mexiko in Briefen an die Regierenden der USA, Honduras' und Nikaraguas am 7. September 1982 zu Verhandlungen zwischen Nicaragua und Honduras aufgerufen (siehe Brief an den honduranischen Präsidenten Cordova). Sie machten die Übergriffe der Somoza-Söldner und die Manöver USA-Honduras für die Spannungen zwischen beiden Ländern verantwortlich. Während Nicaragua dem Dialog-Vorschlag sofort zustimmte, lehnte Honduras ab, weil dem Präsidenten Suazo Cordova angeblich der vorgeschlagene Zeitpunkt nicht paßte. Die USA forderten eine Lösung der Probleme im regionalen Zusammenhang.

Genau dies hatte Mexiko bereits in einer regionalen Friedensinitiative (zu Nicaragua, El Salvador, USA-Kuba) vom 21. Februar 1982 vorgeschlagen, was allerdings auch auf die ablehnende Haltung der USA stieß.¹¹ Negativ auf die Aggressionspläne der USA wirkte sich auch der Machtantritt einer linken Regierung in Bolivien, die Unterstützung der Ständigen Konferenz der politischen Parteien Lateinamerikas (COPPPAL) für die mexikanisch-venezolanische Friedensinitiative und die Gewährung von Kreditlinien in Höhe von 70 Mio Dollar durch Peru, Kolumbien, Brasilien und Argentinien für Nicaragua aus.

Auf internationaler Ebene konnte die Position Nikaraguas vor allem durch seine Wahl in den UN-Sicherheitsrat im Oktober 1982 gestärkt werden, obwohl der Gegenkandidat, die Dominikanische Republik, massiv von den USA unterstützt wurde. Auf europäischer Ebene sind zwar durch den Machtantritt der Regierung Kohl die interventionistischen Kräfte gestärkt worden. Dies wird allerdings durch den Wahlsieg der Sozialisten in Spanien ausgeglichen, die sich weiterhin – wie auch die Sozialistische Internationale insgesamt (was durch einen Besuch einer SI-Delegation Anfang Dezember 1982 in Mittelamerika bestätigt wurde) – jeder Intervention gegen Nikaragua widersetzen.

Voten gegen eine „zweite Schweinebucht“

Um den Widerstand gegen eine US-Intervention vor allem auf mittelamerikanischer Ebene zu brechen und um der mexikanisch-venezolanischen Friedensinitiative entgegenzutreten, veranstalteten die USA am 4. Oktober 1982 in San José, (Kostarika) ein „Forum für Frieden und Demokratie“. Dieses Treffen, von dem Nikaragua ausgeschlossen war, wurde von Mexiko und Venezuela boykottiert, die Dominikanische Republik und Panama, das nur einen Beobachter schickte, lehnten die Unterzeichnung der Schlußerklärung ab. Lediglich die USA, Kostarika, Honduras, Kolumbien, El Salvador und Belize unterzeichneten die Resolution (mit der reinen Militärdiktatur Guatemalas hatte man sich nicht an einen Tisch setzen wollen). Die nikaraguanische Führung erklärte, daß mit dem Forum versucht wurde, „die Dialogmöglichkeiten zu beseitigen und die bewaffnete Aggression gegen Nikaragua zu unterstützen“.¹²

Der Reise Ronald Reagans nach Lateinamerika Anfang Dezember 1982 war auch kein größerer Erfolg beschieden. Brasilien lehnte jede äußere Einmischung in Mittelamerika ab. Kolumbien forderte darüber hinaus, daß kein Land aus dem interamerikanischen System ausgeschlossen werden dürfe. Wie bereits vorher unterstützten lediglich die Staatshäupter von Honduras, Guatemala, El Salvador und Kostarika, zumindest nach außen, die Politik R. Reagans.

Selbst unter den herrschenden Kreisen in den USA sowie in Honduras und Kostarika treten Differenzen über die Einschätzung der Folgen einer militärischen Eskalation in Mittelamerika auf. Bestimmte Kreise in diesen Ländern befürchten, daß dies auch in Kostarika und Honduras zu einer Beschleunigung des revolutionären Prozesses führen könnte. Symptomatisch für diese Differenzen sind die wiederholten Erklärungen des ehemaligen honduranischen Geheimdienstchefs Leonidas Torres Arias, der die Führer der honduranischen Armee anklagte, einen Krieg gegen Nikaragua und die innere Opposition vorzubereiten. Die honduranischen Bischöfe, verschiedene Politiker der regierenden Liberalen

Partei und die vier größten honduranischen Gewerkschaften wandten sich ebenfalls gegen die US-Interventionspolitik. Auch in den USA scheinen innerhalb des CIA, des Pentagon und der Regierung Reagan Differenzen zu bestehen. Sie wurden durch die Unterstützung von 107 US-Abgeordneten für die mexikanisch-venezolanische Friedensinitiative und die Aktivitäten der Antiinterventionsbewegung in den USA (für die der Aufruf von 400 Kirchenführern gegen eine Intervention in Mittelamerika ein Beispiel ist) eher noch verstärkt.

Die Enthüllungen in Newsweek, in denen einige ungenannte Vertreter der US-Administration und honduranische Offiziere zu Wort kommen, gehen wahrscheinlich von Gegnern der Mittelamerikapolitik Washingtons in US-Führungskreisen aus.¹³ Sie befürchten daß eine militärische Intervention gegen Nikaragua zu einer zweiten Schweinebucht (gescheiterte CIA-Söldnerinvasion gegen Kuba 1961) oder sogar zu einem neuen Vietnam führen könnte. Eine These, die auch von führenden Sandinistas geteilt wird: „Die USA könnten die Herrschaft über Zentralamerika verlieren und das würde vielleicht für den Imperialismus den Anfang vom Ende bedeuten“, erklärte Innenminister Tomas Borge.¹⁴

Die unmittelbare Folge der neuesten Enthüllungen, aber auch der diplomatischen Erfolge Nikaraguas und der Offensive der FMLN in El Salvador war, daß die Manöver in Honduras und die geplante Invasion aufgeschoben wurden. Der honduranische Präsident Suazo Cordova, der nach Übertragung des Oberbefehls über die Streitkräfte an G. Alvarez Martinez allerdings nur noch eine Repräsentationsfigur ist, versicherte, daß Honduras keinen Überfall auf Nikaragua plane und gegen die Somoza-Söldner vorgehen werde. All diese Manöver können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es das Ziel der Reagan-Administration bleibt, die Sandinistas zu stürzen und einen Sieg der Volkskräfte in El Salvador und Guatemala mit allen Mitteln zu verhindern. Sie haben vorerst zurückstecken müssen, ohne allerdings ihre Invasionspläne zu begraben.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB 5/1982, S.10-14
- 2) Zit. nach: Barricada Internacional, Managua, 8.11.1982
- 3) Vgl. AIB 5/1982, S. 10-14
- 4) Vgl. ebenda
- 5) Newsweek, New York, 8.11.1982
- 6) Laut: Time, New York, 6.12.1982 und Tageszeitung, 25.11.1982
- 7) Le Monde, Paris, 10.11.1982
- 8) Vgl. Barricada Internacional, 22.11.1982
- 9) Nach: ebenda, 29.11.1982
- 10) Vgl. Granma. Weekly Review, Havanna, 17.10.1982
- 11) Erläuterung und Wortlaut in: W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador, Köln 1982, S. 153f. und 253ff.
- 12) Barricada Internacional, 18.10.1982
- 13) Vgl. Latin America Weekly Report, London, 5.11.1982
- 14) APIA-Interview von Leo Gabriel mit Tomas Borge, in: Mittelamerika Informationsdienst, 22.11.1982



Im Buchhandel erhältlich
Klaus-Peter Wolf, Horst-Eckart Gross
Che
Meine Träume kennen keine Grenzen
Dokumentarisch-biografischer Roman
232 Seiten, 12,80 DM
Ein spannender Roman, voll mit bisher unveröffentlichten Fakten.



Let's go East
Peter Schütt
Let's go east
Reiseerzählung, 232 Seiten, 12,80 DM
"Let's go East" ist eine Reiseerzählung besonderer Art, die den Leser um den halben Erdball mitreißt.



Winfried Schwarz
Aufbruch
Aus dem Leben des Karl Marx
Roman
Winfried Schwarz
Aufbruch
Biografischer Roman über den jungen Marx, 288 Seiten, 14,80 DM
Die romanhafte Behandlung dieses Themas ist nicht nur hierzulande einmalig. Die Zeit zwischen 1842 und 1848 sind die Jahre, in denen für Karl Marx die wohl wichtigsten Entscheidungen seines Lebens fallen.



Weltkreis zeigt sich von den besten Seiten

neues Gesamtverzeichnis anfordern

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS VERLAG

El Salvador

Am 12. Oktober 1982 begann eine neue Großoffensive der Nationalen Befreiungsorganisation Farabundo Martí (FMLN). Sie trägt eingedenk der Formierungsphase (Oktober 1979 bis Oktober 1980) der FMLN den Titel „Helden und Märtyrer des Oktober“. Die Befreiungskämpfer führten in 11 von 14 salvadorianischen Provinzen größere Aktionen durch: Anschläge auf Elektrizitätswerke, Raffinerien, Verbindungsstraßen, Polizeiposten und Militärgarnisonen. Sie legten in mehreren Landesteilen zeitweilig den Verkehr lahm, besetzten über 20 Orte und brachten u.a. die nördliche Hälfte der Ostprovinz La Unión unter ihre Kontrolle. Obwohl die Regierung Magana Armeekontingente von zunächst 7.000, dann 13.000 Mann in den Kampf warf, vermochte sie bis Anfang Dezember 1982 die von der FMLN eroberten Orte in Morazan, Chalatenango, Usulután, La Unión, San Vicente usw. nicht zurückzuerlangen. Schwere Verluste mußten die Regierungstruppen auch in der Hauptstadt San Salvador, am Guazapaberg und im Kaffeeanbaugebiet Santa Ana hinnehmen. Nach Angaben der US-Botschaft in San Salvador überstiegen die Verluste der Armee im Zeitraum Januar bis Oktober 1982 4.000 Mann.

Die Großoffensive der Guerilla wurde begleitet von einer ausgedehnten Streikwelle, der sich seit dem 15. November 1982 rund 12.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes und Tausende Arbeiter verschiedener Industriebetriebe in San Salvador und Santa Ana anschlossen. Sie forderten eine Lohnerhöhung um 10%, die Freilassung inhaftierter Führer der Gewerkschaften und der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), sowie die Aufhebung des Ausnahmezustands.

Zeitgleich mit der Offensive legte die FMLN/FDR ein neues Verhandlungsangebot (siehe Kasten) vor, das inzwischen auch von einer Gruppe mittlerer Offiziere als zumindest ernsthaft überprüfenswert bezeichnet wurde. Sie reagierten damit auf einen Vorstoß Roberto D'Aubuissons, Parlamentspräsident und Führer der Faschistenpartei ARENA, der jedes Eingehen auf Dialogangebote der Opposition als „Verrat“ bezeichnet hatte. Das ultrarechte Lager um D'Aubuisson konnte sich jedoch im November 1982 innerhalb der Verfassungsgebenden Versammlung nicht durchsetzen, als es ein generelles Verbot jeder Kontaktaufnahme mit der FMLN/FDR beantragte. Der ARENA-Führer scheint im Machtkampf mit Verteidigungsminister J. Guillermo García und dem gemäßigeren konservativ-christdemokratischen Regierungsflügel an Boden zu verlieren, zumal letztere von Washington bevorzugt unterstützt werden. Das salvadorianische Regime aber wäre so oder so ohne massive Wirtschafts- und Militärhilfe der USA (1982 insgesamt rund 320 Mio Dollar) kaum überlebensfähig.

Über die aktuelle Zuspitzung in El Salvador sprachen wir vorort mit dem FMLN-Repräsentanten Jorge M., Zentralkomiteemitglied der Kommunistischen Partei El Salvadors, der Partei des legendären Farabundo Martí.

Gespräch mit Jorge M.

Die FMLN erkämpft Positionsvorteile



FMLN-Guerilleros in La Paz in einer Kampfpause

AIB: Die FMLN hat in den letzten Wochen eine neue Offensive eingeleitet. Worin unterscheidet sich diese Offensive von den vorausgegangenen Offensiven vom Januar und Juli-August 1981 oder vom März 1982?

JORGE M.: Der wesentliche Unterschied zwischen dieser Offensive und den vorherigen besteht darin, daß diese Offensive länger andauert. Sie hat bewiesen, daß wir fähig sind, einen höheren Grad an militärischer Planung sowie an Koordinierung und Zusammenarbeit aller Kräfte, die in der FMLN zusammengeschlossen sind, zu erreichen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Kampagne liegt darin, daß wir dem Feind größere Schläge als je zuvor erteilt haben.

Bombenkrieg gegen kontrollierte Zonen

Diese äußern sich ganz konkret in der Anzahl der Verluste des Feindes in diesen wenigen Wochen und in der Anzahl der erbeuteten Waffen (allein im Oktober wurden 600 Junta-soldaten außer Gefecht gesetzt und 300 Waffen erbeutet, darunter Granatwerfer, andere Geschütze usw.; d. Red.), sowie in der Anzahl der von uns gemachten Kriegsgefangenen. Und zuletzt in der Ausdehnung der von uns kontrollierten Gebiete.

Dies hat schließlich dazu geführt, daß sich die FMLN Positionsvorteile erkämpfte, daß die Kräfte der salvadorianischen Revolution in die Offensive kamen. Ein weiteres



Eine FMLN-Einheit, statigiert in den Bergen von San Pedro / Provinz La Paz, rückt aus, um einen Armeeevorstoß in ihre kontrollierte Zone zurückzuschlagen

Merkmal der jetzigen Offensive ist, daß sie die Widersprüche innerhalb des feindlichen Lagers vertieft und verschärft hat. AIB: Sie sprechen von einer Ausdehnung der Kontrolle durch die Befreiungsbewegung im Lande. Was heißt das konkret?

JORGE M.: Das bedeutet, daß die verschiedenen Fronten der FMLN ihre geographischen Kontrollgebiete erweitert haben und daß ihr politischer Einfluß sich auf größere Areale erstreckt. Und das wiederum ist die Grundlage, um die Erweiterung unserer Kontrolle bis hin zur Schaffung von befreitem Gebiet in unserem Land voranzubringen.

In dem Maße, wie die FMLN ihren Aktionsbereich erweitert, werden wir in der Lage sein, dem Feind immer größere Gebiete zu entreißen, was wiederum die Streitkräfte der Regierung in eine unvorteilhafte Position versetzt. Denn wenn der Feind im Befreiungskrieg geographische Positionen einbüßt, bringt ihn das automatisch in eine ungünstige Lage und birgt für ihn Gefahren.

In den letzten Monaten offenbarte das Regime seine totale Unfähigkeit, verlorene Gebiete zurückzuerobern.

AIB: Welche Funktion weist die FMLN den fest kontrollierten Gebieten zu, in denen ja offenbar bereits eine eigene Verwaltungsstruktur bzw. Volksmacht existiert?

JORGE M.: Natürlich bedeutet die Festigung dessen, was wir kontrollierte Gebiete nennen, zunächst einmal einen Stützpunkt für die Guerillaaktionen. Und dies ist letztendlich ein geographisch fest umrissenes Gebiet, in dem der Feind nicht operieren kann.

In diesen sog. kontrollierten Zonen gibt es keine Machtausübung des Feindes mehr. In dem Maße, wie die Guerilla diese Zonen ausbaut, schafft sie wiederum die Bedingungen, um ihre politische Kontrolle dieses Gebietes durch den Aufbau einer Volksmacht in verschiedenen Lebensbereichen (Gesundheit, Bildung, Kultur, Produktion usw.) zu ergänzen. Sehr wichtige Aufgabenbereiche der Volksmacht sind u.a. die Produktion und Verteilung von landwirtschaftlichen Gütern sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesen Gebieten, z.B. im Fall von Strafdelikten (Details zu den

Aufgaben der Volksmacht siehe in: AIB-Sonderheft 3/1982, S. 49-51).

AIB: Sie sagten, daß der Gegner zu den befreiten Gebieten keinen Zutritt mehr habe. Wie wirkt er dann auf diese Gebiete ein?

JORGE M.: Der Feind kann in den von uns kontrollierten Gebieten Probleme nur dadurch verursachen, daß er diese Gebiete bombardiert.

Er wirft 500-Pfund-Bomben ab sowie Bomben aus weißem Phosphor, die schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachen. Dabei werden nicht nur Wohnungen zerstört, sondern auch die Ernte ist davon betroffen.

Scharfe Widersprüche im Regierungslager

AIB: Wie bewerten Sie die am 15. November 1982 eröffneten Streiks von Zehntausenden Arbeitern und Angestellten in San Salvador?

JORGE M.: Es ist sehr wichtig zu sehen, daß wir uns in einem Krieg befinden und daß es gerade im Rahmen dieses Krieges von enormer Bedeutung ist, wenn es zu Streikaktionen kommt. Das bedeutet nichts anderes als die Erämpfung der Legalität durch die Massenorganisationen, die unter Anwendung ihrer eigenen Methoden und Forderungen für die Lösung ihrer Probleme kämpfen.

Die Streikaktionen vom November 1982 sind der Beweis, daß die Massen auch im Rahmen der ersten Schwierigkeiten fähig sind zu handeln.

AIB: In der Regierungskoalition mehren sich die Zeichen innerer Widersprüche. Die Partei der Nationalen Versöhnung hat sich gespalten, die Auseinandersetzungen zwischen Christdemokraten und der faschistischen ARENA gewinnen offenbar an Schärfe. Kann man daraus ableiten, daß auch die Widersprüche innerhalb des Militärs sowie zwischen Regierung und Militärs zunehmen?

JORGE M.: Was auf der Ebene der Armee und der politischen Parteien der Rechten im Augenblick geschieht, ist

Dialogvorschlag der FMLN/FDR



FDR-Vorsitzender Ungo und FMLN-Repräsentantin A. Guadalupe Martínez präsentierten den Dialogvorschlag

Wir gehen von der Tatsache aus, daß die große Mehrheit unseres Volkes für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft kämpft, in der alle Menschen und die Gemeinschaft am Recht auf ein würdiges Leben teilhaben, in der alle in den Genuß der vom Volk geschaffenen Güter kommen und an den kulturellen und wissenschaftlichen Errungenschaften teilhaben können.

Wir erkennen den historischen Kampf des salvadorianischen Volkes an. Es hat mit ungeheuren Anstrengungen die verschiedenen möglichen legalen und friedlichen Kampfformen angewandt, um Gerechtigkeit und das unveräußerliche Recht zu erringen, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und eine Gesellschaft aufzubauen, die ihm die Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung erlaubt. Ungeachtet dessen machte eine privilegierte Minderheit immer von der Gewalt Gebrauch, um diese Sehnsüchte des Volkes zu unterdrücken. Die unvermeidliche Konsequenz war, daß das salvadorianische Volk zu militärischen Mitteln des politischen Kampfes griff und damit von einem sowohl allgemein anerkannten als auch legitimen Recht Gebrauch machte.

Der Entschluß zu diesem Kampf wird das salvadorianische Volk unvermeidlich zum Sieg führen. Wir wissen aber auch, daß die Erringung dieses Sieges dem Volk hohe, von der privilegierten Minderheit verursachte Verluste bringen wird. Abgesehen von schwersten Verlusten an Menschenleben, die dieser Kampf fordert, richtet er auch große Zerstörungen der nationalen Besitztümer an, was dem salvadorianischen Volk den Wiederaufbau des Landes sehr erschweren wird.

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die politische und militärische Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten die Hauptursache für die Verlängerung des salvadorianischen Konflikts ist. Sie verhindert, daß unser Volk sein soziales und politisches Schicksal frei bestimmt. Die gegenwärtige US-amerikanische Administration mischt sich außerdem verstärkt in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker Mittelamerikas ein, was eine schwere Verletzung der Souveränität dieser Länder darstellt und uns an der Ausübung unseres Rechtes auf Selbstbestimmung hindert. Darum ist die gegenwärtige Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten eine ernsthafte Bedrohung des Friedens in der Region und der ganzen Welt.

Nach unserer Meinung ist für die Völker der Region und besonders für das salvadorianische Volk die Möglichkeit von besonderem Wert, einen Weg zu finden, auf dem wir schneller Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit schaffen können. Mit Aufmerksamkeit haben wir die Aufrufe von politischen Führern der Region und der Welt sowie von geistlichen Würdenträgern und internationalen Organisationen (UNO; Bewegung der Nichtpaktgebundenen usw.) studiert, die besorgt sind über das große Leid unseres Volkes und sich bewußt sind, in welcher Gefahr der Friede in der Region und der ganzen Welt ist. Sie haben die Suche nach Mitteln und Wegen vorgeschlagen, um den Frieden und die soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Persönlichkeiten, die zuletzt Aufrufe in diesem Sinne verfaßt haben, — um nur einige von ihnen zu nennen — waren Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft vom 6. August d.J. an das Bischofsamt und das Volk El Salvadors sowie die Präsidenten Mexikos und Venezuelas, Jose López Portillo und Luis Herrera Campíns (Wortlaut in diesem Heft; d. Red.). Zu nennen sei hier auch der Appell der Bischofskonferenz El Salvadors vom 15. Juli d.J. „an alle Seiten, die in den Konflikt verwickelt sind, von jeder Art unnachgiebiger Haltung abzulassen, um sich auf diese Weise für einen aufrichtigen, klaren, treuen, lebendigen und auf gutem Willen und glaubwürdigem patriotischem Geist basierenden Dialog zu öffnen und die Vereinigung der salvadorianischen Familie über Privat- und Gruppen-

interessen zu stellen.“

Es existiert der historische Beweis unserer Bereitschaft, Gespräche und Verhandlungen aufzunehmen. Und trotz ständig erhaltener Zurückweisungen halten wir die Bereitschaft, einen direkten Dialog zu führen, aufrecht, weil wir wissen, daß breite nationale Kreise, sowohl der Politiker als auch der Arbeiter, der kirchlichen Vertreter und der Militärs für Gespräche sind, die auf die Schaffung des Friedens abzielen.

Um darüber hinaus endgültig auch Erfolg zu haben in den Bemühungen Wege zur Lösung des Konflikts durch einen Dialog zu finden, ist es notwendig, daß dieser von den direkt am Konflikt beteiligten Seiten geführt wird. Aber gleichzeitig sind wir von der Notwendigkeit überzeugt, andere nationale Kreise aus dem Bereich der Politik, der Kirche, der Universität und der Arbeiterschaft zu integrieren, damit sie ihren wertvollen Beitrag beisteuern können. Deshalb vor allem, bewegt von aufrichtigem Patriotismus, unsere politische Verantwortung zu erfüllen, und auf der Grundlage des von verschiedenen Kreisen unseres Volkes und von den anderen mittelamerikanischen Völkern zum Ausdruck gebrachten Friedenswillens, schlagen wir vor, daß:

1. die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) und die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) einerseits und die Exekutivgewalt, die Verfassungsgebende Versammlung und die Streitkräfte andererseits schnellstens einen direkten Dialog ohne Vorbedingungen aufnehmen, der auf Wege orientiert, die zur Errichtung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in El Salvador führen sowie zur Entspannung in der amerikanischen Region beitragen;
2. beide Seiten bevollmächtigte Delegierten benennen für den oben genannten Zweck;
3. eine Vermittlergruppe gebildet wird, die den Dialog organisiert und ermöglicht, sowie die Abgeordneten beider Seiten in Kontakt bringt, damit diese gemeinsam die Angelegenheiten bezüglich der Verfahrensaufnahme und des Verlaufes des Dialogs festlegen und vereinbaren können;
4. beide Seiten nehmen gemeinsam mit der Vermittlergruppe eine Untersuchung über die Möglichkeiten der Teilnahme am Dialog von den anderen nationalen Sektoren vor, unter denen wir folgende nennen: politische Parteien, Arbeitsorganisationen (Arbeiter und Campesinos), Vereinigungen privater Unternehmer, Kirchenkreise, Universitäten, Berufsverbände und andere Gremien, die an einem wertvollen Beitrag zur Lösung des salvadorianischen Konflikts interessiert sind;
5. als Zeichen guten Willens und gegenseitiger Zuverlässigkeit und um zu positiven Resultaten zu gelangen, wird der Dialog unter Anwesenheit ehrenhafter Zeugen geführt, die entsprechend den Vereinbarungen beider Seiten aus dem In- oder Ausland kommen können.

Die FDR und FMLN teilen mit, daß sie, um die Realisierung dieses Dialogs zu erleichtern und ihre aufrichtige Bereitschaft zu einem solchen zum Ausdruck zu bringen, ihre bevollmächtigten Delegierten benannt haben, deren Namen wir rechtzeitig bekannt geben werden.

El Salvador, 5. Oktober 1982

Für die FDR: Guillermo Manuel Ungo, Eduardo Calles, Ruben Zamora.

Für die FMLN: Salvador Cayetano Carpio, Joaquin Villalobos, Shafik Jorge Handal, Ferman Cienfuegos, Roberto Roca.

(Quelle: Venceremos, El Salvador, Nr. 8/September-Oktober 1982, S.6)

wirklich der Ausdruck für die Verschärfung der Widersprüche im gegnerischen Lager. Diese Widersprüche rühren vor allem daher, daß die FMLN die militärischen Auseinandersetzungen forciert hat.

Innerhalb der politischen Parteien der Rechten gibt es starke Differenzen. Die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN), eine Partei, die das Land von 1961-79 regierte, erlitt eine Spaltung (der abgespaltenen Authentischen Institutionellen Partei El Salvadors schlossen sich 9 von 14 PCN-Abgeordneten an; d. Red.). Die Probleme wurden dadurch aber nicht gelöst, denn die Widersprüche halten innerhalb der beiden PCN-Gruppierungen weiter an. Innerhalb der Christdemokratischen Partei (PDC) bestehen drei Hauptrichtungen.

Innerhalb der Armee nehmen die Spannungen in Form einer zunehmenden verschwörerischen Tätigkeit zu. Bedeutende Kräfte in ihr versuchen, das politische Problem durch einen Staatsstreich zu lösen. Es ist klar, daß sie das Problem auf diesem Wege genau so wenig lösen könnten.

Ebenso klar ist, daß das Kräfteverhältnis innerhalb der Reagan-Administration sich verschoben hat, und zwar mehrheitlich zugunsten jener Kräfte, die einer Lösung des Problems durch die Anwendung militärischer Gewalt zuneigen.

Die Gesamtheit dieser scharfen Widersprüche innerhalb der politischen Parteien und der Armee bedingt, daß unser Gegner sich weder politisch noch militärisch stabilisieren kann. AIB: Sollte das Militär in El Salvador weiter an Boden ver-

und hat zu keinerlei Ergebnissen geführt.

Dann gibt es noch die Alternative einer Intervention der honduranischen Armee im Verbund mit ausländischen Einheiten. Aber das Problem bestünde darin, mit welchen ausländischen Einheiten? Nach dem Malwinenkrieg vom Sommer 1982 wird es nicht einfach sein, Armeen Lateinamerikas zu finden, die Einheiten dafür zur Verfügung stellen. Und selbst Chile, Uruguay und Paraguay, die politisch wohl bereit wären, sich zur Verfügung zu stellen, sind im Augenblick nicht in der Lage, diese Interventionspläne militärisch tatkräftig zu unterstützen.

Wahrscheinlicher ist, daß der Imperialismus versuchen wird, den Konflikt zu regionalisieren, um die Anwendung sog. „Befriedungskräfte“ zu rechtfertigen, woran selbstverständlich die Marine-Infanteristen der USA einen wesentlichen Anteil hätten. Sie würden auf diese Weise versuchen, daß „Problem“ El Salvador, Nikaragua und Guatemala zu lösen. Wir nehmen zur Kenntnis, daß für die Vereinigten Staaten das „Problem“ Nikaragua eine besorgniserregende Tatsache darstellt. Die USA versuchen mit allen möglichen Mitteln, die nikaraguanische Revolution zu zerschlagen. Aber dies ist ebenfalls nicht leicht. Es stößt auf große Widerstände. Es gibt Kräfte, die meinen, daß die Regionalisierung des Konflikts (siehe ausführlich: AIB 10/1982, S. 4ff.; d. Red.) den Vereinigten Staaten zumindest kurzfristig die Lösung der militärischen Probleme erleichtern würde.



Kontrahenten im salvadorianischen Regierungslager: Parlamentspräsident D'Aubuisson, hier mit US-Botschafter Hinton (l.); „gemäßigter“ Übergangspräsident A. Magana Borge (r.) und Verteidigungsminister J. Guillermo Garcia

lieren, rechnet Ihr dann mit der Möglichkeit einer massiven Militärintervention der USA? Rechnet Ihr mit dem direkten Einsatz von US-Kampftruppen oder eher mit einem Stellvertreterkrieg seitens Guatemalas oder Honduras'?

JORGE M.: Selbstverständlich wächst in dem Maße, wie die Streitkräfte der FMLN vorankommen die Gefahr der direkten oder indirekten Militärintervention der Vereinigten Staaten. Das Problem besteht darin, daß es für die Reagan-Administration nicht einfach sein wird, die politische Entscheidung zur Intervention zu fällen.

Es gibt dabei etwa drei Alternativen (wenn auch noch mehr denkbar sind): Es gibt erstens die Möglichkeit, daß Marine-Infanteristen der USA direkt in El Salvador intervenieren. Diese Entscheidung würde den Vereinigten Staaten sehr hohe politische Kosten innerhalb ihres eigenen Landes und gegenüber ihren Alliierten abverlangen.

Die zweite Alternative wäre eine Intervention der honduranischen Armee allein. Diese Alternative ist bereits in der Praxis geübt worden (siehe die Juniinvasion 1982; d. Red.)

Es gibt wohl noch andere Spielarten, aber wir glauben, daß diese drei die wichtigsten sind. Das wesentliche und erschreckende an diesen Interventionsplänen der USA ist, daß durch die Regionalisierung des Konfliktes ein Spannungsherd entstünde, der letztendlich den Weltfrieden gefährden würde.

AIB: Die Befreiungsfronten FMLN/FDR haben ein neues Verhandlungsangebot vorgelegt. Was ist das Neue daran, verglichen mit dem Verhandlungsangebot vom Oktober 1981 (Wortlaut in: AIB-Sonderheft 3/1982, S.57)?

JORGE M.: Der Unterschied besteht darin, daß unser Dialogangebot vom 23. Oktober 1982 – wie der Name sagt – zunächst das Angebot eines Dialogs ist, mit der Zielsetzung, eine Verhandlungsführung zu ermöglichen. Der Inhalt des Friedensvorschlages von 1981 zielte demgegenüber darauf, ein konkretes Verhandlungsangebot zu machen.

Beide bringen deutlich unseren Wunsch zum Ausdruck, die bestehende Konfliktsituation unseres Landes auf dem Weg einer politischen Lösung zu beenden.

Thomas Meier

Ist Kubas Wirtschaft bankrott?

Ende August 1982 hatte Kuba – wie schon zuvor Mexiko, Argentinien und zahlreiche andere lateinamerikanische Länder – bei Banken und Firmen in Japan, Kanada, Frankreich und der Bundesrepublik um Zahlungsaufschub und Stundung seiner Kredite gebeten. Das Handelsblatt¹ kommentierte süffisant: „Fidel ganz klein! Zum letzten Wochenende reihte sich auch Moskaus treuester Weltrevolutionär Fidel Castro mit der Mütze in der Hand in die Schlange der Devisen-Habenichtse ein, die von den westlichen Banken eine Stundung ihrer Schulden haben wollen. In einem melodramatischen Bitt-Telex an zahlreiche westliche Gläubigerbanken und Institutionen erklärte der große Mann aus Havanna unter Hinweis auf seine leeren Kassen den Offenbarungseid.“

Für viele kam dieser Schritt überraschend, für die bürgerlichen Kommentatoren war er wieder einmal eine Bestätigung ihrer Theorie, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern anstehe. Der „Offenbarungseid“ wurde daher hämisch kommentiert und mit Falschinformationen garniert: „Über 11 Milliarden Dollar Schulden.“²

Die Fakten, die die Kubaner den Banken und der interessierten Öffentlichkeit in bemerkenswerter Offenheit zugänglich machten, wiesen derartiges als Lüge aus. Der Bericht der kubanischen Nationalbank, der eine sehr präzise Beschreibung der Auswirkungen des kapitalistischen Weltmarktes auf die Entwicklungsländer gibt, beziffert Kubas Schuldenstand in frei konvertibler Währung per 30.6.1982 auf 2.913,8 Mio Pesos. Dies entspricht ungefähr der gleichen Summe in US-Dollar.

Bei Betrachtung der Schuldenstruktur werden die spezifischen Probleme von Kubas Finanzbeziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern und die Nachwirkungen der

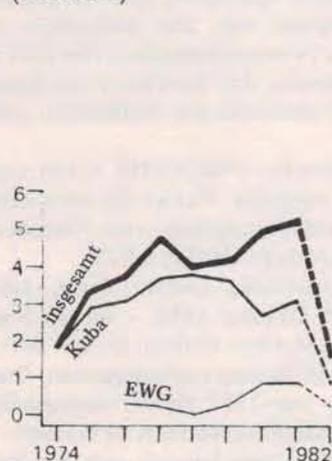
US-Blockade deutlich. Von der Gesamtschuldensumme entfallen 35% auf durch Regierungsbürgschaften gesicherte Lieferantenkredite mit meist kurzer Laufzeit, über 55% auf vorwiegend (70%) kurzfristige Bankkredite, aufgenommen auf den internationalen Finanzmärkten, 7% auf Kredite im Verrechnungsverkehr mit Spanien und gar nur 1,6% oder 45 Mio Pesos auf offizielle Entwicklungshilfekredite, die als einzige zu vertretbaren Bedingungen gewährt werden.³

Die scheinbar hohen Schulden Kubas erscheinen angesichts der gewachsenen Leistungsfähigkeit der kubanischen Wirtschaft und der gigantischen Schulden aller bedeutenden lateinamerikanischen Länder in einem anderen Licht, wobei allein die Schulden Mexikos oder Brasiliens (über 60 bzw. 70 Mrd Dollar Ende 1981) höher sind als alle Westwährungsverbindlichkeiten aller sozialistischen Länder.

Neue Kreditgewährungen an die meisten Entwicklungsländer dienen daher nur noch dazu, die Zins- und Tilgungszahlungen sicherzustellen, um einen Kollaps des westlichen Bankensystems zu verhindern. Für die extrem hohen Zinsen wurden 1981 die Exporterlöse im Durchschnitt aller lateinamerikanischen Länder zur Hälfte und bei Argentinien, Brasilien und Chile sogar zu 2/3 verausgabt. Kuba mußte 1981 28,2% (verglichen mit 18,7% im Jahr 1980) seiner Exporterlöse für Zinszahlungen aufwenden, eine Rate, die in Bankkreisen heute als durchaus normal gilt.

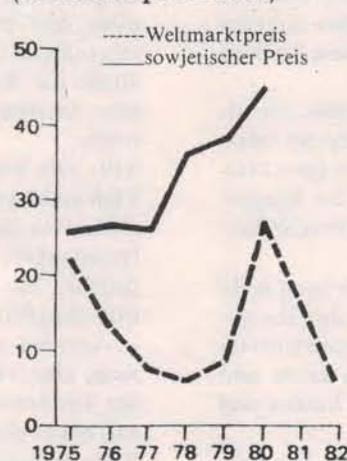
Erst beim Überschreiten der 30%-Marke werden üblicherweise die Banken bei der Vergabe von neuen Krediten vorsichtiger. Aber durch den Beinahezusammenbruch Mexikos nervös geworden, haben die Banken, auch auf massiven Druck der Regierung Reagan hin, Kuba die Kreditlinien der kurzfristigen Kredite radikal gekürzt. Daher sah sich Kuba Mitte des Jahres 1982 vor die Situation gestellt, innerhalb des nächsten halben Jahres zusätzlich zu den laufenden Zin-

Sowjetische Zuckerimporte (in Mio t)

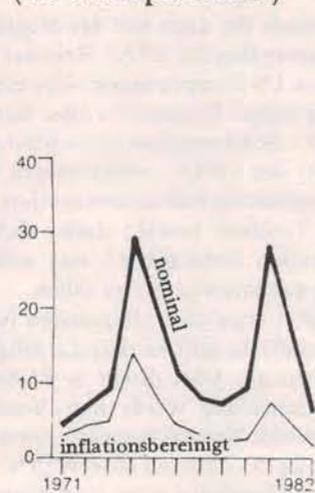


(Quelle: Südwind, Bern, Nr. 6/1982)

Preise für kubanischen Exportzucker (US-Cents pro Pfund)



Zucker-Weltmarktpreis (US-Cents pro Pfund)



sen und Tilgungen 470 Mio Dollar zurückzuzahlen, was die Zahlungsunfähigkeit Kubas herbeigeführt hätte. In dieser Lage hat die kubanische Nationalbank den Kreditgebern u.a. vorgeschlagen: einen dreijährigen Tilgungsaufschub bis 1986 und Streckung der Rückzahlung über 10 Jahre, wohingegen Kuba bereit ist, die Zinsen für die gesamten Schulden weiterzuzahlen, alle Importakkreditive zu bedienen und auf einen Zahlungsaufschub für kurzfristige Kredite zu verzichten.³

Die Verschuldungsverhandlungen dauern zur Zeit noch an. Mit einem negativen Ausgang ist nicht zu rechnen, weil dann sämtliche Entwicklungsländer, deren Volkswirtschaften bei weitem nicht so leistungstark wie die kubanische sind, erst recht für zahlungsunfähig erklärt werden müßten. Und dies mit allen Konsequenzen, die das für den Weltmarkt und die internationalen Kreditmärkte hätte.

Aber sicher muß Kuba finanzielle Konzessionen machen, die eine Belastung für die kubanische Wirtschaft in den nächsten Jahren darstellen. In Erwartung der aus den steigenden Zinsen resultierenden Belastungen wurde im Volkswirtschaftsplan 1982 auch nur noch eine Wachstumsrate von 2,5%, verglichen mit 12% im Jahr 1981 eingeplant, welche von Fidel Castro in seiner Rede zum Nationalfeiertag am 26.7.1982 dann auf Null korrigiert wurde.⁴

Außenverschuldung – nicht unauf lösbar

Ange sichts dieser Situation drängt sich die Frage auf, ob sich Kuba nicht unvorsichtigerweise (trotz der leidvollen Erfahrungen mit der US-Blockade in den 60er und frühen 70er Jahren, deren volkswirtschaftlicher Gesamtschaden von der Nationalbank auf 9,1 Mrd Dollar beziffert wird) durch die Verschuldung bei den kapitalistischen Industrieländern erneut in eine Abhängigkeit von den imperialistischen Finanzzentren begeben hat, die Kubas sozialistische Entwicklung negativ beeinflussen könnte.

Anfangs war das revolutionäre Kuba, nach dem Austritt aus dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und angesichts des Andauerns der US-Blockade, fast vollständig auf die Wirtschaftshilfe und den Markt der sozialistischen Länder angewiesen. In den 70er Jahren gelang es Kuba, erneut Außenhandelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern anzuknüpfen. Im Rahmen der Entspannungspolitik der 70er Jahre gewährten westliche Banken – zu damals noch recht günstigen Zinsen – auch Kuba Kredite zum Import von Industrieanlagen und Produktionsmitteln.

Da Kuba von jeglicher offizieller Entwicklungshilfe seitens der kapitalistischen Industrieländer ausgenommen war – und mit wenigen Ausnahmen (Kanada, Finnland, Belgien, Niederlande und Österreich, Gesamtsumme 38 Mio Dollar) – auch heute noch immer ist, blieb ihm kaum ein anderer Ausweg, als sich direkt auf den internationalen Finanzmärkten zu verschulden. Die Kreditbedingungen dort sind weitaus ungünstiger (gleitende Zinssätze, höhere Zinsen quasi als „Risikozuschlag“ für die Kreditvergabe an die „Rote Zuckerinsel“, kurze Laufzeiten, ungünstige Tilgungsmodalitäten) als die der offiziellen Entwicklungshilfe oder gar die Kredite der sozialistischen Länder. Bei letzteren sind die Bedingungen der Finanzierungskredite: Laufzeit 25 Jahre und mehr, 10 tilgungsfreie Jahre, Zinssatz 2%, Aufschub der Tilgung aller vor 1972 gewährten Kredite bis 1986.

Sicherlich wurden die Möglichkeiten, durch Außenverschuldung auf den kapitalistischen Finanzmärkten das eigene Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, von Kuba wie von einigen anderen sozialistischen Ländern in der Entspannungsära leicht überschätzt, die wirtschaftlich-politischen



Kubanischer Tabakprüfer bei der Arbeit

Risiken unterschätzt. Dennoch war für Kuba das abgelauene Jahrzehnt, trotz schwerer zusätzlicher Belastungen (Zuckerrohrrost, Tabak-Blauschimmel, Dengue-Fieber), wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich.

Das kubanische Bruttoinlandsprodukt wuchs mit einer Jahresrate von durchschnittlich 9,3%, das Pro-Kopf-Einkommen um 7,9%. Die Arbeitsproduktivität konnte um 4,3% pro Jahr, das Realeinkommen um jährlich 5,2% gesteigert werden. Durch die Inbetriebnahme zahlreicher Industrieprojekte und Infrastruktureinrichtungen gelang es, die Versorgung der Bevölkerung mit langlebigen Konsumgütern nachhaltig zu verbessern. Eine der Folgen: 1980 entfielen auf 100 kubanische Haushalte 105 Radios, 74 Fernsehgeräte und 38 Kühlschränke. Die Vollmechanisierung der Zuckerernte konnte auf 45% gesteigert werden und die Investitionen wuchsen mit einer Jahresrate von 1,75%, so daß die Akkumulationsrate im Zeitraum 1970-80 auf 28,8% gesteigert werden konnte. Daneben wurden die staatlichen Aufwendungen für Gesundheit, Bildung und Kultur allein im Zeitraum 1977-81 mehr als verdoppelt.

Die insgesamt positive Entwicklung hielt auch im 1. Halbjahr 1982 an. Das Produktionsergebnis der Lebensmittelindustrie, der Ersatzteilproduktion und der Bauindustrie wuchsen mit zweistelligen Raten gegenüber der Vorjahresperiode. 1981/82 wurde mit 8,2 Mio t die bisher zweitbeste Zuckerernte der kubanischen Geschichte eingefahren.

Die Modernisierung des Zuckersektors macht große Fortschritte, so wurden 1981 schon 3.000 in Kuba selbst gebaute Zuckerrohrvollernter eingesetzt und die Zahl der Erntear-

beiter zum Zuckerrohrschlag konnte von 350.000 im Jahr 1970 auf 110.000 im Jahr 1981/82 verringert werden. Der Energieverbrauch zur Verarbeitung des Zuckerrohrs wurde drastisch reduziert.

1981 wurde erstmals mit den kapitalistischen Ländern ein Außenhandelsüberschuß erzielt. Die Zahlungsbilanz ist ausgeglichen.

Den positiven binnenwirtschaftlichen Ergebnissen stehen negative außenwirtschaftliche Einflüsse gegenüber. Sie bringen beträchtlichen Schaden für die kubanische Wirtschaft mit sich und werden das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr vermindern.

Die Zuckerrohrpreise auf dem kapitalistischen Weltmarkt sanken absolut auf den tiefsten Stand seit 10 Jahren, real noch weit darunter. Auf Basis 1972 = 100 indexiert, lag der reale Zuckerpreis im August 1982 bei 39.⁵

Auch die künftige Zuckerweltmarktpreisentwicklung wird mit ziemlicher Sicherheit negativ sein. Laut Prognose des HWWA-Wirtschaftsforschungsinstitutes⁶ wird der Zuckerpreis 1983 aufgrund der übervollen Lager und guter Ernten 22% unter dem Preis von 1982 liegen, nachdem dieser schon um 50% unter dem Preis von 1981 und dieser wiederum 42% unter dem Preis von 1980 lag. Der Zuckerpreis ist damit der seit 1980 am stärksten gesunkene Rohstoffpreis und liegt jetzt mit 6,88 US-cts/lbs (Cents pro Pfund, US-Pfund = 453 g) um 30% unter den Produktionskosten von rund 10 cts/lbs.

Zinswucher westlicher Kreditgeber

Der Absturz des Weltmarktzuckerpreises von fast 40 cts/lbs im Oktober 1980 ist bedingt einesteiils durch die Schließung des US-Marktes für Drittlandszuckerimporte, den Massenverkauf von hochsubventioniertem EG-Rübenzucker auf dem Weltmarkt und einem zunehmenden Ersatz von Zucker durch andere Stoffe (Mais-Glucose) für die industrielle Süßwarenherstellung. Anderenteils geht der Preisverfall auf das Verdrängen Kubas und anderer traditioneller Zuckerexporteure der Dritten Welt von angestammten Märkten zurück, und zwar infolge der massiv gesteigerten Zuckerrohrproduktion aus entwickelten kapitalistischen Ländern wie Australien und Südafrika.

Kuba ist sicherlich, was seine Westwährungsdevisen angeht, von dem Preisverfall betroffen. Denn noch immer stammen 2/3 seiner Exporterlöse in konvertibler Währung aus dem Zuckerexport, aber nicht hinsichtlich des Zuckerexportes in die sozialistischen Länder, deren Märkte mehr als die Hälfte des kubanischen Zuckerexportes aufnehmen. Denn der von der UdSSR gezahlte Zuckerpreis hat sich umgerechnet in US cents/lbs seit 1972 mehr als verfünffacht (43,17 US-cts/lbs im Jahr 1981) und ist zudem an die Preise für das von Kuba in der Sowjetunion eingekaufte Rohöl gebunden, so daß die reale Kaufkraft der kubanischen Zuckerexporte in den sozialistischen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gleichgeblieben, teils sogar gestiegen ist. Die verhängnisvolle Preisschere – sinkende Rohstoffpreise/inflationäre Preise für Industrieprodukte – ist für Kuba im gleichberechtigten Handel im Rahmen des RGW außer Kraft gesetzt.⁷

Eine ähnlich negative Entwicklung wie auf dem Weltzuckermarkt gilt auch für Nickel, Kubas zweitwichtigstes Rohstoffexportprodukt. Zu stabilen Preisen werden 2/3 des kubanischen Nickelexportes im RGW abgesetzt, 12.000 t auf dem kapitalistischen Weltmarkt verkauft. Dort sind die Preise seit 1980 um 1/3 rückläufig.

Wenn dann die Frankfurter Allgemeine vom 27.11.1982 scheinbar sachlich feststellt, daß die Verkäufe an westeuropäische Länder deutlich (um 40%) zurückgingen, ist darin

schon eine entscheidende Informationsunterschlagung enthalten, die die wahren Machtverhältnisse auf diesem Markt exemplarisch beleuchtet. Es wurde nämlich nicht berichtet, daß die USA die Einfuhr von Industrieprodukten verboten haben, in denen kubanisches Nickel verarbeitet wurde. Dieser ökonomische Druck veranlaßte natürlich zahlreiche Länder, ihre Nickelbezüge aus Kuba einzustellen oder stark zu reduzieren.⁸

Die zweite negative Außenwirtschaftskomponente ist die aufrüstungsbedingte Hochzinspolitik der USA. Da fast alle Kredite auf den internationalen Finanzmärkten (Eurodollarmarkt) mit variablen Zinssätzen ausgestattet sind, werden deren Zinsen laufend angepaßt, wenn die Leitzinsen steigen. D.h. Kuba muß heute für die meisten seiner in den 70er Jahren aufgenommenen Kredite dreimal so hohe Zinsen wie noch 1978 zahlen.

Dies wirft jede Wirtschaftlichkeitsberechnung für solcherlei fremdfinanzierte Investitionsprojekte über den Haufen und erschwert die Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes. Es bringt noch zusätzliche Belastungen für die Zahlungsbilanz mit sich, da den steigenden Zinszahlungen gleichzeitig verringerte Exporterlöse gegenüberstehen. Dieses Dilemma wird noch zusätzlich verstärkt durch den Anstieg des US-Dollarkurses von durchschnittlich 1,80 DM/Dollar im Jahr 1980 auf derzeit ca. 2,50 DM/Dollar, da die meisten Kreditzinsen in Dollar zu bezahlen sind, die Exporterlöse aber häufig in anderen Westwährungen anfallen.

Die aus diesen kapitalistischen Weltmarktbedingungen erwachsenen Nachteile beziffert die kubanische Nationalbank allein im Zeitraum 1982/83 auf 1,6 Mrd Pesos, wovon 30% auf die rückläufigen Zuckerpreise, 23% auf die Hochzinspolitik, 18% auf die Inflation in den kapitalistischen Ländern und 29% auf die Kürzung der Kreditlinien entfällt.⁹

Darin nicht enthalten sind die von Kuba beantragten Anleihen auf dem Eurodollarmarkt in Höhe von mehreren hundert Mio DM, die 1981/82 auf Druck von US-Banken von den Vergebungskonsortien zurückgezogen wurden.¹⁰

An diesem Beispiel wird deutlich, daß von der Abwälzung der US-Aufrüstungskosten mittels Höchstzinsen auf dritte Länder auch die sozialistischen Länder betroffen sind. D.h. ein Teil der internationalen Systemauseinandersetzung wird über die internationalen Finanzmärkte ausgetragen.

Daher bergen die Verschuldungsoperationen auf diesen Märkten auch höchste Brisanz für den Erhalt des kapitalistischen Bankenapparates in sich. Bankenzusammenbrüche, die notwendigerweise der Zahlungsunfähigkeitserklärung mehrerer Länder folgen müßten, könnten in letzter Konsequenz zu einer höchsten Gefährdung des Weltfriedens führen.

Ansichts der Aggressivität der Reagan-Administration ist nicht auszuschließen, daß über die bewußte Herbeiführung der Zahlungsunfähigkeit eines der sozialistischen Länder, und zwar über entsprechende Kreditmarktoperationen, neue internationale Spannungen mit weitreichenden Folgen auch militärischer Art provoziert werden sollen. Unter diesem Aspekt ist auch das äußerst defensive Operieren und die Konzessionsbereitschaft des sozialistischen Lagers in den internationalen Verschuldungsfragen zu sehen.

Anmerkungen:

- 1) Handelsblatt (HB), 3.9.1982, S.2
- 2) So hieß es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), 20.9.1982, S.13
- 3) Daten nach: Banco Nacional de Cuba, Economic Report, Havana, August 1982, S. 47 und 55f.; Der Spiegel, Nr. 20/1982, S.14
- 4) Granma Weekly Review, Havanna, 10.1.1982
- 5) Economic Report, a.a.O., S. 12-47
- 6) IFO-Schnelldienst, Nr. 30/1982, S.4
- 7) Economic Report, a.a.O., S.21
- 8) Daten nach: FAZ, 20.9.1982 und 27.11.1982
- 9) Economic Report, a.a.O., S. 19 und 49
- 10) Südwind, Bern, Nr. 3/1982, S.20

Peter Garcia

Kongreßwahlen im Schatten der Militärs



Brasilianischer Staatschef General Figueredo

Alle Anstrengungen waren umsonst. Allein können die Militärs den Würgegriff der Krise nicht lösen. Kein Bereich Brasiliens ist von ihr verschont. Sie hat viele Namen: Arbeitslosigkeit, Massenelend, Wohnungsnot, Inflation, Verschuldung, Firmenzusammenbrüche.

Dazu die Meinung der exklusivsten Pariser Kapitalanlageberater: „In einem Land, in dem die Armen über Kleinanzeigen ihre Augen und Nieren verkaufen, um zu überleben, erhält die Zunahme der Arbeitslosigkeit eine makabre Dimension...“¹ In der Tat makaber ist folgende Anzeige, die der Maurer Walter Vieira Reis, 36 Jahre, in einer Zeitung Belems veröffentlichte: Verkaufe meine Hornhäute für 5 Mio Cruzeiros (1 DM = 81,91 Cruz.), „weil ich meine Familie in besseren Lebensbedingungen sehen möchte“.²

Die Arbeitslosigkeit erreicht immer katastrophalere Ausmaße. Das brasilianische Arbeitsministerium hat – mit etwas Verspätung – für das Jahr 1979 folgende Zahlen veröffentlicht: Arbeitsfähige Personen – etwa 45 Mio. Davon in einem festen Arbeitsverhältnis – etwa 24 Mio. Arbeitslos oder unterbeschäftigt – etwa 21 Mio.³

Auch die Töchter bundesdeutscher Firmen beteiligen sich an der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Die meisten dieser Firmen sind im Gebiet São Paulo konzentriert. Von den etwa 300.000 Beschäftigten dieser 800 deutsch-brasilianischen Unternehmen sind mittlerweile 10% entlassen. Bei VW und Mercedes mußte sogar jeder Vierte gehen. Etwa die doppelte Anzahl Beschäftigter hat in den Zulieferbetrieben ihren Arbeitsplatz verloren.⁴

Schlachttag im Schlachthof Marajó von Recife. Vor den Abwasserrohren drängen sich Menschen. Sie tauchen ihre Hände in die stinkende, klebrige Brühe, um die im Schlachthof für ungenießbar eingestuftes Tierabfälle abzufangen, bevor sie in den nahegelegenen Bach verschwinden.

Ein neues Wort wurde in Brasilien geprägt: Comedores de lixo (Müllesser). Mit diesem Wort bezeichnet man Menschen, die sich ihr täglich Brot aus Mülltonnen wühlen. Fast 3 Mio Kinder leben allein in São Paulo und Rio de Janeiro vom Durchwühlen des Mülls nach Eßbarem.

Insgesamt schlugen sich heute in Brasilien 25 Mio obdachlose und bedürftige Kinder auf den Straßen und in den Elendsvierteln durch. Das sind offizielle Zahlen der Stiftung für das Wohlergehen der Minderjährigen (FUNABEM), die jährlich aus Geldmangel gerade 600.000 dieser Kinder betreuen kann. 600.000 andere Kinder sterben an Unterernährung, bevor sie das erste Lebensjahr erreicht haben.

Ebenfalls nach Angaben der FUNABEM können über 12 Mio Kinder zwischen 7 und 14 Jahren nicht lesen und schreiben. Zusammen mit Peru hat Brasilien den niedrigsten Bildungsetat Lateinamerikas: ganze 5,3%.

In Brasilien gibt es einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Im August 1981 lag er bei 7.128 Cruzeiros. Für denselben Monat wurde – ebenfalls offiziell – das Lebenshaltungskostenminimum für einen 4-Personen-Haushalt ermittelt: 26.772 Cruzeiros, also mehr als das Vierfache des Mindestlohns. 75% aller Lohnempfänger erhalten nur ein bis drei Mindestlöhne, d.h. sie bleiben unter jenem realen Minimum.

Allerdings: Nicht für alle Brasilianer wird das Überleben immer schwieriger. Zahlen des Brasilianischen Instituts für

Hauptergebnisse der Wahlen 1982

Gouverneurswahlen

Die Opposition hat in folgenden 10 Bundesstaaten gesiegt:

Acre	PMDB
Amazonas	PMDB
Espirito Santo	PMDB
Goiás	PMDB
Mato Grosso do Sul	PMDB
Minas Gerais	PMDB
Pará	PMDB
Paraná	PMDB
Rio de Janeiro	PDT
São Paulo	PMDB

Kongreßwahlen (Cámara)

Die Zahl der insgesamt 479 Abgeordneten wird sich wie folgt verteilen:

PDS	234
PMDB	200
PDT	24
PTB	13
PT	8

(Quelle: Journal do Brasil, Rio de Janeiro, 26.11.1982)

Statistik und Geographie verdeutlichen die nachfolgenden Zusammenhänge. 1960 teilte sich die Hälfte der Brasilianer 17,4% des Nationaleinkommens. Auf der anderen Seite der Einkommensskala standen 5%, die 28,8% des Nationaleinkommens erhielten. 1976 hatte sich das Bild zuungunsten der ärmeren Hälfte der Bevölkerung verschoben: Sie mußte sich mit 13,4% des Nationaleinkommens zufriedengeben, während die 5% Reichen ihren Anteil auf 37,9% erhöhten. Die 1% Allerreichsten verfügten im selben Jahr nach dieser Statistik über mehr Einkommen als die 50% ärmsten Brasilianer!⁵

Brasilien ist heute mit rund 80 Mrd Dollar bei den imperialistischen Ländern verschuldet. Derzeit müssen über 4/5 der Exporterlöse nur für die Zahlung der Zinsen bereitgestellt werden.

Der Exportüberschuß war in den ersten zehn Monaten des Jahres 1982 auf 417 Mio Dollar zurückgegangen. Die Inflation lag 1982 bei ca. 110%. Bis November 1982 wurde der Cruzeiro gegenüber dem US-Dollar 35 mal abgewertet und war bis dahin gegenüber dieser Währung nur noch 53,9% wert. Das heißt, daß sich der Preis einer Maschine oder eines Ersatzteils aus den USA für einen brasilianischen Käufer, der den entsprechenden Gegenwert in Cruzeiros anschaffen muß, von Januar bis November des Jahres 1982 fast verdoppelt hat.

Schuldzinsen, Inflation und abnehmende Exporterlöse haben Brasilien gezwungen, für ca. 14 Mrd Dollar eine Umschuldung bei den westlichen Banken zu beantragen, um die Erklärung seiner Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Die Umschuldung wurde in der Zwischenzeit gewährt. Das bedeutet jedoch, daß sich die Verschuldung Brasiliens 1983 auf mindestens 91 Mrd Dollar erhöhen wird.⁶

Zur Verhinderung des völligen Bankrotts treibt die derzeitige Regierung ihre Pläne zum Ausverkauf der reichen Bodenschätze Brasiliens, z.B. im Gebiet von Carajás und im

Amazonasdschungel, voran.

Der ganze Widersinn des von der brasilianischen Regierung eingeschlagenen „Entwicklungswegs“ zeigt sich auch an folgendem Beispiel: Zur Verringerung der Erdölimporte rief die Regierung das Programm „Proálcool“ ins Leben. Aus Zuckerrohr und z.T. auch aus Maniokwurzeln wird Alkohol gewonnen und entweder dem Benzin beigemischt oder rein als Autotreibstoff verwandt. Aufgrund von staatlichen Subventionen entstehen in vielen Teilen Brasiliens riesige Zuckerrohrplantagen – auf Kosten der Kleinbauern, die Grundnahrungsmittel anbauen.

Mit Hilfe von Justiz und Mordbanden werden die Bauern von ihren Besitzungen vertrieben. Das Ergebnis des Programms „Proálcool“: Gesunkene Erdölimporte, hunderttausende neue Favela-Bewohner und die Tatsache, daß Brasilien heute große Mengen Mais, Reis und Bohnen importieren muß!

Es waren insbesondere die wirtschaftlichen Probleme, die den Militärs über den Kopf wuchsen. Nach dem durchschlagenden Mißerfolg des „Modells Chile“, das als Alternative nicht mehr in Frage kam, traten die Militärs mit der „demokratischen Öffnung“ die Flucht nach vorn an.

Am 15.11.1982 wurde dann gewählt. Als das Ergebnis feststand, gab es zweimal stahlende Gesichter. Sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition behaupten, bei den Wahlen 1982 gesiegt zu haben. Und beide haben recht.

Die Regierung des Generals Figueiredo (seit März 1979 im Amt) hat mit einer Reihe gesetzlich verfügbarer Wahlbehinderungen ihr Überleben gesichert. Ihre Sozialdemokratische Partei (PDS) stellt 13 der 23 Gouverneure, 234 der 479 Kongreßabgeordneten und die absolute Mehrheit im Wahlmännergremium, das 1985 den neuen Präsidenten bestimmen wird.

Die Opposition war auf vielfältige Weise benachteiligt. Ein Gesetz, das „Lei Falcão“, verbot ihr die Selbstdarstellung in

Politische Parteien Brasiliens

Sozialdemokratische Partei (PDS)

Konservative Regierungspartei. Vertritt die Interessen der Großgrundbesitzer sowie der nationalen und internationalen Großkonzerne. Die Spitzen der militärischen Hierarchie, des Beamtentums und z.T. des Klerus haben hier ihre Heimat. Massenbasis unter der Landbevölkerung der ärmeren Bundesstaaten des Nordens.

Brasilianische Arbeiterpartei (PTB)

Reaktionär, möglicher Bündnispartner der PDS. Hat kleinen Wählerstamm in São Paulo durch Jânio Quadros, 1961 Präsident Brasiliens. Vorsitzende Ivette Vargas, Nichte des Diktators G. Vargas (1934-45). Wird von einigen Großindustriellen unterstützt.

Demokratische Arbeiterpartei (PDT)

Sozialdemokratische Partei, Vorsitzender und persönlicher Freund W. Brandts ist Leonel Brizola, bis 1964 Gouverneur von Rio Grande do Sul. In diesem Staat sowie in Rio de Janeiro Massenbasis im Mittelstand und unter Industriearbeitern. Unterhält Kontakte zur SI.

Kommunistische Partei Brasiliens (PCB)

Noch verboten. Kommunisten können jedoch in der Öffentlichkeit als Einzelpersonen auftreten. Kämpft derzeit um Legalisierung. Bei den Wahlen offiziell PMDB unterstützt. Befindet sich in Phase der Reorganisation, da die Parteiorganisation zur Zeit der Illegalität wiederholt schwere Schläge hinnehmen mußte.

Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB)

Sammelbewegung aus liberalen, nationalistischen, reformistischen und linken Kräften (einschließlich Sozialisten und Kommunisten). Seit Anschluß der PP existiert ein starker konservativer Flügel. Massenbasis unter Industriearbeitern, im Süden Brasiliens unter Klein- und Mittelbauern, sowie bei Teilen des Mittelstands (einschließlich kleiner und mittlerer Händler und Unternehmer). Von einer Reihe Gewerkschaften unterstützt. Unterhält über die Friedrich-Ebert-Stiftung in Rio Kontakte zur Sozialistischen Internationale (SI).

Partei der Arbeiter (PT)

Metallarbeiter der Basisgewerkschaftsgruppen in und um São Paulo, Unterstützung von Teilen der Metallarbeitergewerkschaft und der Gewerkschaft der Bankangestellten, sonst hauptsächlich Studenten und Intellektuelle, z.B. auch in den Basiskirchengemeinden. Vorsitzender Luis Ignácio da Silva (Lula) war führende Persönlichkeit beim Metallarbeiterstreik von 1978. Unterhält Kontakte zur SI.

Volkspartei (PP)

Konservativ-nationalistisch. Lehnt Wirtschaftspolitik der Militärs ab. Vertritt Interessen der mittleren und kleineren Industriellen sowie der Großbauern im Süden des Landes. Von den meisten Unternehmern São Paulos unterstützt. In der Parteiführung sind einige der größten Bankiers Brasiliens vertreten. Aus wahltaktischen Überlegungen 1982 an PMDB angeschlossen. Regierung will durch Gesetz erneute Loslösung von PMDB erreichen.

den Massenmedien. Jede der fünf teilnehmenden Parteien mußte Kandidaten für alle Ämter aufstellen, was für die Partei der Arbeiter (PT), die Demokratische Arbeiterpartei (PDT) und die Brasilianische Arbeiterpartei (PTB) in vielen Gebieten Brasiliens unmöglich war.

Als Gegenstück dazu wurde die „Vinculação total de votos“ verfügt, d.h. vom Gemeinderatsmitglied bis zum Gouverneur durften für alle Ämter nur die Kandidaten einer Partei gewählt werden. Koalitionen zwischen den Parteien wurden verboten, wodurch es der Regierungspartei z.B. im Staat Rio Grande do Sul gelang, trotz klarer Mehrheit für die Opposition die Wahl für sich zu entscheiden.

Die Zahl der Abgeordneten im Kongreß wurde so festgelegt, daß die bevölkerungsarmen und wenig industrialisierten Bundesstaaten gegenüber den industrialisierten mit hoher Bevölkerungszahl bevorzugt sind. Jedem Bundesstaat stehen unabhängig von der Einwohnerzahl mindestens sechs Kongreßsitze zu. Das nützt der PDS, die unter der Landbevölkerung des armen Nordens ihre Massenbasis hat.

Wahlbenachteiligungen der Opposition

Auch einzelne Parteien wurden behindert. Der Vorsitzende der PT, Lula, war 1980 für seine Rolle beim Metallarbeiterstreik von einem Militärgericht wegen Verstoßes gegen die nationale Sicherheit zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe brauchte er nicht antreten; jedoch erklärte ihn die Regierung zur „unwählbaren Person“. Das trug unter anderem dazu bei, daß die PT selbst in São Paulo, dem Hauptschwerpunkt der metallverarbeitenden Industrie, kaum über 10% herauskam.⁷

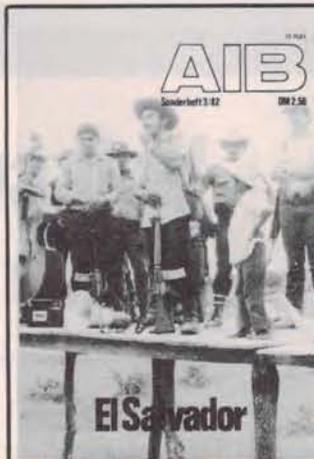
Die Opposition hat zwar ihr Ziel nicht erreicht, der PDS national eine Wahl Niederlage zuzufügen. Aber ihre Erfolge sind trotzdem beachtlich. Absolut konnte sie mehr Stimmen gewinnen als die Regierungspartei PDS. Die 10 von der Opposition gewonnenen Staaten erbringen mehr als 3/4 des Gesamtsteueraufkommens Brasiliens. Mit Ausnahme von Rio Grande do Sul befinden sich alle industriell entwickelten Bundesstaaten in der Hand der Opposition. Das bedeutet u.a., daß die Arbeiterklasse in den Industriegebieten einen politischen Kurswechsel wollte.

Aber auch in einigen weniger entwickelten Bundesstaaten schlug das politische Barometer in Richtung Opposition aus. So z.B. in Acre, wo es eine breite Bewegung zur Besetzung brachliegender Ländereien gibt, die den Großgrundbesitzern der PDS gehören. Oder in Pará, wo sich immer mehr Stimmen gegen den Ausverkauf der riesigen Metallvorkommen im Süden des Bundesstaates (Carajás) an die internationalen Monopole erheben.

Für die weitere Demokratisierung des Landes sind mit dem Ergebnis der Wahlen von 1982 gute Voraussetzungen geschaffen. Aber — und hier sollen noch einmal die anfänglich zitierten Kapitalanlageberater zu Wort kommen, die nach Interviews mit Präsident Figueiredo und anderen Regierungsmitgliedern schlußfolgerten: „Selbst wenn die Manipulierung der Wahlen ... den Sieg der Regierungspartei PDS nicht sichert, so wird Brasilien weiterhin im Schatten der Militärs regiert...“⁸

Anmerkungen:

- 1) La Lettre Internationale, Paris, Nr. 98
- 2) Granma, Havanna, 27.9.1981
- 3) Cadernos do CEAS, Salvador/Bahia, Nr.74
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.7.1982
- 5) Daten nach: CEAS, Nr. 78, 77 und 73
- 6) Vgl. Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 48; Mitteilungen der Deutsch-Südamerikanischen Bank, 24. und 26.11.1982
- 7) Estado de São Paulo, São Paulo, 19.11.1982
- 8) La Lettre Internationale, a.a.O.



AIB-Sonderheft 3/1982:

- V. Sieglin: Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie
 - A. I. Bresche: Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts?
 - W. Brönnner/H.-J. Nieth: Von der „Reform“-junta zum Krieg gegen das Volk
 - W. Brönnner/H.-J. Nieth: Die salvadorianische Befreiungsbewegung — Erben Farabundo Martis
 - A. I. Barrios: Die Intervention der USA in El Salvador — von Carter zu Reagan
- 40 Seiten 2,50 DM

AIB-Sonderheft 1/1982:

- W. Brönnner: Ein Jahr Reagan — Die neue globale Konfrontation
 - A. I. Barrios: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen Hinterhof
 - R. Falk: Der Kurs der Bundesrepublik — Mit Reagan in den Abgrund?
- 24 Seiten 2,— DM

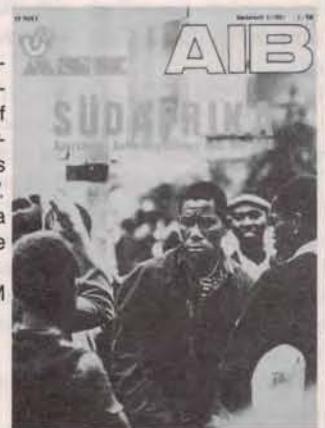


AIB-Sonderheft 2/1982:

- Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“
 - Beiträge der Veranstaltung „Die Zentralamerikapolitik des Westens“ von Luis de Sebastian, Roger Wurbach, José Pasos, James Wall, Heintz Dieterich, Wolf-Michael Catenhusen, Dieter Boris, Bernd Paeschke und Mario Rodriguez
 - Eduardo Galeano: Die Revolution — Antwort auf den Krieg gegen das Volk
- 20 Seiten 2,— DM

AIB-Sonderheft 2/1981:

- R. Brückner: Das Apartheidssystem ist und bleibt unmenschlich
 - J. Ostrowsky: Der Kampf des ANC Südafrikas
 - H. Mayer: Pretorias Aggressionskurs gegen seine Nachbarn
 - W. Geisler/J. Ostrowsky: Südafrika und die NATO
 - R. Falk: Die Bundesrepublik und Südafrika
- 32 Seiten 2,— DM



AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB ist die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt im deutschen Sprachraum. Ein Einzelheft kostet 2,50 DM (Sonderhefte 2,— DM), ein Jahresabonnement nur 25,— DM. Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Alfonso Gonzales

Volksvotum für eine echte Demokratisierung

Auch bei seinem zweiten Anlauf hin zu einer „beschränkten Demokratie“ handelte sich das uruguayische Militärregime eine Schlappe ein. Zum 28. November 1982 waren alle Bürger des Landes aufgerufen, die Leitungen dreier wiederzugelassener bürgerlicher Parteien, der Colorado-Partei (Rote), der Nationalpartei (Blancos = Weiße) und der christdemokratischen Abspaltung Union Civica, zu wählen. Diese Wahlen fällten eine Vorentscheidung darüber, welche Kandidaten der großen Traditionsparteien für die Präsidentschaftswahlen zum 28.11.1984 (der Sieger tritt am 1. März 1985 das Präsidentenamt an) durchsetzungsfähig sind. Die Wahlbeteiligung lag bei 60%. Es siegte bei den Blancos mit Pivel Devoto (70% der Stimmen) der Mann des exilierten antidiktatorischen Parteiführers Wilson Ferreira Aldunate. Bei den Colorados behauptete sich mit Julio Maria Sanguinetti (40%), der den kollaborationswilligen Expräsidenten Jorge Pacheco Areco (25%) bezwang, ebenfalls der oppositionelle Flügel. Etwa 11% der Wähler folgten dem Votum der nichtzugelassenen Linksparteien der Frente Amplio (Breite Front), indem sie weiße Stimmzettel abgaben. Die Opposition errang damit, wie schon beim Verfassungsplebiszit 1980, eine klare Mehrheit. Zeichen der realen Stärke des uruguayischen Volkswiderstandes...

In den ersten sechs Monaten nach dem Staatsstreich vom Juni 1973 besetzten die Militärs alle Schlüsselstellungen im Staat, in den Staatsbetrieben, der Verwaltung sowie im Unterrichts- und Gesundheitswesen.

Die Gewerkschaftszentrale CNT wurde verboten. Mit einem Reglementierungsgesetz dachten sie, die Gewerkschaften unter ihre Kontrolle zu bringen. Die auferlegten Beschränkungen konnten unmöglich von den Gewerkschaften akzeptiert werden. So sollten sich die Arbeiter auf vorgedruckten Formularen für die eine oder andere Gewerkschaft einschreiben.

Sie taten das auch allerorts ... für ihre alte Kampfgewerkschaft. Erst als die Delegierten dieser Gewerkschaften zu der, von Oberst Bolentini einberufenen konstituierenden Versammlung erschienen, erkannte er seinen Irrtum. Es waren die Delegierten der CNT-Gewerkschaften. Sie kritisierten aber akzeptierten das neue Reglement und trieben den überraschten Oberst in die Enge.

So mußte dieses Reglementierungsprojekt zu den Akten gelegt werden. Viele Gewerkschaftsführer wurden nun verhaftet, die Gewerkschaftshäuser, meist mit den Geldern der Arbeiter errichtet, wurden besetzt und zu Polizeirevierern degradiert.

Ein Versuch, die Diktatur zu legitimieren, war das Verfassungsplebiszit vom November 1980. Gemäß diesem Projekt sollten die beiden traditionellen Parteien, die konservativen Blancos (Weiße, Nationalpartei) und die liberale Colorado-Partei (Rote), unter Ausschaltung der Arbeiterparteien und der Linken, ein machtsbeschränktes Parlament bilden.

Unter drei von ihnen vorgeschlagenen Präsidentschaftskandidaten wollten sich die Militärs dann einen als Präsidenten



Volkswahl in Montevideo

aussuchen. Der COSENA, der Oberste Militärerrat, wäre behalten worden und sollte zusammen mit dem ebenfalls von ihm und dem Präsidenten ernannten Verfassungstribunal das letzte Wort in allen Fragen behalten, also die reale Staatsmacht ausüben.

Hier offenbarte sich zum ersten Mal vor aller Welt die ganze politische Vereinsamung der Diktatur. Trotz des Propagandamonopols für das „Ja“ zur Verfassungsreform, trotz aller Drohungen der Generäle, wer mit „Nein“ stimme, sei „Terrorist“, „Auführer“, „Marxist“ oder „Kommunist“ (oder: „Wenn diese Verfassung nicht angenommen würde, wäre das der Auftakt zu einem blutigen Bürgerkrieg wie dazumal in Nicaragua“), trotz aller Einschüchterungen und Erpressungen antworteten fast 60% der Bevölkerung mit einem „Nein“, das zugleich ein „Nein“ zu sieben Jahren Diktatur war.

Die Generäle verboten der Presse, das Wahlergebnis zu kommentieren. Die Tatsache der Niederlage der Militärdiktatur aber blieb bestehen.

Gründe gab es gewiß viele, angefangen beim 15-Tage-Generalstreik der CNT vom Juni 1973 bis hin zum heroischen Untergrundkampf der Gewerkschafter, der Sozialisten und Kommunisten, der zahlreichen Märtyrer und der Opfer Aller, die gegen die Diktatur kämpften. Dann war da die beginnende Wirtschaftskrise, die schon nicht mehr allein die Arbeiter, sondern auch die Industriellen, Kaufleute und Exporteure ruinierte und gegen die Diktatur aufbrachte (siehe AIB 11-12/1982, S. 58-61), und nicht zuletzt die demokratische und antimilitaristische Mentalität der Uruguayer, in einem Jahrhundert konstitutionell-demokratischen Lebensstils geprägt wurde.

Die Armee, die ja nur nach außen eine monolithische Einheit darstellt, in der aber die Tendenzen der Gesellschaft ihren – wenn auch oft verzerrten – Ausdruck finden, sah sich nun gezwungen, politische Konzessionen zu machen. Ihr Dilemma war: Wie an der Macht bleiben und die politischen Parteien, sei es auch nur der bürgerlichen traditionellen, daran beteiligen? Wie die Dinge ändern, damit alles bliebe, wie es war?

Zum neuen Präsidenten ernannten die Herren Generäle, statt aller zivilen Marionetten, jetzt, im September 1981, einen der ihnen, den General Gregorio Alvarez. Er soll jenes Kunststück fertigbringen. Die COMASPO wurde gebildet, eine besondere Kommission von Generälen und Obersten, die mit den Führern der Colorado- und der Blanco-Partei den Dialog über mögliche allmähliche Demokratisierungswege aufnehmen sollte.

Die erste Schwierigkeit bestand darin, daß die Mehrzahl dieser Führer „Proscriptos“ waren, d.h. sie gehörten zu jenen etwa 17.000 Uruguayern, welche durch ein Regierungsdekret (Acta Institucional, Nr. 4) mit einem politischen Bann belegt worden waren. Alle, die einmal auf einer Liste, gleich welcher Partei oder Gewerkschaft, als Wahlkandidat gestanden oder von einer dieser delegiert waren, durften demnach weder politische Äußerungen machen, noch jemals wieder gewählt werden, auch nicht als Beisitzer etwa eines Sportklubs oder einer Mietergemeinschaft.

Parteiwahlen vom 28.11.1982 – eine Mißgeburt

Man hob also ein paar hundert Proscripciones auf, selbstverständlich nur bei den beiden traditionellen Parteien und der Unión Cívica, einer kleinen christlichkonservativen Partei, die letzthin schon keine Abgeordneten mehr ins Parlament bekommen hatte. Und auch bei diesen Parteien beließ man den Bannfluch auf deren bekanntesten Führern und vor allem auf denen, die eine konsequent antidiktatorische Haltung bewahrt hatten.

Der „Dialog“ enthüllte aber nur von neuem den Abgrund der Konzeptionen. Das Direktorium der Nationalpartei (Blancos) – auch ohne ihren Präsidenten Gutierrez Ruíz, der 1976 von Militärkommandos in Buenos Aires entführt, gefoltert und ermordet worden war und ohne Wilson Ferreira Aldunate, ihren Präsidentschaftskandidaten im Exil – bestand auf der Aufhebung aller Proscripciones und auf der Beteiligung aller 1971 legalen Parteien, also auch der Frente Amplio, an kommenden Wahlen. Die Kommissionen der Colorados, die im Prinzip ebenfalls unteilbare und unbeschränkte politische Freiheiten fordern, bezogen unklarere und kompromißlerische Positionen.

Immerhin wurden allgemein als ein erster Schritt zur Normalisierung die internen Vorstandswahlen der Parteien für November 1982 angesetzt. Seit dem Staatsstreich von 1973 konnten diese Autoritäten ja weder erneuert noch bestätigt werden. Ein neues Statut der Parteien sollte den Prozeß reglementieren.

Auf jeden Fall wurde im Verlaufe der Verhandlungen klar, daß die antidiktatorischen Strömungen auch in den bürgerlichen Parteien das Übergewicht hatten, vor allem aber, daß sie sich nicht mit anfänglichen Konzessionen begnügen würden, und so die „demokratische Öffnung“ leicht der Kontrolle der Militärs entgleiten konnte.

Es ist bezeichnend, daß die führenden Persönlichkeiten der COMASPO wegen zu großer Nachgiebigkeit und unter dem Druck des faschistischen Flügels in der Armee, mehrmals ausgewechselt wurden. Das von der COMASPO ausgearbeitete Parteienstatut wurde dem Staatsrat zur Ratifizierung vorgelegt. Der Staatsrat bestand aus 35 von der Diktatur

ernannten Erzreaktionären, erklärten Faschisten, Karrieristen, und einigen „Ja“-Kollaborateuren, die die Fassade eines Parlaments ersetzen sollten. Man erwartete, wie stets, von ihnen ein neues Ja und Amen. Sie verschleppten hingegen das Projekt bis zum April 1982.

Was dann herauskam, war eine Mißgeburt, noch mehr verunstaltet als das ursprüngliche Projekt. Die Wahlen waren keine direkten, sondern es wurden in den 19 Provinzen je 500 Wahlmänner in jeder Partei gewählt. Diese sollen später die 15 Vorstandsmitglieder wählen.

Die Atmosphäre in der diese Parteivorstandswahlen vom 28.11.1982 vor sich gingen, war alles andere als demokratisch. Die Wochenschriften der Opposition (Opinar, La Democracia, Opcion, La Plaza u.a.) die man als große Konzession vor zwei Jahren zugelassen hatte, wurden immer wieder geschlossen.

Parteiversammlungen in geschlossenen Lokalen wurden zwei Monate vor der Wahl zugelassen, standen aber unter Polizeikontrolle. General Rapela, neuer Vorsitzender des COMASPO, berief die Direktorien der traditionellen Parteien zu sich, um ihnen eine Standpauke zu halten: In der Wahlkampagne dürfe nicht das Plebiszit von 1980 erwähnt werden, Namen und Fotos von Parteiführern, die Proscriptos sind, dürften weder genannt noch abgebildet werden.

Themen wie die Aufhebung der Proscripciones, die Zulassung linker Parteien bzw. der Frente Amplio, waren ohnehin tabu, jede Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung verboten.

Von der Nationalpartei mußten die Militärs im vorhinein, daß die kollaborationistischen Fraktionen zu unbedeutend sind, um auf sie zu setzen. Was die Colorados anbelangte, so hatte man den früheren Präsidenten Pacheco Areco, bis vor kurzem Botschafter der Diktatur in Washington, ins Land zurückgerufen, damit er sein Gefolge der „Ja“-Sager mobilisiere und für den Plan der Generäle in die Waagschale werfe. Er hatte dabei nicht mehr Erfolg als beim Verfassungsplebiszit von 1980.

Gleichzeitig erreichte die Repression der Arbeiterbewegung und der Linken einen neuen Höhepunkt. Militärs wie Politiker fürchteten, die Wähler der Frente Amplio könnten mit den Ausschlag zugunsten der antidiktatorischen linken Fraktionen in den zugelassenen Parteien geben. Zudem war man sich klar, daß diese potentiell aktivere Masse der Bevölkerung in unmittelbarer Zukunft ein entscheidender Faktor sein kann, der nicht zu ignorieren ist.

General Liber Seregni, Führer der Frente Amplio – seit 9 Jahren von seinen Berufskollegen wegen seiner standhaften Position auf seiten des Volkes degradiert, im Polizeigefäng-

Uruguay-Solidarität

Die illegalisierte Zentralgewerkschaft CNT, die von Holland aus eine Kampagne für die Freilassung der gewerkschaftlichen und politischen Gefangenen durchgeführt hat, überreichte dem Repräsentanten der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, Gerd Muhr (DGB), 300.000 Unterschriften. Die CNT wird von allen Gewerkschaftsinternationalen als authentischer Repräsentant der uruguayischen Arbeiter anerkannt.

Amnesty International unterstützt die Familienangehörigen uruguayischer politischer Gefangener. Die Menschenrechtskommissionen der UNO wie der Organisation Amerikanischer Staaten und das Internationale Rote Kreuz haben mehrfach gegen die Mißhandlung in jenen uruguayischen KZs interveniert.

Der Aufruf zur Solidarität mit dem Volke Uruguays ergeht auch an die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Unterstützt die Amnestiekampagne für die politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen in Uruguay!

Unterschriften oder Unterschriftenlisten bitte einsenden an: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

nis inhaftiert und zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt —, hatte sich mit dem Aufruf an die Anhänger der Frente Amplio gewandt, Stimmzettel abzugeben und so das Betrugsmanöver der Diktatur zurückzuweisen.

Das neue „Chronogramm“ der Diktatur, nach welchem auf dem Umwege gefügiger und dekorativer Parteipräsidien eine ähnlich antidemokratische Verfassung und eine manipulierte Präsidentenwahl im November 1984 durchgeführt werden sollte, wurde durch die Niederlage am 28.11.1982 in Frage gestellt. Es läuft von neuem Gefahr, am breiten Widerstand des uruguayischen Volkes zu scheitern.

Das Pendant dazu ist die Wiederaufnahme der Prozesse schon verurteilter politischer Gefangener, die auf Haftzeiten über zusätzlich 30 Jahre gingen. Und dies angesichts einer fortwährenden Verschlechterung der Haftbedingungen in den Militärgefängnissen von „Libertad“ (für Männer) und „Punta Rieles“ (für Frauen). Sie machen Hunger, Schikane, Mißhandlungen zum täglichen Brot der 1.200 politischen Gefangenen dort, von wo aus letztlich fast jeden Monat ein Toter seinen Familienangehörigen zugestellt wird, wo man für das Leben vieler kranker Gefangener fürchtet.

Unter ihnen befinden sich: Alberto Altesor, Präsident der Eisenbahnergewerkschaft und Abgeordneter der Frente Amplio, der nach einer zweiten schweren Herzoperation wieder zurück in die Nacht der Arrestzelle kam, und José Luis Massera, einer der bedeutendsten mathematischen Wissenschaftler Lateinamerikas, Senator der Frente Amplio und erster Sekretär der Kommunistischen Partei Uruguays in der Illegalität, der bereits an der vierten Hypertensionskrise leidet.

Auf einer anderen Ebene, der gewerkschaftlichen, ist die Verfolgung seit Oktober 1981 wieder ungemein verstärkt worden. Man schätzt die Zahl der seitdem Verhafteten und Verschwundenen besonders unter den in der Industrie, im Hafen und den Banken Beschäftigten auf ungefähr 600.

Auch diese Verfolgungswelle kam nicht von ungefähr. Zeitgleich nämlich starteten die Militärs den Versuchsballon eines Gesetzes der „Berufsassoziationen“, mit dem sie sich im Ausland und speziell vor der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf demokratisch tarnen wollten. Dieses Gesetz sah eine Atomisierung der Vertretung der Arbeiter vor. Die neuen Gewerkschaften sollten nicht industrieweit, sondern nur lokal in jedem Betrieb ab 15 Mann gebildet werden. Ihre Delegierten sollten nicht den früheren Gewerkschaften, der CNT, angehört haben und von den Behörden (lies: Polizei) zu bestätigen sein.

Sie sollten nicht einmal Schutz vor ihren Arbeitgebern genießen, könnten jederzeit entlassen werden. Da noch keine Reglementierung des Streikrechts von der Diktatur erlassen worden war, waren Streiks verboten.

Alle Einzelgewerkschaften sowie die in der Illegalität agierende CNT nahmen in ihren Bulletins Stellung gegen dieses von Mussolini kopierte Gesetz. AEBU, die Gewerkschaft der Bankangestellten, die einzige legale Gewerkschaft, tat dies in einem öffentlichen Memorandum.

Mit Recht befürchteten jedoch die Militärs, auch diese kargen legalen Möglichkeiten würden von der Arbeiterklasse ausgenutzt werden. Nur zu gut wußten sie, daß die Arbeiter nur denen ihr Vertrauen geben würden, die sich im Kampf für ihr Brot und ihre Rechte eingesetzt hatten und das waren eben die verfemten CNT-Aktivisten. Würden es auch nicht die auf ihren schwarzen Listen gekennzeichneten sein, so doch der Arbeiternachwuchs, der von jenen Erfahrung und Initiative übernommen hatte.

So legten sie ausgedehnte Razzien an, bei denen Alle, die man gewerkschaftlicher Aktivitäten verdächtige und die von früher registriert waren, arrestiert wurden. Anfang 1982 erschienen dann die offiziellen Kommuniqués über eine Reihe von Prozessen, die gegen die „in den neuen Gewerk-

schaften infiltrierten Kommunisten“ vor Militärtribunalen angestrengt worden waren. Nachdem von etwa 500 Gesuchen zur Bildung von Berufsassoziationen bis April 1982 noch keine 10% genehmigt worden waren, ist anzunehmen, daß auch diese neue Variation der Militärs über ein altes Thema bald auf Eis gelegt werden dürfte.

Es ist bedeutsam, daß gerade inmitten dieser Menschenhatz der erste große Streik bei der größten Omnibusverkehrsgesellschaft Montevideos stattfand. Am 18. und 19. Februar 1982 stoppten Chauffeure und Schaffner von CUTCSA alle ihre Fahrzeuge, aus Protest gegen die hohen Geldstrafen der Stadtverwaltung, die ihre ohnehin mageren Löhne oft um 1/3 beschneidete. Der Streik wurde für illegal erklärt, der Verkehr jedoch stand still, und die Arbeiter erlangten die Streichung der Sanktionen.

Zeitschriftenschau

Forum Kontrovers, November 1982

Zur Außenpolitik der UdSSR in Eritrea: Jürgen Ostrowsky (AIB): Die Eritrea-Frage — Nationale Selbstbestimmung und revolutionäre Entwicklung in Äthiopien ● Klemens Ludwig: Kriterien für die Solidaritätsarbeit konkretisiert am Beispiel Eritrea. Diskussionspapier der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Forum, Nr. 62/November 1982

BUKO-Eritrea: Giftgas im PR-Einsatz ● Anmerkungen zu „Göttinger Eritrea-Diskussion“ ● Freire-Brief ● Hunger: Volkshochschule — Erfahrungen mit „Septemberweizen“ ● Stilen — aber nicht stillhalten ● Münster: Kontakte zur EG ● Frieden: Dritte Welt und Friedensbewegung ● Multinationale Konzernideologie für die Schule
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug (beide Hefte): Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 23/November 1982

Schwerpunkt: Wirtschaftliche Lage in Mittelamerika. Wirtschaftshilfe: Zuckerbrot für El Salvador und Guatemala ● Peitsche für Nicaragua ● Costa Rica: Die Bienen und der große Imker ● Nicaragua: Wirtschaftskrise — die Auswirkung auf die Armen ● El Salvador: Am Tropic der USA ● Guatemala: Von der Unmöglichkeit, mit Massakern Politik zu machen ● Honduras: Volksorganisationen in Honduras ● Soliarbeit: Mit Franz Alt, Günter Grass und Johanno Strasser in Nicaragua ● Bücher: Aus dem Tagebuch Salvador Cayetano Carpiós
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

ila-info, Nr. 61/Dezember 1982

Schwerpunkthema: Wahlen in Brasilien und Uruguay: Mehr als nur Fassadenreinigung? ● Lateinamerika: Ecuador — Der Ausnahmezustand als Beruhigungsspiel ● Honduras und Nicaragua: Wer rüstet offensiv? ● Genscher, Reagan und Honduras: „Geheimkrieg gegen Nicaragua“ ● Ländernachrichten: El Salvador — Verhandlungen oder Intervention? ● Solidaritätsbewegung: Kolumbien — Zum Tag des politischen Gefangenen ● In Brasilien wie bei uns: Die Macht der Männer von Mannesmann ● „Wir sind die Ameisen der Bewegung“ — Bericht von der Frauentagung vom 29.10. — 1.11.1982 in Dortmund ● Die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik ● Offener Brief des Franziskaner Missionskongresses an den US-Präsidenten ● Honduras — „Was nützt denn ein militärisches Engagement der Bundesregierung!“ ● Nachtrag zum Fall Herterich: Beihilfe zur Endlösung ● Seminarankündigungen, Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau, Materialliste
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25, 30 oder 35 DM
Bezug: ILA, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Brasilien-Nachrichten, Nr. 7-8/1982

NEUES ZUM ATOMPROGRAMM: Brasiliens Stromversorgung ● DOKUMENT: Spiegel-Artikel ● Brasilia dementiert: Kein militärisches Atomprogramm ● Kurzfassung zu Wolf Grabendorfs „Aufzeichnungen betr.: Bedingungsfaktoren und Strukturen der Nuklearpolitik Brasiliens“ ● Gedicht von Vinicius de Moraes: Die Atombombe ● INDIANISCHE NACHRICHTEN: Das große Geschäft mit dem Erdöl. Die Erdölkonzerne haben ein Auge auf das indische Land geworfen ● Rezension: Indianer-Reader ● DOM CLAUDIO HUMMES: DAS KIRCHLICHE ENGAGEMENT FÜR DIE BRASILIANISCHEN ARBEITER ● Französische Priester und 13 Possesiros weiter in Haft ● Brief der Priester an amnesty international
Einzelpreis 3,50 DM, Abo 18 bzw. 25 DM
Bezug: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1

Solidarität, Nr. 72/November 1982

Nahost: Auferstanden aus den Ruinen? ● BRASILIEN: Zu den gegenwärtigen Wahlen ● Verschuldung am Beispiel Brasiliens ● Konflikt zwischen Kirche und Staat ● Interview mit Dom Luis, Bischof von Campina Grande ● Sicherheitspolitik im Südatlantik: Was haben die Malvinas mit Brasilien zu tun? ● Nachlese zum Tod von Steve Biko und zu den Folterungen an Dumitile Makande ● Bücher ● Dossier Schweiz-Trikont ● Diskussion um Palästina-Protestaktion des SKAAL
Einzelpreis 3,50 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 109-110/Dezember 1982

NICARAGUA: Intervention auf allen Ebenen — Revolution in Nicaragua — auch für Frauen ● CHILE: Das Exil ohne Ende — Situation der politischen Parteien ● GUATEMALA: Verfolgung der Intellektuellen ● COSTA RICA: Costa Rica rüstet auf ● SOLIDARITÄT: Protest gegen Entwicklungshilfe für El Salvador
Einzelpreis 5 DM; Abo 35 bzw. 60 DM
Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripherie, Nr. 9/Sommer 1982

J.H. Grevemeyer, Traditionale Gesellschaften und Wandel der politischen Kultur in Afghanistan 1919-1979 ● J. Golte, Kultur und Natur in den Anden ● H. Freitag/J. Martinez Alier, Prolecool — ein Energieprogramm für Brasilien. Energiebilanz als Analyseinstrument ● F. Steinberg, Zur Rolle der Selbsthilfe bei der Wohnungsvergorgung in unterentwickelten Ländern ● Buchbesprechungen, Neuerscheinungen, Zeitschriftenschau, Zusammenfassungen
Einzelpreis 8 DM; Abo 28 bzw. 50 DM
Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Richard Ward

Die revanchistische Allianz China — USA (2)

Was ist die wirkliche Position der Amerikaner gegenüber den Streitkräften Pol Pots, die heute mehr denn je ein Instrument Chinas sind?

Wenn die offiziellen Stellungnahmen zu den „brutalen Roten Khmer“, um die Worte John H. Holdridges (US-Staatssekretär; d. Red.) zu gebrauchen, sich wirklich in Anstrengungen umsetzen würden, die Aktivitäten Pol Pots zu bremsen, könnte man Proteste seitens Pekings erwarten, wie die gegen die Taiwanpolitik Washingtons.

Sicherlich müssen Verbündete nicht Anstoß an allen ihren Meinungsverschiedenheiten nehmen, aber im Falle Pol Pots hat Washingtons Politik Peking in der Tat wenig Grund zur Beunruhigung gegeben.

Für Pol Pot — mit „zugehaltener Nase“

1977, als Washington und Peking noch nicht so eng zusammenarbeiteten wie in der Folge, hatte das US-Außenministerium unter der Carter-Administration das Regime Pol Pots als dasjenige gebrandmarkt, das die „schlimmste Verletzung“ der Menschenrechte in der Welt praktiziere. Aber dieses Urteil hinderte die gleiche Regierung nicht daran, 1979 zum wichtigsten Verteidiger — natürlich nach China — der Rechte dieses kriminellen Regimes zu werden. Und die Beamten Jimmy Carters betonten stets, wenn auch heuchelnd, daß sie „mit Wäscheklammern auf der Nase“, so gehandelt hätten, um sich gegen den Gestank seiner Verbrechen zu schützen.

Nunmehr sind diese Urheber eines Völkermordes am eigenen Volk von der Reagan-Administration in Elemente verwandelt worden, die einer der Bestandteile des „authentischen Widerstands der Khmer“ sind. In Wirklichkeit geht Washington noch weiter. Es mißt den Terror- und Sabotageakten der Truppen Pol Pots eine erhebliche Bedeutung bei, da es sie als das wirksamste Instrument betrachtet, um den Einfluß Vietnams in Kampuchea zu beseitigen.

Dies ist die einzig mögliche Interpretation jener Erklärung, die J.H. Holdridge selbst vor dem Komitee des Kongresses am 22. Oktober 1981 abgab und nach der in Kampuchea „die von den Truppen des DK (Demokratisches Kampuchea, Staatsbezeichnung unter Pol Pot; d. Red.) und Son Sanns getragenen Aktivitäten des militärischen und politischen Widerstandes sich 1981 auf das gesamte Gebiet des Landes ausgedehnt haben.“ (...)

Später verkündete Staatssekretär Holdridge vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses, eines der wichtigsten „Ziele der amerikanischen Politik gegenüber Kampuchea, das von der überwältigenden Mehrheit der Weltgemeinschaft geteilt wird“, sei die Verminderung des sowjetischen militärischen Einflusses und die Beseitigung



Plakatwand in Vietnam: „Die Heimat ruft die Jugend!“

des sowjetischen militärischen Zuganges zu Indochina. Die großartige Zuversicht J.H. Holdridges, daß die ganze Welt die Ziele der Amerikaner teile, einmal beiseite gelassen, ist der kaum verhüllte Sinn seiner Erklärung der, daß die amerikanische Politik gegenüber Kampuchea in Wirklichkeit ein Mittel ist, um Druck auf Vietnam auszuüben, bis es sich schließlich dem Diktat Washingtons und Pekings unterwirft.

Dies ist noch deutlicher durch die Antworten J.H. Holdridges auf die nachdrücklichen Fragen eines Komitee-Mitgliedes, Stephen Solarz, geworden, der ihn zur amerikanischen Politik gegenüber Vietnam befragte.

Damit die Regierung Reagan Hanoi anerkenne, genüge es nicht, daß Vietnam seine Truppen aus Kampuchea zurückziehe, sagte J.H. Holdridge. Es gebe eine Reihe anderer Faktoren zu berücksichtigen, von denen einer — und nicht der geringste — der sei, daß die USA von Hanoi verlangten, daß es seine Armee mehr oder weniger vollständig auflöse. Es ist offensichtlich, daß Washington nichts weniger als die Vernichtung der gesamten revolutionären Macht Vietnams erstrebt, die Vernichtung der Streitkräfte, die seine Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten erkämpft haben und die das einzige Mittel darstellen, das Land gegen die fortwährenden militärischen Drohungen Chinas zu schützen.

Es ist kein Zufall, wenn Truong Nhu Tang (ehemals Justizminister der revolutionären Regierung Südvietnams, der heute in Boston ein gegenrevolutionäres „Komitee für das nationale Wohl Vietnams“ unterhält und von der Reagan-Administration wie von Peking protegiert wird; d. Red.) den Begriff „zurückdrängen“ nach seinen Gesprächen mit Vertretern der Regierung Reagan wieder ausgegraben hat. Dieses Wort ist bereits mehrere Jahrzehnte alt: Bestimmte amerikanische Kreise versicherten damals, daß es das Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik sei, den Sozialismus „zurückzudrängen“.

Der CIA wurde in dieser Zeit dazu benutzt, um in den sozialistischen Ländern, einschließlich der UdSSR, Aufruhr anzustacheln. Die gegenwärtige Regierung in Washington ist entschlossen, den Einfluß zurückzugewinnen, den sie angeblich durch sowjetische Eingriffe verloren hat. Eine kümmerliche Rechtfertigung für den Versuch, den amerikanischen Einfluß auf die Länder der Dritten Welt geltend zu machen, die mit vollem Recht bestrebt sind, ihre volle Unabhängigkeit in Hinblick auf jede Form der Fremdherrschaft zu gewinnen bzw. zu sichern, sowohl in Mittelamerika wie in Afrika oder Indochina.

Chemische Kriegsführung Vietnams?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der CIA eine aktive Rolle in diesen neuen aggressiven Vorhaben der USA, anderen ihre Vorherrschaft aufzuzwingen, spielt. Es wäre nicht überraschend, wenn der Empfang Tangs in Washington (im Herbst 1981; d. Red.) das Vorspiel für eine Wiederaufnahme der alten Pläne des CIA in Vietnam wäre. Es ist offensichtlich, daß Elemente wie Tang bereit sind, jedes denkbare amerikanische Vorhaben gegen Vietnam, das eine Hilfe für den „Volkswiderstand“ darstellt, zu unterstützen, wie er auch schon die Drohungen und subversiven Unternehmungen Chinas gegen sein Heimatland begrüßt hat.

Für den Abgeordneten Solarz steht das Engagement des CIA in Indochina außer Zweifel. Als am 22. Oktober 1981 J.H. Holdridge erneut Vietnam beschuldigte, einen biologischen und chemischen Krieg zu führen, drückte St. Solarz seine Skepsis aus und fragte, ob es nicht möglich sei, daß die „Beweise“ dafür vom CIA fabriziert worden sind.

Dieses gut über die Entwicklungen in Indochina informierte Kongreßmitglied konnte die Wahrheit, die es für feststehend hält, nur in eine Frage kleiden, eine höfliche Form, um sie dem Staatssekretär und seinen Mitarbeitern zu sagen, von denen sie verleugnet wurde. (...)

Mitte September 1981 klagte Alexander Haig (damals US-Außenminister; d. Red.) Vietnam mit großer Hartnäckigkeit an, Mykotoxine anzuwenden, die allem Anschein nach von der UdSSR geliefert wurden, da sie ja nicht in Südostasien zu beschaffen seien.

Ungefähr zwei Wochen später berichtete die Zeitschrift Science, Organ der größten wissenschaftlichen Gruppe Amerikas und eine der bekanntesten wissenschaftlichen Publikationen der Welt, daß nach Meinung von Spezialisten für Mykotoxine (von Pilzen oder Schwämmen produzierte Gifte) die in Frage kommenden Schwämme überall in der Welt vorkommen, eingeschlossen Südostasien. Mit anderen Worten, jene Schwämme, die auf bestimmten Pflanzen natürlich wachsen, konnten für die Krankheits- und Todesfälle in diesem Gebiet verantwortlich sein, was zugleich vermuten läßt, daß diese Geschichten nicht den dortigen Werkstätten des CIA und ihrer Helfershelfer entsprungen sind.

Es bleibt festzuhalten, daß die vorgeblichen Proben von den Giften ebenso wie die Berichte über ihre Wirkungen aus sehr zweifelhaften Quellen stammen, von der Pol-Pot-Clique in

Kampuchea, den Verbindungsmännern Van Paos in Laos (Laotischer Exgeneral im Solde des Geheimdienstes der US-Armee; d. Red.) und ihren Helfern von der amerikanischen Zeitschrift Soldier of Fortune. Letztere ist ein neofaschistisches, militaristisches, rassistisches Organ, das die Glanzleistungen der Söldnertruppen lobt und das in die Rekrutierung amerikanischer Söldner für das Südliche Afrika verwickelt war. Jeder Kommentar zu der Glaubwürdigkeit der Beweise, die von den bei Pol Pot in Sold stehenden Mördern geliefert wurden, ist wohl überflüssig.

Andere Berichte behaupten, daß die Vietnamesen chemische Gifte, den bekannten „Wirkstoff Orange“, gegen die Hmong in Laos, auch unter dem Namen Meo bekannt, einsetzen. Dabei verschweigen die Propagandisten, die solche „ergreifenden“ Geschichten über die Hmong austreuen, daß der CIA in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre aus den Hmong eine Armee aufstellte, die bis zu 30.000 Mann zählte. Sie war einst die Hauptmilitärmacht in Laos und operierte heimlich mit uneingeschränkter Unterstützung der amerikanischen Luftwaffe.

Die Pathet Lao und ihre vietnamesischen Verbündeten zerschlugen diese Armee aus Hmong nach und nach, die von „General“ Van Pao (den Grad verlieh er sich selbst) geführt wurde, selbst einer der größten „Schutzherren“ des Opiummarktes in Laos, der heute offiziell im amerikanischen Bundesstaat Montana residiert. Es ist nicht unwichtig zu bemerken, daß fast die Hälfte der laotischen Hmong durch das amerikanische Engagement in diesem Krieg ihr Leben verloren, zum größeren Teil als zivile, nicht am Kampf beteiligte Opfer von amerikanischen Bomben.

Heute will man uns glauben machen, daß die Überreste der Söldnertruppen Van Paos Opfer dieses „Wirkstoffs Orange“ sind. Eine derart gewaltige Fälschung kann nur der Deckmantel für eine erneute Unterstützung dieser Söldnertruppe durch den CIA sein, durch die ähnliche, von China getragene Aktivitäten ergänzt werden. Es ist wirklich empörend, daß die USA, die selbst einen chemischen, biologischen und ökologischen Krieg gegen Vietnam in großem Ausmaß geführt haben, nun die Vietnamesen derjenigen Verbrechen beschuldigen, die Washington selbst, trotz unzähliger Beweise, niemals zugegeben hat. Kurz, die Lügen über einen chemischen Krieg sind ein grotesker und schamloser Versuch, die Ziele einer Regierung zu verschleiern, die sich geschworen hat, die amerikanische Niederlage in Vietnam rückgängig zu machen. (...)

Ende

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 256 und 257/1982)

Das Magazin des Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika
SKAAL

Solidarität

- ... will nicht objektiv und ausgewogen sein – ein bisschen für die Monopole, ein bisschen für die Armen im Trikont.
- ... ergreift Partei für die Unterdrückten, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen Machtmissbräuche der multinationalen Konzerne.
- ... unterstützt die eigenständige Entwicklung der Völker und tritt für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein.
- ... bringt 10 mal im Jahr Informationen und Meinungen zu Konflikten im Trikont.
- ... schaut den Schweizer Konzernen und Banken auf die Finger und berichtet über Missstände.
- ... kritisiert die Politik der offiziellen Schweiz, die gegen die Interessen des Trikonts gerichtet sind.

Ich möchte...

das SKAAL näher kennenlernen

die Solidarität abonnieren (nur Fr. 25.- pro Jahr)

Mitglied des SKAAL werden (Beitrag Fr. 40.- pro Jahr)

zu Sektionsversammlungen eingeladen werden

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

SKAAL-Zentralsekretariat
Postfach 692 8026 Zürich
PC 80 - 571 73

RS 81

AIB-Register 1982

Das vorliegende Register umfaßt alle Veröffentlichungen des Jahres 1982, einschließlich der AIB-Aktuells (AA), Kurzinformationen (KI), Kommentare (KO), Rückblicke (RU), Buch- und Filmrezensionen. Es ist untergliedert in ein

- Länderregister, das Artikel aufführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein
- Regionenregister, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;
- Stichwortregister, das neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten, berücksichtigt.

Mit Ausnahme der AIB Nummer 5/1982 und des Sonderhefts 2/1982, die vergriffen sind und - in dringenden Fällen - nur noch als Kopien zum Preis von 0,50 DM pro Kopie bezogen werden können, sind alle Ausgaben des Jahrgangs 1982 noch lieferbar.

Länder

Afghanistan

„Afghanistantag“ R. Reagans und 1. Parteitag der VDPa (KI) 5/1982
 Interview mit A. Rätebzahd, Neues Vertrauen in die Volksdemokratische Partei 7-8/1982
 VDPa-Appell an das Volk 7-8/1982

Ägypten

Reparationsforderungen der BRD (KI) 2/1982
 Korrekturen am Sadat-Kurs? (KI) 3/1982
 J. Stork/J. Tucker, Mubarak in den Fußstapfen Sadats 11-12/1982

Algerien

Anzeichen für Rechtstrend (KI) 6/1982

Angola

Verstärkte Überfälle südafrikanischer Truppen (KI) 5/1982
 R. Ngongo, Der Krieg wird Angola aufgezwungen 6/1982

R. Falk, Südafrikas „totaler Krieg“ gegen die Frontstaaten 10/1982

Antigua

Unabhängigkeitserklärung (KI) 1/1982

Argentinien

Galtieri neuer Staatspräsident (KI) 1/1982
 Kürzung der Sozialausgaben und Proteste führender Persönlichkeiten (KI) 4/1982
 Besetzung der Malwinen und Südgeorgiens (KI) 5/1982
 J. Weber, Krieg um Falkland 6/1982
 Kapitulation der argentinischen Truppen (KI) 7-8/1982
 R. Falk, Lehrstück Falkland/Malwinen-Krieg 9/1982
 Regierung gibt Forderungen nach Demokratisierung nach (KI) 11-12/1982

Äthiopien

Zuspitzung in der Provinz Eritrea (KI) 3/1982
 J. Ostrowsky, Die zwei Seiten der Eritreafrage 7-8/1982



Guinea-Bissau

S. Immler, Die Reaktivierung der PAIGC
Regierungsumbildung (KI) 6/1982
9/1982

Haiti

Hungerstreik von Exilhaitianern in
US-Internierungslagern (KI) 2/1982

Honduras

Präsidentchaftswahlen (KI) 1/1982
Reparationsforderungen der BRD (KI) 2/1982
Gespräch mit R. Lagos Andino, Honduras' Linke
macht mobil 10/1982
Wirtschaftssanierung à la Reagan? 10/1982
Besetzung der Industrie- und Handelskammer
durch Guerilleros (KI) 11-12/1982

Hongkong

Besuch M. Thatchers (KI) 11-12/1982

Indien

Generalstreik (KI) 3/1982

Indonesien

Wahlkampf (KI) 5/1982
Wahlsieg der Golkar-Partei (KI) 7-8/1982

Irak-Iran

Erfolge Irans im Golfkrieg (KI) 6/1982
Wende im Krieg Irak-Iran (KI) 7-8/1982
A. Friese, Der Golfkrieg im Zeichen der
„Offensive Ramadan“ 9/1982

Israel

W. Brönnner, Begins Golan-Coup 2/1982
I. Lübben-Pistofidis, Grünes Licht für
Israels nächsten Angriff 5/1982
L.A. Heinrich, Begins „Neuordnung“ des Libanon 7-8/1982
I. Lübben-Pistofidis, Vorläufige Bilanz des
israelischen Libanonfeldzuges 9/1982
G. Stuby, Israels Libanonpraktiken erfüllen den
Tatbestand des Völkermords 10/1982
Begins „humane Kriegsführung“: Phosphor und
Splitterbomben gegen Zivilisten 10/1982
Der Standort der BRD/EG in Sachen Israel 10/1982

Jemen

Freundschaftsbesuche der Staatschefs von
Nord- und Südjemen (KI) 1/1982

Kampuchea

Lockere Koalition der „Roten Khmer“,
der „Weißen Khmer“ und Prinz Sihanouks (KI) 3/1982
W. Burchett, Vom Widerstand zum Aufstand.
Die Geschichte der zweiten Befreiung (1. Teil) 6/1982
W. Burchett, Vom Widerstand zum Aufstand.
Die Geschichte der zweiten Befreiung (2. Teil) 7-8/1982
W. Burchett, Vom Widerstand zum Aufstand.
Die Geschichte der zweiten Befreiung (3. Teil) 9/1982

Kenia

Putschversuch der Luftwaffe (KI) 9/1982
Oktober 1952: Aufstand der Mau-Mau (RU) 10/1982

Kolumbien

P. Garcia, Demokratie von Generals Gnaden 3/1982
P. Garcia, Wahlen zwischen Boykott und Demagogie 9/1982

Korea

Friedensinitiative zur Wiedervereinigung (KI) 3/1982

Kostarika

Internationaler Währungsfond nutzt
ökonomischen Bankrott (KI) 3/1982

Kuba

Brief Fidel Castros an Mexikos Präsident
Lopez Portillo 4/1982
C. Rafael Rodriguez, Das sozialistische
Kuba ist unverkäuflich 10/1982
H.-E. Gross, Che Guevara – Der neue Mensch 10/1982

Laos

Interview mit Phoumi Vongvichit, Unsere
Länder schützen und aufbauen 2/1982
Interview mit Prinz Souvanna Phouma,
Für die „Einigkeit aller Laoten“ 2/1982
3. Parteitag der Laotischen Revolutionären
Volkspartei (KI) 6/1982

Libanon

Vorbereitung einer Libanoninvasion
von seiten Israels 4/1982
I. Lübben-Pistofidis, Grünes Licht für
Israels nächsten Angriff? 5/1982
L.A. Heinrich, Begins „Neuordnung“
des Libanon 7-8/1982
I. Lübben-Pistofidis, Vorläufige Bilanz
des israelischen Libanonfeldzuges 9/1982
UN-Sicherheitsrat zur Lage im Libanon 9/1982
Interview mit Y. Arafat, Wir bleiben
verhandlungsbereit 9/1982
Interview mit K. el Ali, Die Libanesische
Nationalbewegung steht zur PLO 9/1982
PLO: Erste Lehren des Libanonkrieges 9/1982
PLO: Ja zur UN-Plattform für Palästina 9/1982
Israels Libanonkrieg und wir (AA) 10/1982
I. Lübben-Pistofidis, Wie weiter nach
dem Abzug der PLO aus Beirut? 10/1982
G. Stuby, Israels Libanonpraktiken erfüllen
den Tatbestand des Völkermordes 10/1982
Begins „humane Kriegsführung“: Phosphor und
Splitterbomben gegen Zivilisten 10/1982
I. Lübben-Pistofidis, Neue Tendenzen unter
Amin Gemayel 11-12/1982
E. Fried, Nach dem Massenmord in den
Flüchtlingslagern Sabra und Shatila 11-12/1982

Libyen

Angriffsziel Libyen 1/1982

Malaysia

A. Krajczek, Die Grenzen der Bumiputra-Politik 11-12/1982
Malaysia-Daten 11-12/1982

Marokko

Militärische Abkommen zwischen
USA und Marokko (KI) 7-8/1982

Mauritius

Parlamentswahlen vom 11. Juni 82 (KI)	7-8/1982
A. Mezgebe, Westliche „Besorgnis“ nach dem Triumph der Linken	11-12/1982
Mauritius-Daten	11-12/1982

Mexiko

Interview mit J. Lopez Portillo, Die Chancen für eine Entspannung sinken	4/1982
Französisch-mexikanische Erklärung zu El Salvador	7-8/1982
Vorwurf des Wahlbetrugs (KI)	9/1982
Verstaatlichung der Banken (KI)	11-12/1982

Moçambique

20 Jahre FRELIMO (RU)	6/1982
R. Falk, Südafrikas „totaler Krieg“ gegen die Frontstaaten	10/1982

Namibia

R. Falk, Verhandlungslösung durch Erpressung?	2/1982
Position der Frontstaaten, Nigerias, Kenias und der SWAPO	2/1982
Drei-Phasen-Plan der Westmächte in der Sackgasse (KI)	3/1982
Verhandlungen über Namibias Unabhängigkeit (KI)	4/1982
H. Mayer, Die Kontaktgruppe blockiert Namibia-Verhandlungen	6/1982
Kommuniqué des Frontstaaten-Gipfels vom 6./7.3.1982	6/1982
Delegation der SWAPO in Bonn (KI)	7-8/1982
Jakob Morenga – ein Nationalheld Namibias (RU)	9/1982
Die Position der SWAPO zum UN-Plan für Namibia	11-12/1982

Nikaragua

Rede D. Ortigas vor der UN-Vollversammlung, Vorschläge zur Friedensverteidigung in Mittelamerika	1/1982
Waffenlieferungsvertrag mit Frankreich (KI)	2/1982
N. Biver, Die US-Intervention hat viele Gesichter	5/1982
Bericht einer christlichen Untersuchungskommission, Neuansiedlung der Miskitos	5/1982
Eden Pastora ruft zum bewaffneten Sturz der Regierung Nikaraguas auf (KI)	6/1982
D. Boris, Aspekte der inneren Entwicklung Nikaraguas	7-8/1982
Deklaration der Sandinistischen Versammlung	7-8/1982
E. Galeano, Nicaragua findet sich selbst	7-8/1982
Strategien der konterrevolutionären Kräfte (KI)	10/1982
T. Borge, Die Revolutionsfeinde Nikaraguas sind keine wirklichen Christen	11-12/1982
Oppositionsgruppen Nikaraguas (KI)	11-12/1982

Oman

A. Azis al-Qadi, Eine breite Front ist im Entstehen (1. Teil)	3/1982
A. Azis al-Qadi, Eine breite Front ist im Entstehen (2. Teil)	4/1982

Ost-Timor

P. Garcia, Der lebende Zaun	10/1982
-----------------------------	---------

Pakistan

Militär- und Waffenhilfe der Reagan-Administration (KI)	2/1982
---------------------------------------------------------	--------

Palästina

8-Punkte Plan des saudischen Prinzen Fahd	2/1982
Interview mit M. Milhem, Wir fühlen uns alle als PLO	2/1982
Proteststreiks und -demonstrationen in der Westbank und dem Gazastreifen (KI)	5/1982
I. Lübben-Pistofidis, Rebellion der Westbank	6/1982
Erklärung palästinensischer Bürgermeister	6/1982
Palästinas Kinder brauchen Hilfe	6/1982
Die PLO am Ende	7-8/1982
Radikalisierung des palästinensischen Massenbewußtseins (KI)	7-8/1982
Interview mit Y. Arafat, Wir bleiben verhandlungsbereit	9/1982
PLO: Erste Lehren des Libanonkrieges	9/1982
PLO: Ja zur UN-Plattform für Palästina	9/1982
I. Lübben-Pistofidis, Wie weiter nach dem Abzug der PLO aus Beirut?	10/1982
W. Brönnner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (1. Teil)	11-12/1982
R. Reagan, Vorschläge für einen Neubeginn im Nahen Osten	11-12/1982
12. Arabische Gipfelkonferenz, Schlußerklärung	11-12/1982
L.I. Breshnew, 6-Punkte-Vorschlag für einen Nahostfrieden	11-12/1982

Panama

Umbesetzung im Regierungsapparat (KI)	9/1982
---------------------------------------	--------

Papua-Neuguinea

Wahlergebnisse in Papua-Neuguinea (KI)	10/1982
----------------------------------------	---------

Philippinen

N. Biver, Das Marcos-Regime stößt auf Widerstand	4/1982
Philippinen-Daten	4/1982

Puerto Rico

J. Rodriguez Beruff, Puerto Rico – Militärbastion der USA	3/1982
-----------------------------------------------------------	--------

Seychellen

Weiterer Putschversuch (KI)	10/1982
J. Ostrowsky, Das umkämpfte Paradies	11-12/1982
Seychellen-Daten	11-12/1982

Somalia

Wiederaufleben des Konflikts mit Äthiopien (KI)	9/1982
-------------------------------------------------	--------

Sudan

Führende Politiker festgenommen (KI)	3/1982
C. Klotz, Numeiris Tanz auf dem Seil	7-8/1982

Südafrika

Ch. Crocker/R. Reagan: Südafrika „nicht untergraben“	1/1982
H. Brandt, Der ANC ist überall	1/1982
Todesurteile in Südafrika	2/1982
O. Tambo, Aufruf zum 70. Jahrestag des ANC	2/1982



- Ich bestelle . . . Exemplar(e) AIB-Sonderheft 3/1982 zu El Salvador (2,50 DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle . . . Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1982 zum Mittelamerika-Antiinterventionskongreß (2 DM)
- Ich bestelle . . . Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (2 DM)
- Ich bestelle . . . Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (2 DM)
- . . . Exemplar(e) Sonderbroschüre zum Reagan-Besuch (5 DM)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. . . . bis auf Widerruf*
- Ich bestelle AIB Nr. . . .
- Ich möchte Probeexemplare, Register (Jahr:)

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

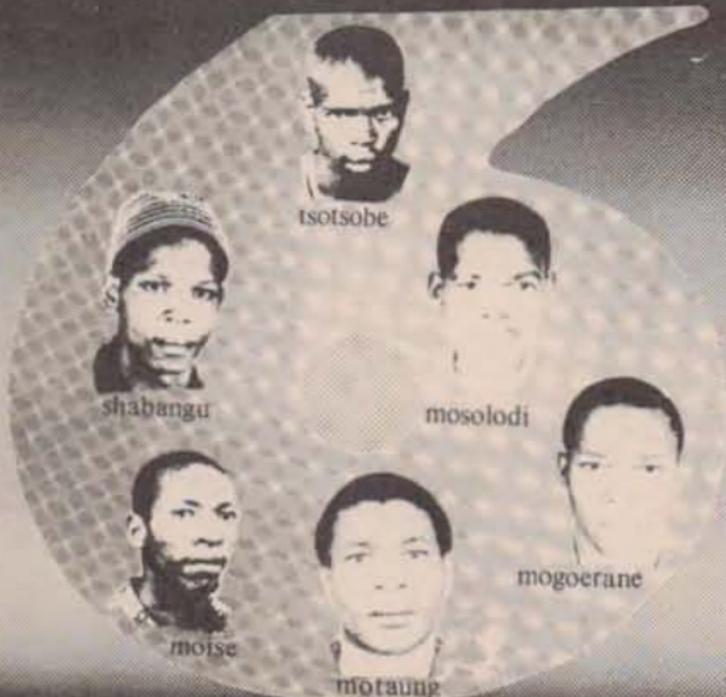
in

Kto.-Nr. BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr); ...DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr. Kündigungsfrist 2 Monate

Postkarten nach Südafrika

STOP THE HAND
OF THE **APARTHEID**
HANGMAN !



ANC FREEDOM FIGHTERS SENTENCED TO DEATH
FOR OPPOSING APARTHEID—CONDEMNED BY UN AS
"A CRIME AGAINST HUMANITY"

Absender:

Ich fordere Sie auf, die sechs zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer unverzüglich zu begnadigen und ihnen den Status von Kriegsgefangenen entsprechend der Genfer Konvention zuzuerkennen.

I urgently demand to reverse the death sentences for the six South African freedom fighters and to grant them Prisoner of war status according to the Geneva Conventions.

.....
(Unterschrift)

90 Pf

Luftpost

Airmail

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämienwunsch:

.....

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

.....
Name

.....
Adresse

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

... wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert – analysiert – kommentiert
- die Partei bezieht
für demokratischen und sozialen Fortschritt
für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung
für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker
gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine
Grundtorheit unserer Epoche hält
und den Meinungsstreit nicht mit psychologischem
Krieg verwechselt –

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen
Kulturteil zum Ausdruck bringt –

dann ist die **DEUTSCHE VOLKSZEITUNG** richtig für Sie !



Sie sollten diese Wochenzeitung kennenlernen. Mitteilung Ihrer Anschrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenlos einige Ausgaben der
DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG:

.....
Vor- und Zuname

.....
Beruf

.....
Straße / Nr.

.....
Postleitzahl / Wohnort

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

Werbeantwort

An die

DEUTSCHE VOLKSZEITUNG

Oststraße 154 - Postfach 2726

4000 Düsseldorf

In ihr schreiben:

Prof. Wolfg. Abendroth	Dr. Karl Heinz Götze	Peter Maiwald	Erasmus Schöfer
Therese Angeloff	Prof. Horst Herrmann	Dr. Jutta Menschik	Margot Schroeder
Prof. Hans W. Bartsch	Dr. Florence Hervé	André Müller	Peter Schütt
Arno Behrisch	Prof. Rudolf Hickel	Prof. Michael Nerlich	Dr. Hannelis Schulte
Prof. Frank Benseler	Dr. Richard Hiepe	Prof. Norman Paech	Monika Sperr
Horst Bethge	Michael Höhn	Dr. Karl Pawek	Jürgen P. Stössel
Wolfgang Beutin	Prof. Hans Heinz Holz	Prof. Lothar Peter	Norbert Stratmann
Prof. Wilhelm R. Beyer	Prof. Horst Holzer	Hans Platschek	Dr. Horst D. Strüning
Michael Charlier	Prof. Jörg Huffschild	Prof. Uta Ranke- Heinemann	Prof. G. Stuby
Peter O. Chotjewitz	Mechtild Jansen		Dieter Süverkrüp
Franz J. Degenhardt	Prof. Gerhard Kade	E. A. Rauter	Uwe Timm
Lottemi Doormann	Dietrich Kittner	Josef Reding	Dr. Karl Unger
Klaus Eder	Franz Xaver Kroetz	Prof. Renate Riemeck	Peter Weiss
Dr. Elisabeth Endres	Prof. H.-J. Krysmanski	Erika Runge	Gaby Zipfel
Anatol Feid O. P.	Prof. Reinhard Kühnl	Prof. H.-J. Sandkühler	u. a.
Pastor Peter S. Gerlach	Steffen Lehdorf	Pfarrer Werner Sanß	

Redaktionskollegium:

Helmut Bausch (Vorsitz); Peter Baumöller; Walter Bloch; Dr. Hans Brender; Alexander Goeb; Helmut Haensch; Dr. Agnes Hüfner; Dr. Mathias Jung; Emmi Kuhlmei; Winfried Lierenfeld; Bernd Mansel; Erich Rudolf; Reiner Taudien; Fritz Wolf; Bernhard Wortmann, Ständige Beratung; Fritz Hollstein

Winnie Mandela weiterhin gebannt (KI)	3/1982
Keine Ruhe in Südafrika (AA)	4/1982
Wie hoffähig ist Buthelezi? (KO)	5/1982
Anti-Apartheid-Bewegung, Rüstungsgüter an Südafrika	5/1982
80 Jahre Beendigung des Burenkrieges (RU)	5/1982
Im Jahr der Sanktionen gegen Südafrika (AA)	6/1982
J. Ostrowsky, Widerstand gegen Bothas „totale Strategie“	6/1982
Südafrikanische Geheimdienste	6/1982
Todesstrafen annulliert (KI)	7-8/1982
T. Sedat, Rede auf der Bonner Friedens-Demonstration	7-8/1982
P. Wahl, Die permanente Krise des PAC	9/1982
Memorandum von Henry E. Isaac (PAC)	9/1982
Lohnstreiks der schwarzen Arbeiter (KI)	9/1982
R. Falk, Südafrikas „totaler Krieg“ gegen die Frontstaaten	10/1982
J.-P. Richard, Neuaufschwung der Gewerkschaftsbewegung	11-12/1982

Surinam

Machtübernahme linker Militärs (KI)	4/1982
-------------------------------------	--------

Thailand

H. Tertrais, Störbasis gegen Indochina	2/1982
Thailand-Daten	2/1982

Tschad

Abzug der libyschen Truppen (KI)	1/1982
F. Amadou, Der Frieden entschwindet	3/1982
OAU fordert Waffenstillstand (KI)	6/1982
H. Habré erobert das Land (KI)	7-8/1982
Ergebnislose Aussöhnungsgespräche (KI)	10/1982
H. Habré festigt seine Macht (KI)	11-12/1982

Tunesien

Wahlmanipulationen (KI)	1/1982
Gemeinsame Deklaration der Oppositionskräfte (KI)	5/1982

Türkei

H.D. Genschers Türkeireise (KI)	1/1982
General Evrens Verfassungspläne zur Demokratie (KI)	2/1982
Europaparlamentarier zu Besuch (KI)	3/1982
Gemeinsamer Appell der türkischen Arbeiterparteien	4/1982
Todesurteile gegen Gewerkschafter beantragt (KI)	4/1982
Interview mit F. Rezan, Der doppelten Unterdrückung der Kurden vereint begegnen	6/1982
Militärtribunal gegen B. Ecevit (KI)	6/1982
Massenverfolgungen der Militärjunta (KI)	7-8/1982
Verfassungsentwurf der Junta (KI)	9/1982
M. Karaca, Die Einheit der demokratischen Kräfte	11-12/1982
Der Verfassungscoup	11-12/1982

Uruguay

A. Gonzales, Das Wirtschaftsmodell der Diktatur	11-12/1982
Frente Amplio, Wir fordern eine echte Demokratie	11-12/1982

Vietnam

P. Dietzel, 5. Parteitag der KP Vietnams	7-8/1982
------------------------------------------	----------

Westsahara

L.A. Heinrich, Die USA verlängern den Westsahara-Krieg	2/1982
Westsahara-Resolution der UNO	2/1982
Offizielle Einladung zur OAU-Ministerratssitzung (KI)	4/1982
Anerkennung der DARS weiter umstritten (KI)	5/1982

Zimbabwe

H. Mayer, Zwei Jahre Unabhängigkeit – eine Bilanz	3/1982
Waffenlager der ZAPU (KI)	4/1982
Zwei ZAPU-Führer verhaftet (KI)	5/1982
Verbot der ZAPU gefordert (KI)	9/1982

Regionen

Afrika

Afrika-Reise R. Offergelds (KI)	3/1982
OAU-Gipfel gescheitert (KI)	9/1982
Ch. Sodemann, Das Horn von Afrika im Visier der Friedrich-Ebert-Stiftung	10/1982
100 Jahre deutscher Kolonialverein	11-12/1982

Lateinamerika/Mittelamerika/Karibik

Rede D. Ortegas vor der UN-Vollversammlung, Vorschläge zur Friedensverteidigung in Mittelamerika	1/1982
A.L. Barrios, Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“	1/1982
Geheimdokument von Santa Fe	1/1982
Antiinterventionsfront zu Mittelamerika (AA)	3/1982
R. Falk, Krisenzentrum Karibik	3/1982
Eckdaten zur Karibik	3/1982
W. Brönner, Initiativen zur Lösung der mittelamerikanisch-karibischen Krise	4/1982
Grundsatzrede R. Reagans vor der OAS, US-Programm für Mittelamerika und die Karibik	4/1982
5-Punkte-Vorschlag Nikaraguas	4/1982
Interview mit J. Lopez Portillo, Die Chancen für eine Entspannung sinken	4/1982
Brief Fidel Castros an Mexikos Präsident Lopez Portillo	4/1982
Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ (18.-21.3.1982 in Münster)	5/1982
Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	5/1982
Die Zentralamerikapolitik des Westens: Beiträge vom Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ von L. de Sebastian, R. Burbach, J. Pasos, J. Wall, H. Dieterich, W.-M. Catenhusen, D. Boris, B. Paeschke, M. Rodriguez	5/1982
E. Galeano, Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk	5/1982
Mittelamerika-Diplomatie und US-Intervention (KI)	6/1982
Mittelamerikapolitik der USA – auch Lügen will gelernt sein (KO)	6/1982
Regionalisierung in Mittelamerika (AA)	9/1982
W. Brönner, Die Reagan-Administration regionalisiert den Kriegszustand	10/1982
D. Ortega Saavedra, Reagan ist für die Eskalation verantwortlich	10/1982
C. Rafael Rodriguez, Das sozialistische Kuba ist unverkäuflich	10/1982
A. Krims, Kirche zwischen Repression und Revolution	11-12/1982
Auswertung und Dokumentation des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	SH 2/1982

Mittlerer Osten

Iranische Erfolge im Golfkrieg (KI)	6/1982
Wende im Krieg Iran-Irak (KI)	7-8/1982
A. Friese, Der Golfkrieg im Zeichen der „Offensive Ramadan“	9/1982
W. Brönner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (I)	11-12/1982

Naher Osten/Arabischer Raum

Kontroverse um den Fahd-Plan (KI)	1/1982
W. Brönner, Begins Golan-Coup	2/1982
8-Punkte-Plan des saudischen Prinzen Fahd	2/1982
Interview mit M. Milhem, Wir fühlen uns alle als PLO	2/1982
UNO-Verurteilung Israels und Nahost-Visite Haigs (KI)	3/1982
Streik im Golan und Israel-Reise Mitterrands (KI)	4/1982
I. Lübben-Pistofidis, Grünes Licht für Israels nächsten Angriff?	5/1982
Die PLO am Ende?	7-8/1982
L.A. Heinrich, Begins „Neuordnung“ des Libanon	7-8/1982
I. Lübben-Pistofidis, Vorläufige Bilanz des israelischen Libanonfeldzuges	9/1982
I. Lübben-Pistofidis, Wie weiter nach dem Abzug der PLO aus Beirut?	10/1982
Der Standort der BRD/EG in Sachen Israel	10/1982
W. Brönner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagen-Administration (I). Bewegung im Nahostkonflikt nach dem Libanonkrieg	11-12/1982

Südliches Afrika

Ch. Crocker/R. Reagan, Südafrika „nicht untergraben“	1/1982
J. Ostrowsky, New Yorker Konferenz gegen die Apartheid	1/1982
A.I. Bresche, II. Internationaler ICSA-Workshop	1/1982
Gespräch mit J. Chissano, Aus der Abhängigkeit von Südafrika befreien	6/1982
Kommuniqué des Frontstaaten-Gipfels vom 6./7.3.1982 in Maputo	6/1982
R. Falk, Südafrikas „totaler Krieg“ gegen die Frontstaaten	10/1982

Stichworte

Arbeiterbewegung

Vor 55 Jahren: Gründung der „Liga gegen Imperialismus“ (RU)	2/1982
Der internationale Sozialistenkongreß von Stuttgart (1907) (RU)	7-8/1982
J.-P. Richard, Der Neuaufschwung der Gewerkschaftsbewegung (Südafrika)	11-12/1982

BRD-Dritte Welt (nach Ländern und Regionen)

Afrika	
Offergeld-Reise (KI)	3/1982
Ch. Sodemann, Das Horn von Afrika im Visier der Friedrich-Ebert-Stiftung	10/1982
Chile	
Brief der chilenischen Linksparteien an Bundeskanzler H. Schmidt, Die Waffenexporte an Pinochet stoppen	4/1982
El Salvador	
Bonner Verantwortung für El Salvador (AA)	1/1982
W. Breugel, Die Bundesregierung und El Salvador – ein widersprüchliches Verhältnis	7-8/1982
Und wo steht die CDU/CSU?	7-8/1982
Israel	
Der Standort der BRD in Sachen Israel	10/1982
Israels Libanonkrieg und wir (AA)	10/1982
Mittelamerika	
W.-M. Catenhusen, Bonn muß auf Distanz zu den USA gehen!	5/1982
D. Boris, Zwieschlächtige Haltung der Bundesregierung	5/1982
Namibia	
SWAPO-Delegation in Bonn (KI)	7-8/1982

Südafrika	
Wie hoffähig ist Buthelezi? (KO)	5/1982
Anti-Apartheid-Bewegung, Rüstungsgüter an Südafrika	5/1982
Im Jahr der Sanktionen gegen Südafrika (AA)	6/1982
Türkei	
Genscher-Reise nach Ankara (KI)	1/1982

BRD-Entwicklungspolitik-Dritte Welt

R. Falk, Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund?	1/1982
Vorwand Polen (AA)	2/1982
Stimmen zum Rüstungsexport	2/1982
Reagan nach Bonn – eine Herausforderung (KO)	4/1982
Breiter Empfang für Reagan (AA)	5/1982
Aufgestanden gegen Reagan (AA)	7-8/1982
M. Brzoska, Rüstungsexport-Richtlinien der Bundesregierung	7-8/1982
H. Mayer, Horizonte '82 – wohl kaum eine Horizontenerweiterung	9/1982
Kohl/Genscher auf Reagankurs? (AA)	11-12/1982
100 Jahre deutscher Kolonialverein (RÜ)	11-12/1982
H. Kohls „menschliche“ Ausländerfeindlichkeit (KO)	11-12/1982

Entwicklungsländer/Neue Weltwirtschaftsordnung

M. Mohnke, Der „Nord-Süd-Dialog“ nach Cancun	1/1982
UNO-Seerechtskonferenz (KI)	6/1982

Großbritannien – Dritte Welt

J. Weber, Krieg um Falkland	6/1982
N. Biver, Großbritannien – Weltmacht ohne Empire	6/1982
Großbritannien-Daten	6/1982
R. Falk, Lehrstück Falkland/Malwinen-Krieg	9/1982

Internationale Organisationen und Konferenzen

Arabische Liga	
12. Arabische Gipfelkonferenz in Fes (KI)	1/1982
12. Arabische Gipfelkonferenz, Schlußerklärung	11-12/1982
ASEAN	
15. Jahrestagung in Singapur (KI)	9/1982
ICSA	
J. Ostrowsky, New Yorker Konferenz gegen Apartheid	1/1982
A.I. Bresche, II. Internationaler ICSA-Workshop	1/1982
OAS	
Grundsatzrede R. Reagans vor der OAS, US-Programm für Mittelamerika und die Karibik	4/1982
OAU	
Scheitern der Gipfelkonferenz von Tripolis (KI)	9/1982
OPEC	
OPEC-Sondersitzung am 19.3.1982 in Wien (KI)	5/1982
Sonstige	
M. Mohnke, Der „Nord-Süd-Dialog“ nach Cancun	1/1982
Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart (RÜ)	7-8/1982
UNO	
D. Ortega vor der UN-Vollversammlung, Vorschläge zur Friedensverteidigung in Mittelamerika	1/1982
Westsahara-Resolution der 36. UN-Vollversammlung vom 25.11.1981	2/1982
UN-Seerechtskonferenz	
Konventionentwurf verabschiedet (KI)	6/1982
UN-Sicherheitsrat	
Resolution 508/5.6.1982 zur Lage im Libanon	9/1982
Resolution 509/6.6.1982 zur Lage im Libanon	9/1982

Krieg und Frieden (Friedensbewegung)

AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen, Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?	1/1982
Aktions- und Materialspiegel	1/1982
Vorwand Polen (AA)	2/1982
Stimmen zum Rüstungsexport	2/1982
Reagan nach Bonn – eine Herausforderung (KO)	4/1982
Breiter Empfang für Reagan (AA)	5/1982
Aufgestanden gegen Reagan (AA)	7–8/1982
W. Rätz, Keine NATO-Intervention in der Dritten Welt!	7–8/1982
T. Sedat, Ein Atomkrieg kann in mehreren Konfliktzonen ausbrechen	7–8/1982
J. Ecquivel, Ein rundes Nein zu Reagans Weltherrschaftsstreben	7–8/1982

Kultur

E. Cardenal, Ohne Souveränität keine vollwertige Kultur	1/1982
Dollar Brand, Musik – Nahrung der Basis	4/1982
H. Mayer, Horizonte '82 – wohl kaum eine Horizonterweiterung	9/1982

Solidaritätsbewegung

Bonner Verantwortung für El Salvador (AA)	1/1982
AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen, Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?	1/1982
J. Ostrowsky, New Yorker Konferenz gegen Apartheid	1/1982
D. Jackson, Die Unterstützung des Befreiungskampfes verbreitern	1/1982
Infodienst-Kurzmeldungen und Materialhinweise fortlaufend ab Nr.	1/1982
Aktion „Brot für El Salvador“	1/1982
Stimmen zum Rüstungsexport	2/1982
Antiinterventionsfront zu Mittelamerika (AA)	3/1982
El Salvador: Brot und/oder Waffen? (KO)	3/1982
M. Mohnke, Diskussionsforum über Grundlagen der antiimperialistischen Solidarität	4/1982
Reagan nach Bonn – eine Herausforderung (KO)	4/1982
Breiter Empfang für Reagan (AA)	5/1982
Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	5/1982
Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	5/1982
Aufgestanden gegen Reagan (AA)	7–8/1982
W. Rätz, Keine NATO-Intervention in der Dritten Welt	7–8/1982
T. Sedat, Ein Atomkrieg kann in mehreren Konfliktzonen ausbrechen	7–8/1982
J. Ecquivel, Ein rundes Nein zu Reagans Weltherrschaftsstreben	7–8/1982
Israels Libanonkrieg und wir (AA)	10/1982
Dokumentation und Auswertung des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	SH 2/1982

USA – Dritte Welt

W. Brönnner, Ein Jahr Reagan – Die neue globale Konfrontation	1/1982
Ch. Crocker/R. Reagan: Südafrika „Nicht untergraben“	1/1982
Angriffsziel Libyen	1/1982
Den CIA „von Zwängen befreien“	1/1982
A.I. Barrios, Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“	1/1982
Geheimdokument von Santa Fé	1/1982
Vorwand Polen (AA)	2/1982
Die zwei Antworten Washingtons	2/1982
J. Rodriguez Beruff, Puerto Rico – karibische Militärbastion der USA	3/1982
Antiinterventionsfront zu Mittelamerika (AA)	3/1982
M.T. Klare, Waffenexporte – unter Reagan ein Instrument der Außenpolitik	3/1982
Grundsatzrede R. Reagans vor der OAS, US-Programm für	

Spendenappell

Liebe Leser!

Trotz einer teilweise explosionsartigen Kostenentwicklung im Druck- und Papierbereich sowie bei den Portogebühren ist das AIB seit seiner Gründung die preiswerteste Dritte-Welt-Zeitschrift im deutschsprachigen Raum geblieben. Um auch weiterhin diese günstige Preisgestaltung beibehalten zu können, sind wir auf die materielle Solidarität unserer Leser angewiesen. Wir richten insbesondere an die Einkommensstärkeren den Appell, ernsthaft zu überlegen, ob Sie nicht in diesem Jahr – zusätzlich zur Entrichtung Ihres Abopreises – eine Spende aufbringen können. Jeder Spendenbetrag ist willkommen. Benutzen Sie bitte zu diesem Zweck die untere Zahlkarte.

Ihre AIB-Redaktion

Postcheckkonto Nr. des Absenders DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607 Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung	Postcheckkonto Nr. des Absenders DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607 Absender der Zahlkarte	Postcheckkonto Nr. des Absenders DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607 Absender der Zahlkarte	Postcheckkonto Nr. des Absenders DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607 Absender der Zahlkarte
Verwendungszweck Spende AIB	Ausstellungstermin in Antimperialistisches Informationsbulletin Weltkreis-Verlags-GmbH 4600 Dortmund	Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607 Postcheckamt Frankfurt am Main	Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607 Postcheckamt Ffm
DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607		DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607		DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	

Spendenappell

Liebe Leser!

Trotz einer teilweise explosionsartigen Kostenentwicklung im Druck- und Papierbereich sowie bei den Portogebühren ist das AIB seit seiner Gründung die preiswerteste Dritte-Welt-Zeitschrift im deutschsprachigen Raum geblieben. Um auch weiterhin diese günstige Preisgestaltung beibehalten zu können, sind wir auf die materielle Solidarität unserer Leser angewiesen. Wir richten insbesondere an die Einkommensstärkeren den Appell, ernsthaft zu überlegen, ob Sie nicht in diesem Jahr – zusätzlich zur Entrichtung Ihres Abopreises – eine Spende aufbringen können. Jeder Spendenbetrag ist willkommen. Benutzen Sie bitte zu diesem Zweck die untere Zahlkarte.

Ihre AIB-Redaktion



Für Mitteilungen an den Empfänger

- Hinweis für Postscheckkontoinhaber:**
Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.
1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PschA) s. unten
 2. Im Feld „Postscheckteilnehmer“ genügt Ihre Namensangabe
 3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftprobe übereinstimmen
 4. Bei Einserndung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PschA:

Bin W = Berlin West	Kln = Köln
Dtmd = Dortmund	Lshfn = Ludwigshafen
Essn = Essen	am Rhen = am Rhein
Ffm = Frankfurt	Mchn = München
am Main	Nbg = Nürnberg
Hmb = Hamburg	Sbr = Saarbrücken
Han = Hannover	Sgt = Stuttgart
Krh = Karlsruhe	

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Mittelamerika und die Karibik	4/1982
S. Cayetano Carpio, Die USA bereiten ein neues Interventionsprojekt vor	4/1982
L. Schmitz, CIA – Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (1. Teil)	4/1982
Reagan nach Bonn – eine Herausforderung (KO)	4/1982
Breiter Empfang für Reagan (AA)	5/1982
N. Biver, Die US-Intervention hat viele Gesichter	5/1982
Die Zentralamerikapolitik des Westens. Beiträge vom Kongreß gegen die US-Intervention in Zentralamerika	5/1982
L. Schmitz, CIA – Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (2. Teil)	5/1982
L. Schmitz, CIA – Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (3. Teil)	6/1982
Mittelamerikapolitik der USA – auch Lügen will gelernt sein	6/1982
Aufgestanden gegen Reagan (AA)	7–8/1982
J. Ecquivel, Ein rundes Nein zu Reagans Weltherrschaftsanspruch	7–8/1982
Regionalisierung in Mittelamerika (AA)	9/1982
W. Brönnner, Die Reagan-Administration regionalisiert den Kriegszustand	10/1982
D. Ortega Saavedra, Reagan ist für die Eskalation verantwortlich	10/1982
W. Brönnner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (1. Teil)	11–12/1982
R. Reagan, Vorschläge für einen „Neubeginn“ im Nahen Osten	11–12/1982
R. Ward, Die revanchistische Allianz China-USA (1. Teil)	11–12/1982
Ein Jahr Reagan	SH 1/1982

Rezensionen

G. Giesenfeld (Regie), Ha Bac	2/1982
ders., Schule der Schönen Künste	2/1982
S. Kumar, CIA and the Third World	3/1982
Ph. Agee, CIA Intern. Tagebuch 1956-1974	3/1982
W. Poelschau (Hg.), CIA gegen El Salvador	3/1982
Global 2000, Der Bericht des Präsidenten	4/1982
Global Future, Es ist Zeit zum Handeln	4/1982
Dollar Brand, Good News from Africa	5/1982
Kapingbi/Liberia, Hey Brother	5/1982
Haiti – Voodoo, Rasta – Jamaica (Kulte und Musik der Karibik)	5/1982
Steelbands aus Trinidad	5/1982
E. Wiedemann, Wir reiten bis wir im Blut versinken	6/1982
M. Comevin, Apartheid, Mythos und Wirklichkeit	6/1982
Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt	9/1982
Cuong Ngo-Anh, Die Vietcong. Anatomie einer Streitmacht	10/1982
G. Giesenfeld, Land der Reisfelder. Vietnam, Laos, Kampuchea	10/1982

Vergriffene Hefte!

Vergriffen und nicht mehr lieferbar (Stand Dezember 1982) sind folgende AIB-Ausgaben:

- Alle Hefte vor 1977
1977: Nr. 3, 5, 8, 9
1978: Nr. 3, 7-8, 9, 10, 11-12
1979: Nr. 1, 2, 6
1980: Nr. 2, 4
1981: Nr. 2, 3, 9, 11-12
1982: Nr. 5, Sonderheft 2/1982

Entlieferungsschein / Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte
(wird bei der Entlieferung bar erhoben)
bis 10 DM 70 Pf
über 10 DM (unbeschränkt) 1,20 DM
Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Post-Bankerservice:
Damit Sie
Geld und Wege
sparen -
Postscheckkonto.

Post - damit Sie mehr vom Geld haben

Wolfram Brönner

Krisenzentrum Persischer Golf Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (2)

Die Aufwertung des Persischen Golfs zu einer der herausragenden globalen Interessensphären der USA setzte genaue genommen bereits Mitte der 70er Jahre ein. Damals hatte man in Washington auf die erste Ölkrise, die im Anschluß an den Nahostkrieg vom Oktober 1973 durch einen arabischen Ölboykott hervorgerufen worden war, laut über die Möglichkeit einer Besetzung der Ölfelder im Wiederholungsfall nachgedacht. Die Regierungen Nixon und Ford drohten 1974/75 ein ums andere Mal den arabischen Ölstaaten des Nahen und Mittleren Ostens Kriegszüge an.¹

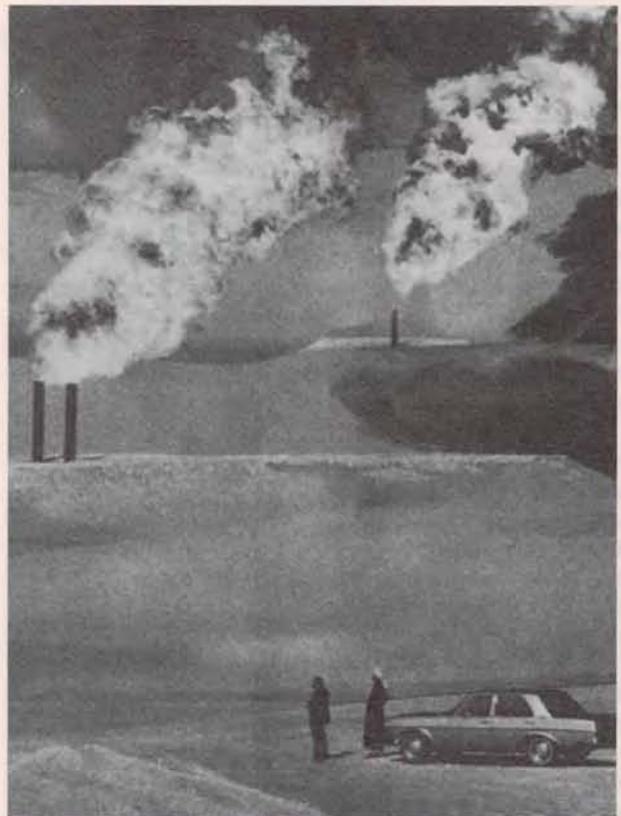
Im August 1977 verordnete Präsident Jimmy Carter – in der geheimen Direktive PD 18 – vorbereitende Schritte zum Aufbau einer Interventionsstreitmacht, die ganz auf Feuerwehreinätze in der Golfregion ausgerichtet sein sollte.

Bis Ende der 70er Jahre hatte man in Washington allerdings stark auf das iranische Schah-Regime gesetzt, das sich als Gendarm der Westmächte am Golf – u.a. mit der Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes im Oman 1973-75 – und Wächter der Straße von Hormuz empfahl und mit hochmodernen NATO-Waffen (1970-79 allein aus den USA für 20 Mrd Dollar) ausgestattet wurde. Der Iran hatte überdies, aufgrund eines Militärabkommens mit den USA vom März 1959 und als Mitglied des regionalen Militärpakts CENTO (Zentrale Vertragsorganisation, gegründet im August 1959), als Aufmarschbasis und Horchposten an der Südgrenze der Sowjetunion eine gewichtige strategische Bedeutung erlangt. Nachdem die CENTO-Macht Großbritannien bis 1971 ihre in Aden (Südjemen) und am Persischen Golf stationierten Truppen von rund 30.000 Mann großteils abgezogen hatte, teilte sie sich mit dem Iran und dem CENTO-Teilmitglied USA in die Vormachtrolle im Golf und dem Arabischen Meer. Das demonstrierten sie im Zeitraum 1974-79 mit alljährlichen See-, Luft- und Landkriegsmanövern oder mit ihrer vereinten Militärintervention im Oman. Das verdeutlichte ferner der Übergang britischer Stützpunkte in Bahrain, Oman (Insel Masirah) sowie auf Diego Garcia in US-amerikanische Nutzung.

Mit Saudi Arabien, wo die USA den Militärstützpunkt Dhahran unterhielten, vereinbarte Washington 1974 die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsausschusses. Die beschleunigte Modernisierung der Streitkräfte des Iran und Saudi Arabiens leiteten vorort rund 40.000 bzw. 10.000 US-Militärs an.

So schien in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Golfregion ein Hort politischer Stabilität und fest unter Kontrolle der USA und ihrer lokalen Verbündeten zu sein. Dies trotz der weitgehenden Verstaatlichung der Ölanlagen der angloamerikanischen Ölmultis 1974/75 und trotz des revolutionären Einschnitts im Irak (nach dem Sturz der Monarchie 1958), dessen Baath-Regime sich zwischenzeitlich allerdings an Saudi Arabien und die Westmächte wiederannähert hatte.²

Doch mit dem unverhofften Sturz des Schah-Regimes im



Februar 1979 kam dieses Konzept ins Rutschen. Die USA verloren ihre Militärpräsenz im Iran und die iranische Armee, die stärkste und modernste Streitmacht des Raumes, als ihren bis dahin verlässlichsten Verbündeten.

Die Teheraner Revolutionsführung unter Ayatollah Khomeini erklärte noch im März 1979 ihren Austritt aus der CENTO. Der Zerfall dieses Militärpakts war besiegelt, als im gleichen Monat Pakistan und die Türkei (zugleich NATO-Mitglied) diesem Beispiel folgten. Kaum war das Iran-„Trauma“ verwunden, da geriet mit den Volkserhebungen Ende 1979 in Saudi Arabien auch die andere vermeintlich „stabile“ Golfmonarchie erstmals ins Wanken.

Auf diese neue Ausgangslage reagierte man in Washington zunächst einmal mit der Drohung, die Regierung Carter sei im Fall der Ölregion zur „Anwendung militärischer Stärke oder militärischer Präsenz“ (Energieminister J. Schlesinger) entschlossen.³

Es war der Auftakt zu einer Palette interventionistischer Aktivitäten, um die widersprüchlichen Revolutionsprozesse im Iran und im benachbarten Afghanistan (seit April 1978) zu destabilisieren. Dies geschah mit dem Ziel, die mittelöstliche Bastion Iran wieder in den Griff zu bekommen oder zumindest, über den Sturz des sozialistisch orientierten Regimes in Kabul, eine Art Ersatzbasis an der Südflanke der

Sowjetunion zu schaffen. Beide Vorhaben aber gingen vorerst daneben.

Mit dem Sturz der ultralinken Regierung Amin und dem Eingreifen sowjetischer Truppen im Dezember 1979 in Afghanistan mißlang J. Carters „großer Plan“ einer afghanischen Ersatz- oder Übergangslösung. Gegen den Iran hagelte es seit dem 4. November 1979, als Anhänger Ayatollah Khomeinis Personal der Teheraner US-Botschaft als Geiseln festsetzten, Kriegsdrohungen, Wirtschaftssanktionen usw. J. Carter schien mehr noch „eine militärische Intervention unumgänglich, wenn man das Khomeini-Regime nicht anders stürzen kann“.⁴

Nach mehreren Militärputschversuchen scheiterte jedoch auch am 24./25. April 1980 eine US-Interventionstruppe nahe Tabas, die mit der Operation „Blaulicht“ zugleich die Geiseln befreien und einen Staatsstreich einleiten sollte.

Dieses Kommando war teils von Bord des Flugzeugträgers Nimitz aus gestartet, der einer US-Kriegsarmada im Golf und dem Arabischen Meer von damals insgesamt 34 Zerstörern und Flugzeugträgern angehörte. Es war die größte Konzentration von Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen (ca. 350) und Truppenteilen (rund 25.000), die seit dem 2. Weltkrieg in diesem Raum vorgekommen war.

Damit war der erste Schritt bereits getan, um jenen Anspruch der USA auf die Gendarmenrolle am Golf, der von Exaußenminister Henry Kissinger im Februar 1979 formuliert worden war, einzulösen. Und mit diesem Anspruch war der Übergang zu einer veränderten, einer aggressiveren Gesamtstrategie für den Persischen Golf und den Indischen Ozean verknüpft: „Was wir brauchen“, so H. Kissinger, „ist ein Komplex politischer Maßnahmen. Wir brauchen eine sichtbare Präsenz amerikanischer Macht im Indischen Ozean, zum Teil als Ersatz für den Niedergang der iranischen Macht... Gewiß sollten wir sie (militärische Gewalt) nicht öffentlich ausschließen – obwohl dies natürlich nur eine letzte Zuflucht sein kann.“⁵

In der Tat nahm die Carter-Administration die Krisenzuspitzung im Iran und in Afghanistan Ende 1979 zum Vorwand, um für die Region am Persischen Golf bedrohte „Lebensinteressen der USA“ zu reklamieren. Der US-Präsident leitete daraus eine neue Doktrin ab, die er am 23. Januar 1980 vor dem Kongreß in Washington so auf den Punkt brachte: Fortan werde jeder „Versuch seitens irgendeiner äußeren Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, ... von uns als ein solcher Angriff auf die Lebensinteressen

der USA betrachtet, und ein solcher Angriff wird mit allen notwendigen Maßnahmen zurückgeschlagen werden – einschließlich militärischer Macht.“⁶

Er wies dieser „Interessensphäre“ sogleich – neben Westeuropa und Ostasien – auch eine Vorzugsstellung in der Globalstrategie der USA und des NATO-Bündnisses zu. J. Carters Sicherheitsberater, Zbigniew Brzezinski, merkte an, daß es dabei gleichermaßen um den „Schutz“ des Golföls wie strategischer Positionen, d.h. kollektiver Sicherheitsinteressen des Westens gehe.⁷

Als Ronald Reagan, zeitgleich mit der Beendigung der iranischen Geiselaffäre, im Januar 1981 die Regierungsgeschäfte übernahm, wurde der Zugriff der USA auf die Golfregion bestärkt.

Ihre Bedeutung im Rahmen der globalen Konfrontationsstrategie und Kriegsplanung der Weltmacht Nummer 1 erfuhr eher noch eine Aufwertung. Alexander Haig, erster Außenminister unter dem republikanischen Präsidenten Reagan, versicherte im April 1981, einer jeden in der Gesamtregion des Nahen und Mittleren Ostens betriebenen „Veränderung des Status quo würde mit allen zur Verfügung stehenden Machtfaktoren“ begegnet werden. Nach den Vorstellungen führender Strategen des Pentagon, des US-Verteidigungsministeriums, soll dies gerade im Umfeld des Persischen Golfes „begrenzte Atomschläge“ mit einschließen.⁸ In einer Kongreßstudie, die im März 1981 dem US-Präsidentenhaus unterbreitet wurde, räumte man dem Persischen Golf bzw. Südwestasien (gefolgt von Mittelamerika und der Karibik) den Vorrang bei der Wiederherstellung der eigenen Vorherrschaft in der Dritten Welt ein. Folglich hätten sich die USA bei der Stärkung militärischer Mittel auch in erster Linie auf diese Krisenregion zu konzentrieren.⁹

In einem geheimen Programm des Pentagon zur globalen Kriegsführung („Leitlinien-Dokument“), das die New York Times im Mai 1982 auszugsweise enthüllte, wurde dem Persischen Golf neben Westeuropa wiederum Priorität beigemessen (siehe Kasten).

Heiligsprechung des sozialen Status quo

Diese Richtliniendokumente bestätigen einmal mehr, daß Washington sich einerseits anmaßt, die Staaten des Golfs und der Gesamtregion Südwestasien (von der Türkei bis Pakistan) als Verfügungsmasse und Aufmarschbasis in ihrer Kriegsvorbereitung gegen die angrenzende Sowjetunion zu vereinnahmen. Sie stellen andererseits unter Beweis, daß die Reagan-Administration in extremer Weise auf den militärischen Interventionismus gegen jedwede Revolutionsprozesse gerade in diesem „lebenswichtigen“ Raum orientiert.

Die Beanspruchung einer solchen regionalen Gendarmenrolle seitens der USA aber bedarf einer wie auch immer gearteten Legitimierung.

In diesem Fall lautet sie auf „Bedrohung“ der Ölregion durch den Iran und die Sowjetunion (Afghanistanpräsenz). In Wahrheit aber geht es bei der vermeintlichen Verteidigung der „Lebensinteressen der USA“ darum, den sozialen Status quo und mit ihm die Profitinteressen des internationalen Kapitals am Leben zu erhalten.

Worin besteht die besondere wirtschaftliche Attraktivität der Golfregion?

Zunächst einmal konzentrieren sich gerade am Persischen Golf jene Mächte der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC), die über die größten Ölreserven (rund 50% der Weltressourcen) und einen ähnlich großen Anteil am Weltrohöllexport verfügen: Saudi Arabien, Kuwait, der Iran, der Irak und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Aus diesem Raum beziehen die größten Energieverbraucher,



Größter US-Flugzeugträger „Nimitz“ im Arabischen Meer

die Westmächte, einen Großteil ihrer Ölimporte: Westeuropa 56%, Japan 68% und die USA mehr als 20% (Stand Mitte 1982).¹⁰

Obwohl der Umfang privater Direktinvestitionen – verglichen etwa mit dem entwickelteren Lateinamerika – verhältnismäßig gering blieb, zogen vor allem die angloamerikanischen Multis jährlich Gewinne in Milliardenhöhe aus der Golfregion ab. Für den Investitionsschwerpunkt Iran (geschätzte 2 Mrd Dollar Fremdinvestitionen Ende der 70er Jahre), für Saudi Arabien (hier agieren heute 500 US-Kapitalgesellschaften) und die anderen Monarchien lag das Geheimnis dieser Profitspanne im Zusammentreffen folgender „Vergünstigungen“ begründet: in einer rigiden Unterdrückung gewerkschaftlicher und politischer Rechte der werktätigen Massen, in der großzügigen staatlichen Förderung des ausländischen Konzern- und Bankkapitals und in der Rentabilität des regionalen Investitionsschwerpunkts Ölwirtschaft begründet.

Im Jahrzehnt 1966 bis 1975 betrug die Durchschnittsrate des Rückflusses an US-Investitionen im Nahen und Mittleren Osten 66,4%, verglichen mit 11,9% für alle Direktinvestitionen im Ausland. Analog kamen aus der Ölregion 20 bis 25% des gesamten Reingewinns aus US-Auslandsinvestitionen, obgleich dort nur 3% der gesamten Direktinvestitionen von US-Konzernen getätigt wurden.¹¹

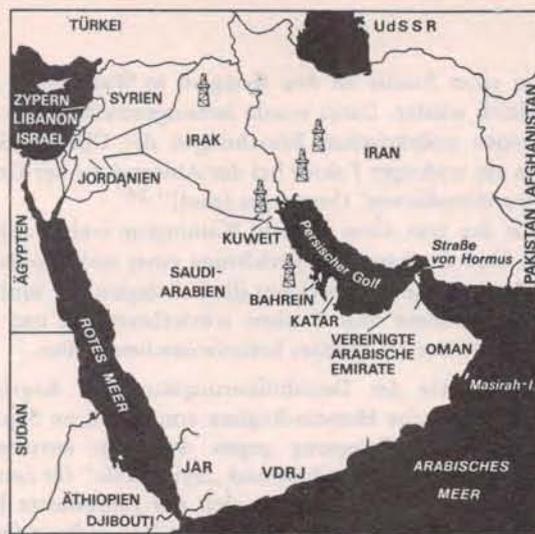
Die Verstaatlichungen und andere Einschränkungen seitens der iranischen Revolutionsführung schmälerten diese Profitausbeute der Multis. Entzogen wurden den westlichen Metropolen mit dem Sturz der Schah-Diktatur auch gewaltige Liefergeschäfte. Neben Saudi Arabien entfielen auf den Iran in den 70er Jahren die lukrativsten industriellen Milliardenprojekte. Sie wurden von den neuen Machtorganen zum großen Teil eingestellt oder aufgekündigt.

Es geht den Westmächten ferner darum, das Recycling (Zurückschleusen) der Überschüsse aus den OPEC-Einkünften – insgesamt rund 405 Mrd Dollar bis März 1982 – auf Dauer abzusichern. Die konservativen Öldynastien am Persischen Golf gelten als Garanten dafür, daß die Gesamtüberschüsse aus den Öleinkünften zu einem beträchtlichen Teil – Mitte 1980 zu etwa 80% – im Banken- und Industriebereich der kapitalistischen Zentren (zu ca. 70% allein in den USA und Großbritannien) festgelegt werden, so daß sie dem Antikrisenmanagement der Westmächte weiterhin zum Nutzen reichen. Die diesbezügliche Ausnahmestellung der Golfregion wird daran deutlich, daß Ende der 70er Jahre von diesen Milliardenüberschüssen 90% auf die monarchistischen Regimes Saudi Arabiens, Kuweits, VAE und des vorrevolutionären Iran entfielen.¹²

Reagans „Sorge“: der Golfkrieg

Auf sie konzentrierten sich auch die lukrativsten Waffenexportgeschäfte der Westmächte, die sich nach Aussagen des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI derzeit im Mittleren und Nahen Osten auf insgesamt jährlich 40 Mrd Dollar belaufen. Das Schah-Regime kaufte in den 70er Jahren für ca. 10 Mrd Dollar Waffen. Saudi Arabien verausgabte alleine 1970-80 runde 35 Mrd Dollar für Rüstungszwecke an die USA. Der Anteil des arabisch-iranischen Raumes an den Waffenexporten der USA stieg von 19,7% vor 1970 auf über 60% (1975-80).¹³

Was den sozialen Status quo in den Golfmonarchien betrifft, so schärften die Volkserhebungen 1979 in Saudi Arabien und der mutmaßliche Umsturzversuch vom Dezember 1981 in Bahrein auch den Blick von Pentagon-Offiziellen dafür, daß „die innere Subversion eine größere Bedeutung für befreundete Länder und ihr Öl sind als ein sowjetischer Angriff“. Diese vertrauliche Aussage fand sich zur Jahresmitte



Aus dem Leitlinien-Dokument des Pentagon

Das Dokument offenbart eine Strategie, der zufolge die Streitkräfte bereit sein würden, im Falle eines langen konventionellen Krieges, mit der Sowjetunion Schläge gegen das sowjetische Mutterland und gegen sowjetische Verbündete wie Kuba, Vietnam und Nordkorea zu führen.

Weiterhin enthält das Leitlinien-Dokument die folgenden Hauptpunkte:

– Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Entauptung („decapitation“), d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion.

– Die Strategie des konventionellen Krieges würde einer Verteidigung des amerikanischen Territoriums die Priorität einräumen, gefolgt von Westeuropa und den Erdölquellen des Persischen Golfs. Die Verteidigung Asiens ist niedriger eingestuft, und im Bedarfsfall können Streitkräfte aus dem Westpazifik in andere Gebiete verlegt werden. (...)

In einem konventionellen Krieg, heißt es in dem Dokument, „könnten Streitkräfte der USA gleichzeitig auf geographisch voneinander getrennten Kriegsschauplätzen benötigt werden“, so zum Beispiel in Europa, Südwestasien und Korea. Insbesondere ist es, besagt das Dokument weiter, „essentiell, daß die Sowjetunion mit der Aussicht auf einen umfassenden Konflikt konfrontiert wird, wenn sie versuchen sollte, die Ölquellen des Persischen Golfs zu erreichen.“

Das Dokument legt der Drohung mit simultaner Kriegsführung in verschiedenen Teilen der Welt besonderes Gewicht bei. William P. Clark, Präsident Reagans Berater in Fragen der nationalen Sicherheit, erklärte in der vergangenen Woche, hochmobile amerikanische Streitkräfte würden nicht überall zugleich zuschlagen, sondern in einem Zielgebiet nach dem anderen. (...)

Die Schnelle Eingreiftruppe, deren Auftrag in der Verteidigung der amerikanischen Ölquellen um den Persischen Golf bestehen würde, soll aus bis zu fünf Armeedivisionen bestehen, zwei Divisionen und Flugzeuggeschwadern der Marineinfanterie, 10 Geschwadern der Luftwaffe mit taktischen Kampfflugzeugen und zwei Geschwadern mit B-52-Bombern, und es ist damit eine erheblich größere Truppe, als ursprünglich geplant war.

Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollen ihre Möglichkeiten ausbauen, „befreundeten erdölproduzierenden Ländern bei der Reparatur, der Wiederinbetriebnahme oder der Verteidigung ihrer Erdölfelder und Fördereinrichtungen zu helfen“.

Marine und Luftwaffe sollen im Rahmen neuer Operationen zusammenarbeiten, um die Seewege zu verteidigen und sowjetische Schiffe zu bekämpfen, wobei die Luftwaffe die von AWACS-Radarflugzeugen gelieferten Informationen zur Verfügung stellt und Bomber einsetzt, die mit Antischiffsraketen ausgerüstet sind. (...)

Die Strategie für Südwestasien unter Einschluß des Persischen Golfs, wie sie in dem Papier dargestellt wird, fordert von den amerikanischen Streitkräften die Bereitschaft, sich, falls erforderlich, mit Gewalt Zugang zu verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten, was bislang die öffentlich erklärte Politik war.

Es zeigt sich auch, daß das Hauptziel des amerikanischen Militäreinsatzes in diesem Gebiet darin bestehen würde, eine sowjetische Infiltration oder Invasion zu stoppen und nicht notwendig darin, die Invasion eines Landes durch ein anderes innerhalb dieser Region abzuwehren, wie gelegentlich offiziell erklärt wurde. (...)

(Quelle: New York Times, 31.5.1982)

1982 in einer Studie an den Kongreß in Washington dekungs-gleich wieder. Darin wurde herausgestrichen, daß „die wachsenden militärischen Beziehungen der USA zu Saudi Arabien ein wichtiger Faktor bei der Abwendung der Gefahr eines 'westfeindlichen' Umsturzes (sind)“.¹⁴

Im Falle des Iran sinnt man in Washington weiter auf Revanche. Und das kann nur Errichtung eines neokolonialistischen Regimes heißen, welches die Privilegien der multinationalen Konzerne und Banken wiederherstellen und sich die Rückkehr der US-Militärs herbeiwünschen müßte.

Zweifelloch hatte der Destabilisierungskurs der Regierung Carter das irakische Hussein-Regime ermuntert, im September 1980 einen Kriegszug gegen den Iran anzutreten. Washington mimte Neutralität und „Sympathie“ für den Aggressor (A. Haig) in einem. Als sich zur Jahresmitte 1982 eine Wende im Golfkrieg zugunsten des Iran vollzog (er befreite den Großteil der besetzten Gebiete und ging zu punktuellen Vorstößen auf irakisches Terrain über)¹⁵, zeigte sich die Reagan-Administration erstmals „besorgt“, das Regime Hussein könne gestürzt und damit das „mittelöstliche Machtgleichgewicht“ auf Kosten des Westens umgestülpt werden.

Die US-Regierung gab demonstrativ der Lieferung von 5 Transportflugzeugen an den Irak statt. Sie ermunterte verstärkte Waffen- und Finanzhilfen (seit 1980 etwa 20 bis 30 Mrd Dollar) der arabischen Golfmonarchien für Bagdad. Sie machte sich das Schreckgespenst vom Export der islamischen Revolution in die ganze Region zueigen, um die im Golfkooperationsrat (gegründet 1981) vereinten Feudalre-



Iranische Ölstadt Korramshar – ein Trümmerfeld nach der Vertreibung der Besatzer

gimes Saudi Arabiens, Bahreins, des Oman, der VAE, Katars und Kuweits zum noch engeren wirtschaftlich-militärischen Zusammenschluß zu bewegen.

Auf Betreiben der Saudis und des omanischen Sultans Quabous sollte noch Ende 1982 ein regionaler Sicherheitspakt bzw. eine Militäralianz des Golfraums gegen die „gemeinsame Bedrohung“ (sprich Iran und Sowjetunion) gegründet werden – ein Projekt, das wiederum – wie schon im Dezember 1981 – an der Weigerung Kuweits scheiterte. Vor allem kann ein solcher saudisch geführter Pakt, angesichts der sehr engen militärischen Kooperation der Saudis mit den USA, für diese zu einem wichtigen Zusatzinstrument für die Beherrschung der Ölregion werden.¹⁶

Davon abgesehen, kam den USA die mit dem Golfkrieg verbundene wirtschaftliche Auszehrung der beiden nicht „befreundeten“ Kontrahenten Iran und Irak mehr als gelegen. Zwar gingen die bei Kriegsausbruch gehegten Hoffnungen, der Irak könnte das Khomeini-Regime hinwegfegen, nicht in Erfüllung. Dafür schwächten sich aber die beiden stärksten Militärmächte und Konkurrenten Washingtons um die Vormachtstellung am Golf gegenseitig.

Vor allem aber bot der langlebige Kriegszustand den USA endlich eine plausible Rechtfertigung ihres „Schutzes“ der Ölstraße von Hormuz. Im Oktober 1980 hatten die USA im Verbund mit Großbritannien, Frankreich und Australien im Golf von Oman und im Arabischen Meer über 60 Kriegsschiffe auffahren lassen – ein größeres Potential an Schiffen und Kampfflugzeugen als jenes der Anrainerstaaten zusammengekommen. Die USA beließen bis heute an die 20 Zerstörer und Flugzeugträger in diesen Gewässern, Großbritannien hält im Golf von Oman zwei Kriegsschiffe und eine Eingreiftruppe von 4.000 Mann ständig bereit.

Ebenfalls als Reaktion auf den irakisch-iranischen Krieg kamen Saudi Arabien und die USA im Oktober 1980 überein, vier fliegende Überwachungsstationen AWACS sowie mobile Bodenradarstationen auf saudiarabischem Gebiet zu stationieren. Damit fiel, da die Bedienungsmannschaften bis in die 90er Jahre von den US-Streitkräften gestellt werden sollen, diesen die vollständige Luftaufklärung über die Golfregion zu. Der Verkauf von fünf AWACS an die Saudis im Jahr 1982 ließ diese Vorrechte unangetastet.

Außerordentliches Gewicht für die Kontrolle der Golfregion kommt der Erweiterung des US-Militärstützpunktnetzes im geographischen Umfeld (Ägypten, Somalia, Kenia) und vor allem in nächster Nähe der Straße von Hormuz, im Oman, zu.

Hier betreiben die USA derzeit den Ausbau mehrerer Luft- und Marinebasen (Massirah, Salala, Matrah, Musandam). Allein für die Einrichtungen auf der Insel Massirah hat das Pentagon Investitionen von 170 Mio Dollar veranschlagt, insgesamt sind es 280 Mio Dollar. Mit der Modernisierung der Basis auf der omanischen Halbinsel Musandam, die direkt in die Straße von Hormuz hineinragt, verschaffen sich die USA eine weitere strategische Schlüsselposition.¹⁷

Gemeinsame Militärmanöver USA-Oman im November 1980, 1981 und 1982 unterstrichen die inzwischen enge Einbindung des Sultanats in das Interventionskonzept Washingtons, mit Blickrichtung Persischer Golf und Indischer Ozean.

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Vgl. M.R. Bukeiry, U.S. Threats of Intervention Against Arab Oil: 1973-79, Beirut 1980, S. 10ff.
- 2) Zur Entwicklung des Irak siehe: AIB 7-8/1980, S. 25-28
- 3) Zit. nach: Middle East International, London, 2.3.1979
- 4) So J. Carter auf einer Geheimtagung des Führungsstabes von US-Regierung und -Armee vom 26.-29.11.1979 in Camp David. Zit. nach: Afrique Asie (AA), Paris, 10.12.1979
- 5) The Economist, London, 10.2.1979
- 6) U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 4.2.1980
- 7) Interview in: Der Spiegel, 13.4.1981
- 8) Nach: USNWR, 6.4.1981; International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 15.2.1980 und 11./12.4.1981
- 9) Report prepared of the Committee on Foreign Affairs by the Congressional Research Service, Washington, 23.6.1981, S. 304ff.
- 10) Daten nach: USNWR, 3.11.1980 und Time, New York, 25.10.1980
- 11) Daten nach: MERIP Reports, Washington, Nr. 90/September 1980, S. 14 und IHT, 4./5.9.1982
- 12) OPEC-Review, Wien, Nr. 2/1980, S. 108ff.; AP, 31.3.1981; Middle East, London, Dezember 1981
- 13) Daten nach: USNWR, 8.10.1980; IHT, 12.3.1981 und MERIP Reports, a.a.O., S.4
- 14) Zit. nach: CounterSpy, Washington, Jahrgang 6, Nr. 3/1982, S. 4 und Süddeutsche Zeitung, 26.8.1981
- 15) Zum irakisch-iranischen Krieg siehe: AIB 1/1981, S. 16ff. und AIB 9/1982, S. 14-15
- 16) Nach: People's World, 29.5.1982; USNWR, 7.6.1982; Newsweek, New York, 19.11.1982; AA, Nr. 283/22.11.1982
- 17) Daten nach: Times, London, 16.4.1981; South, London, August 1980, S. 37; Time, 25.10.1982; Der Spiegel, 22.11.1982

**Adressenänderungen bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Naim Baraki

Das Khalifa-Regime in Bedrängnis



Premierminister Scheich al-Khalifa; Ölraffinerie in Bahrein

Am 10. November 1982 tagte in Manamah, der Hauptstadt von Bahrein, der Golf-Kooperationsrat (GCC), dem Kuwait, Saudi Arabien, Katar, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrein angehören. Hier wurden Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der inneren und äußeren Sicherheit erörtert.

Der im Zentrum des Persischen Golfes gelegenen Insel Bahrein kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da das Land einerseits in der Golfstrategie der USA eine Schlüsselrolle spielt und der herrschende Khalifa-Clan durch eine einflußreiche Oppositionsbewegung gefährdet ist.

Arbeiterbewegung und Parlament...

Wie die meisten Staaten der Arabischen Halbinsel war auch Bahrein lange Zeit eine britische Kolonie. Mit dem sog. „Vertrag über den Frieden im Persischen Golf“ im Jahre 1820 beendete Großbritannien seine Feldzüge „gegen das Piratentum“ und unterwarf u.a. Bahrein seiner Herrschaft. Formal herrschten die Scheichs des Familienclans Khalifa, die auch heute noch mit Isa bin Sulman al-Khalifa das Staatsoberhaupt stellen. Bis zum Beginn der Erdölförderung im Jahr 1932 durch die Standard Oil Company of California herrschten in Bahrein Feudal- und Gentilverhältnisse vor. Der Aufbau der Erdölindustrie und das Eindringen des Auslandskapitals zerstörten innerhalb von zwei Jahrzehnten die alten und schufen neue kapitalistische Produktionsverhältnisse.

Da Bahrein über verhältnismäßig geringe Erdölreserven verfügt, hat das Land seine Industrie frühzeitig diversifiziert. Eine Raffinerie, die vor allem saudisches Erdöl verarbeitet, eine Aluminiumhütte, eine Reparaturwerft für Tanker und andere Betriebe ermöglichen dem Land auch nach der Er-

schöpfung der Erdölvorkommen in ca. 10 Jahren wirtschaftlich über die Runden zu kommen. Steuervergünstigungen haben bereits mehr als 120 Banken ins Land gelockt. Von der Errichtung eines Damms, der bis 1984 fertiggestellt werden und die Insel mit Saudi Arabien verbinden soll, erhofft man sich einen Touristenstrom in die Vergnügungsviertel des Landes.

Die frühe Industrialisierung hat zur Herausbildung einer starken Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung geführt. Sie trat erstmals während der antikolonialen Aufstände in den Jahren 1954-56 auf den Plan, die noch unter der Führung der Handelsbourgeoisie standen.

Im Oktober 1955 entstand die Union der Arbeiter Bahreins, die nach kurzer Zeit 14.000 Mitglieder, vor allem Erdölarbeiter zählte. Bereits am 15. Februar 1955 war die Nationale Befreiungsfront Bahreins (NLFB) entstanden, die sich inzwischen zur revolutionären Arbeiterpartei und führenden Kraft der antiimperialistischen Bewegung des Landes entwickelt hat.¹

... im Untergrund oder hinter Gittern

Die bahreinische Organisation der Baath-Partei,² die 1956 entstand, und der bahreinische Zweig der Volksfront für die Befreiung Omans und der Arabischen Halbinsel (PFLOAG), aus dem sich 1975 die Volksfront Bahreins (PFB) bildete, verbreiteten die Basis der nationaldemokratischen Kräfte. Im März 1965 kam es zu einem Streik in der Erdölindustrie, der in einem politischen Generalstreik mündete. Er richtete sich gegen die britische Kolonialherrschaft, die Khalifa-Dynastie und die US-Erdölgesellschaft.

Obwohl der Aufstand brutal niedergeschlagen wurde, beschleunigte er die Erringung der politischen Unabhängigkeit und führte erstmals zu einer Zusammenarbeit der antiimpe-

rialistischen Kräfte in der Front Progressiver Kräfte.³ Damit erfolgte auch im Innern eine Liberalisierung, die die Kampfbedingungen für die fortschrittlichen Kräfte verbesserte. Die Wahlen im Dezember 1973 brachten eine Mehrheit für die nationalen Kräfte. Allein der von der Nationalen Befreiungsfront geführte Volksblock konnte 8 von 30 Sitzen erringen. Die Arbeiterbewegung nahm einen neuen Aufschwung, doch blieben die Gewerkschaften weiterhin illegal. Mehrere Gewerkschafter und andere progressive Persönlichkeiten wurden verhaftet.

Nachdem das Parlament ein Sicherheitsdekret, das die Verhaftung von Regimegegnern für 3 Jahre ohne richterliche Zustimmung ermöglichen sollte, bei einer Fürstimme ablehnte, wurde es im August 1975 aufgelöst und 150 linke Parlamentarier und Politiker eingekerkert.⁴

1982 erklärte der Premierminister Scheich Khalifa bin Sulman al-Khalifa zu seiner Repressionspraxis: „Obwohl wir an einem Mangel an Gefängnissen leiden nehmen wir alle Verdächtigen fest und verhören so lang wie man braucht, mon-

telang wenn nötig.“⁵ Diese Aussage macht die Zahl von 3.000 politischen Gefangenen, von der die islamische Opposition ausgeht, wahrscheinlicher als die Angaben des Premierministers, der 200 zugestehet. Selbst diese Zahl ist schon astronomisch bei einer Bevölkerungszahl von 358.000.

Tiefgreifende Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik Bahreins ergaben sich 1979/80 aus der iranischen Revolution und der Rückkehr der USA zur globalen Konfrontation. Damals verschwand mit dem Sturz des Schah-Regimes das wichtigste Kettenglied des gegen die UdSSR gerichteten CENTO-Paktes und der Gendarm der Golfregion. Die USA reagierten mit der drastischen Ausweitung ihrer eigenen Militärpräsenz am Golf und suchten die arabischen Golfmonarchien für eine engere militärische Zusammenarbeit zu gewinnen (siehe Artikel von W. Brönnner in diesem Heft). Dabei beriefen sich beide Seiten (Kuweit m.E.) auf die angebliche Bedrohung der Golfstaaten durch die iranische Revolution (Februar 1979) und durch die sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan. Tatsächlich stimulierte die iranische Revolution in den Golfländern einen Aufschwung antiimperialistischer Kräfte, die sich auf den Islam stützen, und von den Feudalregimes als Gefahr empfunden wurden. Washington versicherte ihnen noch größere militärische Überlebenshilfen.

In Bahrein sind die USA schon länger militärisch präsent. Bereits seit 1949 befindet sich, aufgrund eines Abkommens mit Großbritannien, in Al-Jufair eine Marine-Basis der USA. Sie beherbergt das Hauptquartier der Mitteloststreitmacht der US-Marine. „Die Bedeutung dieser Streitkräfte,“ so meint die NLFB, „wird in offiziellen US-Berichten betont, die darauf hinweisen, daß sie trotz ihres geringen Umfangs verantwortlich war für das, was die Berichte als 'den Schutz des weiten Gebietes das vom Indischen Ozean und dem Roten Meer zum Arabischen Meer und dem Golf reicht', bezeichnen.“⁶

Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und der Regierung Bahreins besteht seit 1971. Die USA haben die Erlaubnis, Einrichtungen, vor allem den Flughafen, den Hafen und die Erdöllager zu benutzen. Außerdem sind die Riesentrockendocks von strategischer Bedeutung für die US-Marine.

Volksproteste gegen US-Militärbasen

Seit 1973/74 existiert in Bahrein eine Volksbewegung gegen die US-Basen und für die Aufkündigung der militärischen Abkommen mit den USA. Sie zwang die Regierung, öffentlich zu erklären, bei der 1974 anstehenden Verlängerung des Militärabkommens mit den USA, die militärische Kooperation aufzukündigen. Doch nach der Niederschlagung des Widerstands wurde das Abkommen 1974 und 1977 erneut verlängert.

Die USA beabsichtigen weiterhin ein Hauptquartier für ihre Schnelle Eingreiftruppe (RDF) in Bahrein einzurichten. Allerdings stoßen die neuen Projekte der USA selbst beim Khalifa-Regime auf wenig Gegenliebe, wenn ihre militärische Präsenz zu offen zur Schau gestellt wird.

„Ich bin sehr für Manöver ... und ich begrüße eine umfassende Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Sicherheit unseres Gebietes, aber nur unter der Bedingung, daß dies korrekt gehandhabt und dargeboten wird.“⁷ Das erklärte der Premierminister Bahreins, Scheich Khalifa. Sein Ratschlag für Washington: „Übersetzt heißt das: 'bleibt unsichtbar'.“⁸

Da die USA wegen ihrer Nahostpolitik im Volke nicht gerade beliebt sind, könnte ihre offene Präsenz zu einer Stärkung der antiimperialistischen Bewegung führen.

Um dieses zu umgehen, bevorzugen die Golfstaaten eine

Bahrein-Daten



Territorium: 622 qkm

Bevölkerung: 358.000 (1981), davon 32% Ausländer (Inder, Pakistani, Perser; 3.000 Briten und US-Amerikaner)

Sprache: Arabisch

Religion: 91% Moslems (mehrheitlich Schiiten)

Währung: Bahrein-Dinar (BD); 1 BD = 6,66 DM (Stand Ende Juni 1982)

Wirtschaft: Das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf belief sich 1980 auf 5.560 Dollar (BRD: 13.590 Dollar). Der Hauptwirtschaftszweig Erdölförderung und -verarbeitung wird zu 40% bzw. 100% von der US-Gesellschaft BAPCO kontrolliert. Außerdem: Aluminiumproduktion, Schiffsreparaturen und chemische Produktion. Die Landwirtschaft trägt lediglich 1% zum BSP bei.

Geschichte:

- 1507 Eroberung durch Portugal
- 1622 Eroberung durch Persien
- 1820 Die Vorherrschaft Großbritanniens setzt ein
- 1932 Entdeckung von Erdöl
- 1951-56 Massenbewegungen gegen die Kolonialherrschaft
- 1971 Politische Unabhängigkeit; Militärverträge mit den USA und Großbritannien
- 1973 Sieg der progressiven Kräfte bei den Wahlen zum Parlament
- 1975 Auflösung des Parlaments, Massenverhaftungen
- 1981 Eintritt in den Golf-Kooperationsrat



US-Marinestützpunkt Al-Jufair

engere Zusammenarbeit untereinander, nicht nur auf militärischer Ebene, sondern auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und im wirtschaftlichen Bereich. Dies führte 1981 zur Gründung des Golf-Kooperationsrates.

Während die wirtschaftliche Kooperation relativ problemlos funktionierte, traten auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit Differenzen auf. Dies lag nicht nur am Vorrangstreben Saudi Arabiens und an der Weigerung Kuweits, sich in die US-Golfstrategie einbinden zu lassen. Es lag auch an der Schwierigkeit, den Völkern die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit glaubhaft zu machen.

Um dieses Problem zu lösen, mußte die Bedrohung durch den Iran und die innere Opposition deutlich gemacht werden. Am 13. Dezember 1981 deckte man in Bahrein ein angebliches Komplott auf und verhaftete 73 Personen. Sie sollen Mitglieder der Islamischen Front für die Befreiung Bahreins (IFLB) sein, einer antiimperialistischen Organisation, die mit der iranischen Revolution entstand und auf Anordnung des Irans am 16. Dezember 1981 einen Umsturz geplant haben soll.

Dieses Ereignis hatte eine hysterische Pressekampagne gegen den Iran zu Folge, die sowohl im Golf als auch auf internationaler Ebene hohe Wellen schlug. Bereits am 19. Dezember 1981 unterzeichnete Bahrein mit Saudi Arabien ein Sicherheitsabkommen. Ähnliche Abkommen unterzeichnete Saudi Arabien auch mit Oman, Katar und den VAE, während Kuweit dies verweigerte. In einem Memorandum zu dem angeblichen Putschversuch erklärte die Volksfront Bahreins: „Es ist klar, daß das sog. 'Komplott' ein Spiel ist, ... das von der saudiarabischen und bahreinischen Regierung angeordnet wurde, um andere Golfstaaten dazu zu zwingen, bilaterale Sicherheitsabkommen mit Saudi Arabien zu unterzeichnen mit dem Ziel, einen kollektiven militärischen Sicherheitsvertrag aller Mitglieder der Golf-Kooperationsstaaten zu unterzeichnen.“⁹

Ähnlich ist auch die Stellungnahme der IFLB: „Es handelt

sich um eine polizeiliche Provokation, die von den Usurpatoren der Macht, der al-Khalifa-Familie angezettelt wurde, um ... jede Proteststimme zu ersticken, und um die sog. Sicherheitsabkommen, die Saudi Arabien mit den meisten unpopulären Regimes des Golfs, die mit dem US-Imperialismus verbündet sind, abgeschlossen hat, zu rechtfertigen.“¹⁰

Zwar konnte auch auf der Sitzung des Golfrates am 12. November 1982 in Bahrein noch kein kollektives Abkommen über die äußere und innere Sicherheit abgeschlossen werden, da weiterhin die erwähnten Differenzen bestehen. Doch die verstärkte Zusammenarbeit der Repressionsorgane erschwert die Tätigkeit der bahreinischen Opposition.

Die Oppositionskräfte haben sich deshalb zum Koordinierungskomitee der Demokratischen und Progressiven Kräfte des Golfs zusammengeschlossen, dem bisher die NLFB und die PFB, die Kommunistischen Parteien Iraks und Saudi Arabiens, die Partei der Sozialistischen Aktion Saudi Arabiens, die Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) und die Nationaldemokratische Front der Jemenitischen Arabischen Republik (NDF) angehören. Das Koordinierungskomitee arbeitet zusammen mit der Volkseinheitspartei (PUP) und der Liga der Demokraten aus Kuwait. Außerdem unterhält die KP Saudi Arabiens enge Beziehungen zur Islamischen Front Saudi Arabiens.¹¹

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Abdullah Rachid, Bahrein: Alltag des Befreiungskampfes, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 10/1978, S. 1372f.
- 2) Die 1947 in Syrien gegründete kleinbürgerlich-nationalistische Arabische Sozialistische Baath-Partei (Baath = Wiedergeburt) verfügt über Unterorganisationen in einer Reihe arabischer Länder. Infolge der Spaltung zwischen der syrischen und der irakischen Baath-Partei in den 60er Jahren bestehen momentan zwei Führungszentren (Nationalleitungen), denen die Baath-Parteien in den einzelnen Ländern (Regionalleitungen) unterstehen.
- 3) Vgl. U. Steinbach (Hrsg.), Politisches Lexikon Nahost, München 1979, S.63
- 4) Vgl. Yousuf al Hassan, in: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt. Internationale wissenschaftliche Konferenz Berlin, 20.-24. Oktober 1980, Protokollband II, Dresden 1981, S. 1268f.
- 5) Le Monde, Paris, 14.4.1982
- 6) National Liberation Front Bahrain, U.S. Presence in the Gulf Region, Bahrein 1980, S.83
- 7) Time, New York, 25.10.1982
- 8) Ebenda
- 9) The People's Front in Bahrain, Memorandum on the latest Campaign of the Bahraini Government against the Opposition, Damaskus 1982, S.6
- 10) Le Monde, a.a.O.
- 11) Nach einem unveröffentlichten AIB-Gespräch mit einem Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Bahreins vom 25.2.1982

MERIP REPORTS

Special Issue: War in Lebanon

For more than a decade, MERIP Reports has provided the most incisive coverage of Middle East developments and US policy there. With this special issue, MERIP's network of researchers and correspondents bring you clear, well-documented accounts of the events that shattered the summer of 1982.

- Reports from Washington, Beirut, Jerusalem and the West Bank
- Noam Chomsky on the disarmament movement and the invasion
- Eyewitness accounts and exclusive photos

This special double issue, regularly \$4, is free with a new subscription to MERIP Reports. For \$16.95, you get a full year (9 issues) of the one magazine essential for understanding the Middle East and US policy—plus this special issue.

I enclose \$16.95 for a year's subscription. Send me your special double issue free.

I enclose \$4 plus 70 cents postage and handling for MERIP's new double issue, War in Lebanon.

Name _____

Street _____

City _____ State _____ Zip _____

Send your check or money order today to MERIP Reports (L)
PO Box 1247
New York, NY 10025

Rolf Geffken

Die neue Verfassung der Junta

Am 7. November 1982 ließ die Militärjunta in Ankara das türkische Volk über eine Verfassung „abstimmen“. Wie erwartet, wurde sie „angenommen“, mit 92% der abgegebenen Stimmen.

Kritik an der Verfassung war zuvor ausdrücklich untersagt worden. Der Abstimmung durfte niemand fernbleiben. Die Stimmkarten waren markiert. Gegner der Verfassung hatten weder eine demokratische, noch eine mathematische, noch eine juristische Chance.

Die jetzige Verfassung der Türkei wurde von einer Kommission erarbeitet, deren Zusammensetzung General Evren persönlich bestimmte. Vorsitzender der sog. Verfassungskommission war der reaktionäre Politiker Orhan Aldikacti, ein Mitarbeiter der rechtsradikalen Zeitung Tercüman.

Nachdem der Entwurf vorgelegt wurde, regte sich zur Überraschung der Militärs nicht nur in der zugelassenen Öffentlichkeit Kritik am Entwurf, sondern sogar in der von den Militärs einberufenen Beratenden Versammlung. Nur 14 Mitglieder der Versammlung akzeptierten den Entwurf in der vorgelegten Fassung. Alle anderen lehnten ihn entweder ganz ab oder wollten bestimmte Änderungen vornehmen. Doch O. Aldikacti verkündete, „daß diejenigen, die mich verdammen und kritisieren, alle dumm sind und nichts von der Verfassung verstehen.“

Nach soviel offenen Worten solcher „Verfassungsväter“ mußte der Junta daran gelegen sein, die Diskussion hinter verschlossene Türen zu verlegen.

Die in der Verfassung der Militärs gewährten sog. Grundrechte verdienen ihren Namen nicht. Alle sog. Grundrechte können nach Art. 12 „zum Schutze der unteilbaren Einheit des Landes und der Nation, des Staates, der Republik, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Sicherheit, des öffentlichen Interesses, der allgemeinen Moral ... sowie aus besonderen Gründen ... begrenzt werden.“

Darüber hinaus besteht ein allgemeines „Verbot des Mißbrauchs“ von Grundrechten und Grundfreiheiten. Nach Art. 13 darf kein in der Verfassung aufgeführtes Grundrecht dazu benutzt werden, „die unteilbare Einheit des Landes und der Nation des Staates zu zerstören, die Existenz des türkischen Staates und der Republik zu gefährden, die Grundrechte und -freiheiten zu beseitigen, die Herrschaft einer Person oder einer Schicht oder die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu sichern, oder eine Trennung nach Sprache, Rasse, Glaube oder Bekenntnis herzustellen, oder auf sonst irgendeine Weise eine Staatsordnung zu errichten, die sich auf Kommunismus, Faschismus oder religiöse Grundlagen stützt.“

Wer zu den genannten Zwecken ein Grundrecht „mißbraucht“, verliert dieses Grundrecht. Das heißt im Klartext: Es wird mit Sicherheit eine wachsende Gruppe von Staatsbürgern entstehen, die als „Bürger 2. Klasse“ entweder keine oder nur bestimmte Grundrechte ausüben dürfen.

Es ist auch schon jetzt ziemlich genau abzusehen, um welche türkischen Bürger es sich handeln wird. Hier einige Beispiele:

1. **Kurden:** Mit dem auch im türkischen Strafgesetzbuch verwendeten Terminus „Zerstörung der unteilbaren Einheit des Landes“ sind sämtliche Autonomiebestrebungen, darunter auch kulturelle Autonomiebestrebungen, zu verstehen. Dies richtet sich vor allem gegen Kurden, und zwar nicht nur gegen politisch aktive Kurden, sondern gegen alle Angehörigen dieser Volksgruppe, die sich offen zu ihrer kurdischen Herkunft und Sprache bekennen. Das sind immerhin etwa 10 Millionen türkische Staatsbürger!

2. **Sozialisten:** Mit dem in den Art. 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches – übernommen aus dem faschistischen Strafgesetzbuch B. Mussolinis – verwendeten Terminus „Herrschaft ... einer Schicht oder ... Vorherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse“ sind praktisch alle sozialistischen Bestrebungen („Diktatur des Proletariats“) gemeint, im weitesten Sinne also linke Bewegungen überhaupt.

3. **Kommunisten:** Daß durch den unter 2. genannten Terminus hauptsächlich Sozialisten erfaßt sein sollen, ergibt sich schon daraus, daß in Art. 13 der „Kommunismus“ noch einmal gesondert aufgeführt wird. Auch dies entspricht den entsprechenden Bestimmungen des türkischen Strafrechts, nach denen kommunistische Aktivitäten „ohnehin“ verboten sind.

Mit diesen wenigen Beispielen dürfte deutlich geworden sein, daß die von den Militärs geschaffene Verfassung gegen alles andere gerichtet ist als gegen sog. Terroristen und Gewalttäter. Sie ist vielmehr gegen die politische Linke schlechthin und darüber hinaus auch gegen nationale Minoritäten gerichtet.

Damit verstößt sie gegen grundlegende demokratische Verfassungs- und Menschenrechtsprinzipien, indem sie wesentliche politische Strömungen und Meinungen von vornherein aus einem demokratischen Willensbildungsprozeß ausschaltet und damit Demokratie praktisch schon im Ansatz verhindert, ja letztlich verbietet.

Keine Vereinigungs- und Gewerkschaftsfreiheit

Bereits nach dem Militärputsch vom September 1980 wurde der gezielte Einsatz der Folter als Mittel der „Sachaufklärung“ vor allem durch die extrem lange Dauer einer nicht richterlich angeordneten Haft begünstigt. Zwar legt der Art. 19 der Verfassung eine Frist von 48 Stunden für die richterliche Entscheidung fest. Allerdings wird bei „gemeinsamen Straftaten“ eine Frist von 15 Tagen verlangt.

Das bedeutet: Ohne jede richterliche Kontrolle oder Legitimation können polizeiliche Vollzugsorgane Personen inhaftieren! Daß insbesondere bei politisch motivierten Handlungen meist „gemeinsame Straftaten“ vorliegen, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Welchen anderen Sinn soll diese Regelung haben, als die Praxis willkürlicher Verhaftungen beizubehalten?

Da damit aber jede richterliche Kontrolle entfällt, sind die Verhafteten den Willkürmaßnahmen der Vollzugsorgane schutzlos ausgeliefert. Die bisherige Folterpraxis erhält da-

mit faktisch und praktisch Verfassungsrang!
 Art. 28 der Verfassung hebt die im Eingangssatz proklamier-
 te Pressefreiheit wieder auf: „Wer Nachrichten und Artikel,
 die die innere und äußere Sicherheit des Staates seine Ein-
 heit mit Nation und Land bedrohen, oder zum Begehen von
 Straftaten, einem Aufstand oder Aufruhr anstiften oder sich
 mit den Geheiminformationen des Staates befassen, zum
 Zwecke der Veröffentlichung einem anderen gibt..., ist ...
 verantwortlich, selbst wenn ein Vertrieb nicht stattfindet.“
 Mit dieser Bestimmung ist wieder das allgemeine Betätigungs-
 und Handlungsverbot für nationale Minderheiten und
 für die politische Linke erfaßt (Einheit der Nation, innere
 Sicherheit, Aufruhr usw.).

Dadurch, daß das Publikationsverbot auch „Geheiminforma-
 tionen des Staates“ erfaßt, wird aber auch jede Aufdeckung
 undemokratischer oder ungesetzlicher Machenschaften der
 Staatsorgane selbst unterbunden, denn die Deklaration des-
 sen, was „geheim“ sei, obliegt den Staatsorganen selbst.



„Verfassungsvater“ General Evren beim Begräbnis der Demokratie

Nach Art. 33 der neuen Verfassung ist zwar das Recht, Verei-
 ne zu gründen, angeblich gewährleistet. Doch für Vereine
 gilt ebenso wie für Privatpersonen die in Art. 12 für die
 Ausübung von Grundrechten genannte Grenze: Aktivitäten
 zugunsten nationaler Minderheiten, sozialistische oder gar
 kommunistische Ziele sind selbstredend verboten.

Doch nicht nur das. Vereine „dürfen ... keine politischen
 Ziele verfolgen, keine politischen Aktivitäten entfalten, kei-
 ne politischen Parteien unterstützen oder von ihnen unter-
 stützt werden, sie dürfen mit Gewerkschaften, Berufsorgani-
 sationen ... nicht gemeinsam handeln.“

Auch für die Gewerkschaften gelten die für Privatpersonen
 in Art. 12 normierten Grenzen der Handlungsfreiheit. Dar-
 über hinaus dürfen auch sie „keine politischen Ziele verfol-
 gen, keine politischen Aktivitäten entfalten, keine Unter-
 stützung von politischen Parteien erhalten oder ihnen solche
 gewähren; sie dürfen mit Vereinen, Berufsorganisationen ...
 nicht zusammenarbeiten.“

Ist die totale politische Enthaltensamkeit von Vereinen kaum
 praktisch denkbar, so ist sie es erst recht nicht bei Gewerk-
 schaften. Da die Gewerkschaften Massenorganisationen sind,
 die sich die Verteidigung, Wahrung und Verbesserung von
 Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zum Ziel gesetzt ha-
 ben, hat letztlich jede ihrer Aktivitäten politische Auswir-

kung, selbst wenn sie auf „politische Ziele“ verzichten soll-
 ten.

Danach kann kaum noch verwundern, daß auch das Streik-
 recht nur auf dem Papier gewährleistet wird. Streiks dürfen
 nicht „den Anstandsregeln“ widersprechen und den „nationa-
 len Besitz schädigen“.

Politische Streiks sind ebenso verboten wie Solidaritäts-
 streiks, Generalstreiks, Arbeitsplatzbesetzungen und jegli-
 cher „Widerstand“ – was immer das sein mag (Art. 58). Für
 die durch Streiks verursachten Schäden „kommt die Ge-
 werkschaft auf“.

Freiheit des Profits

Ein geradezu sensationelles Grundrecht aber haben die türki-
 schen Militärs im letzten Satz des Artikels 58 geschaffen,
 wonach „das Arbeiten der am Streik Unbeteiligten ... in
 keiner Weise behindert werden“ darf. Damit ersetzt der Ent-
 wurf das nicht vorhandene Grundrecht auf Streik durch ein
 Grundrecht auf Streikbruch.

Damit treten die türkischen Militärs nicht nur sämtliche
 auch von der türkischen Republik anerkannten völkerrecht-
 lichen Abkommen zum Schutze der gewerkschaftlichen Be-
 tätigung mit Füßen, sie erheben den Bruch der Solidarität
 sogar zu einem Rechtsprinzip und verleihen damit dem so-
 zialen Rückschritt Verfassungsrang!

Ganz in diesem Sinne haben die türkischen Militärs auch
 noch ein anderes – bislang kaum bekanntes – Grundrecht
 entdeckt: die „Freiheit des Privatunternehmens“. Nach Art.
 51 der Verfassung steht es nicht nur frei, ein Privatunter-
 nehmen zu gründen. Der Staat soll auch Maßnahmen ergrei-
 fen, „die das Arbeiten der Privatunternehmen in Sicherheit
 und Entschlossenheit sicherstellen.“

Auch ein solches Grundrecht war bislang selbst in den Ver-
 fassungen kapitalistischer Länder nicht bekannt. Die „Frei-
 heit“, ein Privatunternehmen zu gründen, ergibt sich aus den
 kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst. Eine poli-
 tische und juristische Notwendigkeit, dies auch noch verfas-
 sungsrechtlich abzusichern, hat sich bislang nur in zwei hi-
 storischen Situationen ergeben: Beim Übergang von feudali-
 stischen Produktionsverhältnissen zum Kapitalismus (also in
 der bürgerlichen Revolution) oder aber bei der Reaktion auf
 sozialistische Umwälzungen (als Konterrevolution).

Letztere Verhältnisse hat es in der Türkei bislang noch nicht
 gegeben. Die Reformen Atatürks waren überwiegend bürger-
 lich-revolutionäre Umwälzungen. Sozialistische Umwälzungen
 haben in der Türkei zu keinem Zeitpunkt stattgefunden,
 erst recht nicht in der reaktionären Ära der Regierung S.
 Demirel (1975-78 und 1979-80; siehe AIB-Sonderheft
 2/1980, S. 30-36). Warum dann ein solches Verfassungsprin-
 zip?

Die Erklärung kann nur darin liegen, daß mit einer solchen
 verfassungsrechtlichen Absicherung der „Freiheit des Pro-
 fits“ vor allem den ausländischen Kreditgebern zugesichert
 werden soll, daß man jegliche sozialistische Umwälzung ver-
 hindern werde.

Die Bestimmung drückt im Grunde genommen den nationa-
 len Ausverkauf der Türkei an das westeuropäische und US-
 amerikanische Bankkapital aus. Sie widerspricht zutiefst ge-
 rade den von Atatürk stets besonders hervorgehobenen Prin-
 zipien der nationalen Souveränität und ökonomischen Un-
 abhängigheit.

Das allgemeine Politikverbot in der Verfassung der Militärs
 macht auch und gerade vor den politischen Parteien nicht
 halt.

Das klingt paradox, läßt sich aber durchaus anhand der vor-
 liegenden Bestimmungen nachweisen: Nach Art. 77 ist die
 Gründung politischer Parteien zwar gewährleistet. Die Inhal-

te der politischen Programme aber sind praktisch festgelegt: Sie dürfen nicht nur den „Prinzipien der unteilbaren Einheit des Staates mit Land und Nation“ widersprechen; vielmehr dürfen politische Parteien gar nicht erst gegründet werden, die „die Verteidigung und Errichtung vom Prinzip der Klasse und Schicht ... zum Grundsatz haben“.

Damit ist klar, daß die für die allgemeine Handlungsfreiheit der Bürger geltenden Einschränkungen auch und gerade für politische Parteien gelten. Politische Parteien, die sich die Verteidigung nationaler Minderheiten zum Ziel gesetzt haben, dürfen ebenso wenig gegründet werden wie sozialistische oder kommunistische Parteien. Parteien, die nach ihrer Gründung entsprechende Aktivitäten entfalten, werden aufgelöst (Art. 78).

Da sozialistische Parteien nicht erlaubt sind, muß jede Partei den Anspruch erheben, das „ganze Volk“ zu vertreten, also die Interessen von Kapitalisten ebenso wie die von Arbeitern und Bauern. Jede Partei muß also letztendlich eine Ideologie der „Volksgemeinschaft“ vertreten. Die Partei, die ein solches Kunststück in Deutschland fertigbrachte, nannte sich NSDAP...

Parteien, die dennoch das Kunststück fertigbringen, trotz solcher Anforderungen zu existieren und vielleicht sogar Interessen von Arbeitern und Bauern zu vertreten, „dürfen ideell und materiell zur Verfolgung und Stärkung ihrer Politik nicht mit Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen und Berufsorganisationen ... zusammenarbeiten.“

Das aufgrund einer solchen politischen Struktur zustandekommende Parlament dürfte noch nicht einmal den Charakter eines Ständeparlaments haben: Selbst scheinbare Vertreter der Arbeiterschaft und bäuerlicher Kreise bleiben aus ihm ausgeschlossen.

In die „Große Nationalkammer“ darf kein Türke, der nicht 8 Jahre Schulbildung genossen hat, gewählt werden. Außerdem darf nicht gewählt werden, wer zu mehr als 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Ja, selbst wer amnestiert wurde, darf nicht gewählt werden, wenn er z.B. wegen „Unterschlagung, Veruntreuung, ... Konspiration bei staatlichen Aufträgen ... usw.“ verurteilt worden war.

Dazu muß man wissen, daß gerade sozialistischen Politikern und Gewerkschaftsfunktionären von den Militärs angebliche Unterschlagung und Veruntreuung zum Vorwurf gemacht wurde. Diese Vorwürfe waren und sind zwar absurd. Die Bestimmungen der Verfassung müssen aber vor dem Hintergrund der immer noch laufenden Prozesse gegen die Funktionäre politischer Parteien und Gewerkschaften gesehen werden.

Aber auch dies reicht den Urhebern der Verfassung nicht: Wer zwar nicht bestraft wurde, aber die in Art. 12 genannten Grenzen der allgemeinen Handlungsfreiheit überschritten und deswegen die dort genannten Grundrechte verloren hat, darf ebenfalls nicht gewählt werden.

Der Diktator als „Präsident“

Doch die Verfasser haben offenbar selbst in ein auf derart „demokratische“ Weise zustandekommenes Parlament nicht genügend Vertrauen. Sie haben deshalb dem Staatspräsidenten Kompetenzen verliehen, die praktisch diktatorischen Vollmachten gleichkommen.

Der Staatspräsident ist nicht etwa nur Staatsoberhaupt, in Art. 113 wird er sogar als „das Haupt des Staates“ bezeichnet. Dementsprechend überwacht er die Anwendung der Verfassung und das geordnete und ausgewogene Arbeiten der Staatsorgane. Wenn man so will, übernimmt der Staatspräsident damit etwa die Aufgaben, die in der Bundesrepublik Deutschland nur dem Bundesverfassungsgericht oblie-

gen. Er steht damit eindeutig über dem Parlament.

Konsequenterweise ratifiziert auch er – nicht das Parlament – internationale Abkommen und veröffentlicht sie. Er – nicht das Parlament! – beschließt die Vollstreckung der Todesstrafe. Die alte türkische Verfassung sah hier entsprechend traditionellem bürgerlichem Rechtsstaatsverständnis eine ausschließliche Zuständigkeit des Parlaments vor.

Der Präsident ernennt den Ministerpräsidenten und kann ihn – ebenso wie einzelne Minister – absetzen. An seiner Seite fungiert ein sog. Staatsberatungsrat, dessen Mitglieder ausschließlich vom Präsidenten ernannt werden. Mitglieder des Gremiums sind vor allem Personen, „die hervorragende Dienste für den Staat und die Nation geleistet haben“.

Die Rolle des Präsidenten ist General Evren auf den Leib geschrieben, die Rolle seiner Berater seinen Kumpanen aus der Generalität. Wer sonst sollte „hervorragende Dienste für den Staat und die Nation geleistet haben“? Vorerst jedenfalls bleibt General Evren entsprechend einer Übergangsregelung ohnehin für die nächsten sieben Jahre im Amt.

Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Staatspräsident sogar die Veröffentlichung von durch das Parlament beschlossenen (!) Gesetzen ablehnen und sie innerhalb einer Frist an die Große Nationalkammer zurücksenden kann (Art. 109).

Fazit: Die neue türkische Verfassung ist nicht geeignet, die wahren Absichten der Militärs zu verschleiern. Wer sie liest, weiß, daß dies die Verfassung einer Diktatur ist. Sie hat mit demokratischen Verfassungen nichts gemein.

Sie verstößt gegen fundamentale Prinzipien der Europäischen Menschenrechtskonvention, aber auch gegen die von den westeuropäischen Kreditgeberländern viel gepriesenen rechtstaatlichen Grundsätze der westlichen Welt.

Diese Verfassung ist ein Prüfstein: wer die türkischen Militärs trotz einer solchen Verfassung weiterhin unterstützt, ja sogar aufgrund der Verfassung meint, Hilfe rechtfertigen zu können, verliert jede Glaubwürdigkeit.

**MIT UNS
KANN MAN
EINEN
STREIFEN
MITMACHEN**
rote blätter **EINFACH
ABONNIEREN!**

Jeder neue Abonnent erhält ein Buchgeschenk aus dem Angebot der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verlage bis zum Wert von 14,80 DM. Das Jahresabo der roten blätter kostet 19,50 DM. Bitte Abo-Bestellung an: rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 1. Und nicht vergessen, den Buchwunsch anzugeben

AIB-Prämienangebot

Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangebot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönnner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter/Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ana Guadalupe Martinez
Die geheimen Kerker El Salvadors.
Das Zeugnis der Comandante Guerillera
205 Seiten, Lamuv 1982

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten.
Erzählungen aus Nicaragua
141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)
Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.
Aktionshandbuch 3
192 Seiten, Lamuv 1982

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme . . .
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain
San Romero de America.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Fredrik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf
CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen
218 Seiten, Weltkreis 1982

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die Zeitgenossen, Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

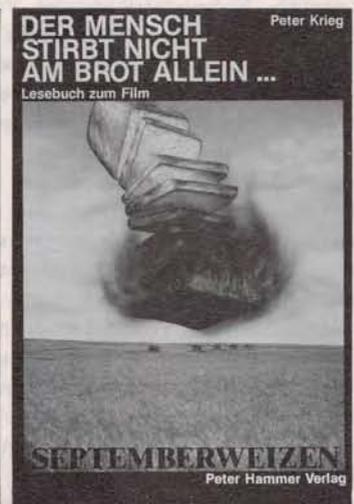
Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.
Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

C. Rincon/K. Tebbe (Hrsg.)
Nicaragua.
Vor uns die Mühen der Ebene
224 Seiten, Hammer Verlag 1982

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
Politisch-ökonomisches Handbuch
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981



Wolfram Brönner

Neue Akzente auf dem 6. BUKO

Der 6. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der vom 17.-21. November 1982 in Mannheim tagte, setzte einige neue Akzente.

Mit dem Kongreßthema „Entwicklung heißt Befreiung – Befreiung wovon?“ begann man mit einer kritischen Bestandsaufnahme der Rolle der Bundesrepublik in der sog. Dritten Welt, wobei der Anteil von Industrie und Staat an der Verfestigung unterdrückerischer Strukturen und Abhängigkeiten der Entwicklungsländer besonders beleuchtet wurde. Insgesamt elf Arbeitsgruppen befaßten sich u.a. mit der bundesdeutschen Konzernexpansion, Rüstungs-, Atom- und Pharmaexportpolitik, dem Agrobusiness, der Rohstoffsicherung, der Grundbedürfnisstrategie, dem Standort Bonn innerhalb der internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, Weltwährungsfonds), gegenüber den Forderungen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIWO) und den Konfliktregionen Nahost und Südliches Afrika.

Einige dieser Themen (Multis, NIWO, Weltbankgruppe u.a.) sollen in gesonderten Seminaren vertieft werden. Im Fall anderer wichtiger Themenbereiche verabschiedeten die 200 Teilnehmer des 6. BUKO, die 110 Gruppen, Initiativen, Komitees, Dritte-Weltläden, entwicklungspolitische und Solidaritätsbündnisse vertraten, Beschlußvorlagen.

Forderungen an die Bundesregierung

Der Mannheimer Kongreß forderte von der Bundesregierung:

- alle Rüstungsexporte, d.h. Exporte von Waren und Technologien, die einen bedeutenden Beitrag zum militärischen Potential der Empfängerländer leisten würden, sowie die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfen für ausländische Militär- und Polizeikräfte sofort zu stoppen bzw. zu unterbinden;
- die militärisch-nukleare und kulturelle Zusammenarbeit mit Südafrika aufzukündigen und zu unterbinden, einen vollständigen Wirtschaftsboykott gegen den Apartheidstaat zu verhängen, die illegalen Uranimporte aus Namibia zu stoppen sowie die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias (Afrikanischer Nationalkongreß, Panafrikanischer Kongreß, Südwestafrikanische Volksorganisation) und die Frontstaaten des südlichen Afrika zu unterstützen;
- den Export von Medikamenten, die nicht auch in der Bundesrepublik vermarktet werden, zu unterbinden und die Importe von Blutplasma bzw. von Plasmaprodukten drastisch zu vermindern;
- die Entwicklungshilfevergaben an Israel (1982 waren dies 140 Mio DM) zu streichen, sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel einzusetzen und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als einzig legitime Vertretung des arabisch-palästinensischen Volkes anzuerkennen.

Überdies teilte der 6. Bundeskongreß das Anliegen der Arbeitsgruppen Tourismus und personelle Entwicklungshilfe, daß unter bundesdeutschen Entwicklungshelfern und Touristen ein Problem- und Kritikbewußtsein gegenüber der profitorientierten bundesdeutschen Entwicklungspolitik zu wecken sei. Und er sprach sich dafür aus, die im Jahr zuvor begonnene Pharma-Kampagne fortzuführen.



Der Mannheimer Kongreß brachte somit markante Ansatzpunkte und Aktionsempfehlungen zur kritischen Auseinandersetzung mit dem bundesdeutschen Neokolonialismus hervor. Sie sollen auf dem 7. Bundeskongreß, der voraussichtlich im Juni 1983 in Hannover stattfinden wird, weiterverfolgt werden. Der 7. BUKO soll überdies unter der Fragestellung „Entwicklung wohin?“ eigene Alternativvorstellungen zur offiziellen Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik erarbeiten.

Desweiteren bezog der Mannheimer Kongreß gerade zu Schwerpunktgebieten der antiimperialistischen Solidaritätsarbeit wie südliches Afrika und Palästina/Libanon klare Gegenposition zum Bonner Kurs.

In der Resolution zu Palästina bekannte er sich zum Selbstbestimmungsrecht des arabisch-palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf einen eigenen Staat in Palästina, „unter der Führung seiner einzig legitimen Vertretung, der PLO“, zum Rückzug Israels aus allen 1967 okkupierten Gebieten und aus dem Libanon. Er plädierte für den Dialog zwischen Arabern und Juden im Interesse einer gemeinsamen, friedlichen Perspektive im historischen Palästina. Und er rief seine Mitglieder auf, „allen antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik entgegenzutreten“.

Als Versäumnis dieses 6. Bundeskongresses bleibt festzuhalten, daß eine entsprechende Positionserklärung zum Krisenzentrum Mittelamerika/Karibik nicht zustandekam. Dies lag nicht zuletzt an der unzureichenden Beteiligung der doch so starken bundesdeutschen Antiinterventionsbewegung (El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Kuba), was sich im Nichtzustandekommen einer Mittelamerika-Arbeitsgruppe in Mannheim niederschlug.

Allgemeine Zustimmung fand auf dem Mannheimer Kongreß das aktive Mitwirken des BUKO im Koordinationskreis 3. Welt (KK3W) dem außerdem angehören: die Informationsstellen zu El Salvador, Guatemala, Nicaragua, die Freundschaftsgesellschaft Kuba-BRD, die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) und die Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden. Der KK3W war im Vorfeld der Friedensdemonstra-

tion anlässlich des Reagan-Besuches in Bonn vom 10. Juni 1982 entstanden, um ein breitestmögliches Spektrum der Dritte-Welt-Szene in die Friedensbewegung einzubringen. Der KK3W und seine Mitarbeit im Rahmen der Friedensbewegung haben sich bewährt. Die Zusammenarbeit im KK3W bewirkte – wie der Koordinierungsausschuss des BUKO in seinem Mannheimer Bericht hervorhob –, daß wichtige Mitgliedsgruppen des BUKO auch organisatorisch enger zusammenrückten. Und dies trug schließlich zur Profilierung des BUKO in der hiesigen demokratischen Öffent-



lichkeit bei.

Umso unverständlicher mutete die unsolidarische Atmosphäre eines Diskussionsforums im Rahmen des 6. BUKO an, auf dem über das Verhältnis zur Friedensbewegung mit Vertretern ihrer verschiedenen Strömungen (Grüne, autonome Friedensgruppen, DFG/VK, Kofaz) debattiert wurde.

Als Agents Provocateurs traten hier wie an anderer Stelle die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), der spätmaoistische Bochumer Aktionskreis Afrika und die ESG-Südostasiengruppe Bochum auf. Anstelle der übergreifenden Ausrichtung gegen die globale Atomraketen- und Interventionspolitik der USA erklärten sie die Frage „Wie hältst Du's mit der Sowjetunion, Afghanistan, Eritrea usw.?“ zur Gretchenfrage der Zusammenarbeit. Es versteht sich, daß damit nur von den gemeinsamen Kernaufgaben von Friedens- und Solidaritätsbewegung abgelenkt und zugleich einer Ausgrenzung des konsequent antiimperialistischen, einheitsfördernden Flügels (ASK, Kofaz, AIB) aus ihren Reihen das Wort geredet werden soll.

Zahlreiche Redner, die die unsolidarische, spalterische Anlage dieser Angriffe ablehnten, verwiesen gleichzeitig auf fortbestehende Unklarheiten, auf ihr in einigen Fragen gestörtes Verhältnis zur Friedensbewegung. Es bleibt zu hoffen, daß aus den Reihen des BUKO möglichst viele Gruppen am Seminar des KK3W „Frieden und Dritte Welt“ im Februar 1983 (siehe Kasten) teilnehmen, um derartige Spannungen und Vorurteile zwischen beiden Bewegungen im beiderseitigen Interesse abzubauen. Es sei jedoch betont, daß auf dem Mannheimer Kongreß die auch künftige Unterstützung und Mitträgerschaft des KK3W seitens des BUKO nicht in Zweifel gezogen wurde.

Offen ließ dieser 6. Bundeskongreß insbesondere auch, ob man die Teilkritik am bundesdeutschen Neokolonialismus schließlich zu einer Art programmatischer Alternative, zu verallgemeinernden Aussagen und einem Forderungskatalog weiterentwickeln wird. Auf dem Mannheimer Kongreß wurden hierbei zwei gegenläufige Grundhaltungen sichtbar: Einerseits wären da die Befürworter (AAB, AIB u.a.) einer

solchen generellen Alternative zur Bonner Dritte-Welt-Politik, die diese als eine Minimalplattform im wichtigsten Betätigungsfeld des BUKO ansehen (der BUKO verfügt über kein Grundsatzprogramm) und sich dabei m.E. am Vorbild des entwicklungspolitischen Gegenmanifests der Schweizer Dritte-Welt-Szene vom Mai 1981 orientieren (siehe AIB 9/1981, S. 35-37). Andererseits hielt dem eine starke Strömung um das IZ3W Freiburg entgegen, der BUKO müsse von programmatisch-konzeptionellen Aussagen freigehalten werden und ein loser Zusammenschluß, ein Forum des unverbindlichen Informations- und Erfahrungsaustauschs von Aktionsgruppen bleiben. Der Einigungsprozeß des BUKO sei von daher auf punktuelle Kampagnen zu beschränken.

Die letztere Position zielt auch darauf ab, einem größeren organisatorischen Zusammenhalt des BUKO in Richtung eines politischen Dachverbandes gegenzusteuern. Auf dem Mannheimer Kongreß wurde denn auch die Initiative des Koordinierungsausschusses, den BUKO in eine feste Verbands- oder Vereinsform zu überführen, erst einmal aufgeschoben und auf den 7. Bundeskongreß vertagt. Dies stellt freilich in der Konsequenz seine Überlebensfähigkeit schon deshalb in Frage, weil vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) unter CDU/CSU-Regie die Fortsetzung des Finanzausschusses an den BUKO kaum erwartet werden kann.

Es wäre dies ein Untergang, der in Bonn gewiß Feststimmung auslösen würde. Als das BMZ im Juni 1982 den 20. Jahrestag seiner Zusammenarbeit mit privaten Entwicklungshilfeträgern feierlich beging, hatte sich der BUKO-Koordinierungsausschuss doch erdreistet festzustellen, das BMZ habe seit seiner Gründung „keine Entwicklungshilfe, sondern vielmehr Verarmungshilfe geleistet“.

Seminar Frieden und Dritte Welt

Mit Blick auf die Aktionen der Friedensbewegung im Jahr 1983 veranstaltet der Koordinierungskreis Dritte Welt (KK3W), in dem seit der Friedensdemonstration am 10.6.1982 in Bonn die Informationsstellen El Salvador und Guatemala, das Informationsbüro Nikaragua, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, die Anti-Apartheid-Bewegung, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) und die Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden zusammenarbeiten, ein Seminar zum Thema „Frieden und Dritte Welt“.

Eingeladen sind alle Dritte-Welt-Gruppen aus dem Bundesgebiet sowie interessierte Einzelpersonen. Das Seminar findet vom 18.-20. Februar 1983 in der Fachhochschule für Sozialarbeit in Frankfurt/Main statt.

Arbeitsgruppen zu folgenden Themen

1. 1983 – Das Jahr der Raketenstationierung? Die neuen Mittelstreckenraketen in der US-Globalstrategie
 2. Arbeitsteilung oder Konkurrenz? Unterschiede und Gemeinsamkeiten imperialistischer Strategien in der Dritten Welt
 3. Kriegsgefahr aus der Dritten Welt? Hat der 3. Weltkrieg schon begonnen?
 4. Befreiungsstrategien in der Dritten Welt. Ursachen und Perspektiven des Befreiungskampfes
 5. Konzepte alternativer Sicherheitspolitik. Können wir von den Blockfreien lernen?
 6. Militarisierung in der Dritten Welt. Gesellschaftliche und politische Folgen von Rüstungsexporten
- Zu jedem Arbeitsgruppenthema werden kontroverse Thesenpapiere vorgelegt, die das Spektrum der Meinungen innerhalb der Friedens- und Solidaritätsbewegung widerspiegeln sollen.

Anmeldung und weitere Informationen u.a. bei:

ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main; Tel.: 0611-236375

Jutta Weber

Nobelpreisträger G. Garcia Marquez — der „magische Realismus“

Kein literarisches Werk mehr wolle er schreiben, solange A. Pinochet in Chile herrsche, betonte noch Ende 1977 der derzeit wohl bekannteste lateinamerikanische Autor, Gabriel García Márquez.¹ Im Oktober 1982 sprach die Jury der Stockholmer Akademie dem kolumbianischen Schriftsteller den Nobelpreis für Literatur zu...

Weltruhm hatte der heute 54jährige vor allem durch seinen erstmals 1967 erschienenen Roman „Hundert Jahre Einsamkeit“ erlangt. Er ist inzwischen in 32 Sprachen und einer Auflage von über 10 Mio Exemplaren erschienen und beinhaltet eine universelle Geschichte des — auch in vielen anderen Romanen und Erzählungen G. García Márquez' immer wieder auftauchenden — legendären Dorfes Macondo.

Macondo ist fast überall

Macondo, dieser irgendwo im lateinamerikanischen Dschungel gelegene Ort, steht für G. García Márquez' Geburtsort Aracataca in der kolumbianischen Provinz Magdalena, wo er im Hause seiner Großeltern die ersten acht Lebensjahre verbrachte. In diesem Dorf, das nach dem Bananenboom zu Anfang des Jahrhunderts gerade wieder in seine Bedeutungs- und Ereignislosigkeit zurückverfallen war,² hatte der Junge zahllose phantastische Geschichten und Mythen gehört, hatte — im Hause allein unter Erwachsenen — aber auch früh die reale Erfahrung von Einsamkeit gemacht.

Abgesehen von eher sachlich und sprachlich nüchtern gehaltenen Frühwerken wie „Laubsturm“ (1955) und „Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt“ (1958), ist diese Verbindung von Phantastischem und Wirklichem ein Kennzeichen seiner Arbeiten. Ein anderes Kennzeichen des Autors stellt die Verflechtung eigener Erlebnisse mit lateinamerikanischer Geschichte dar. Sie ist es, die seine Darstellungen glaubhaft und als universelle Wirklichkeit verallgemeinerbar macht.

Das Provinznest Macondo mit seinen wunderlichen Erlebnissen, Sitten, Unsitten und Traditionen steht damit nicht allein für G. García Márquez' Geburtsort. In ihm haben sich auch nicht nur Erfahrungen des langjährigen Bürgerkrieges zwischen Konservativen und Liberalen in Kolumbien aufgestaut. Nein, in ihm läßt sich ganz Lateinamerika, seine Geschichte, die auch nach der Unabhängigkeit eine Geschichte von Gewalt und Unterdrückung geblieben ist, wiederfinden. Die Technik, mit Hilfe maßloser Übertreibungen und der Einbeziehung von Phantastischem die Wirklichkeit für jeden umso greifbarer und detaillierter zu schildern, haben Literaturkritiker und -wissenschaftler „magischen Realismus“ genannt. Mit diesem Begriff hatten sie ursprünglich den Stil des Guatemalteken Miguel Angel Asturias sowie des Argentiniers Jorge Luis Borges bezeichnet. G. García Márquez, der diese Technik weiterentwickelte und vervollkommnete, charakterisiert als magischen Realismus allerdings nicht nur

eine literarische Stilrichtung, sondern vielmehr „das wirkliche Leben in Kolumbien“.³

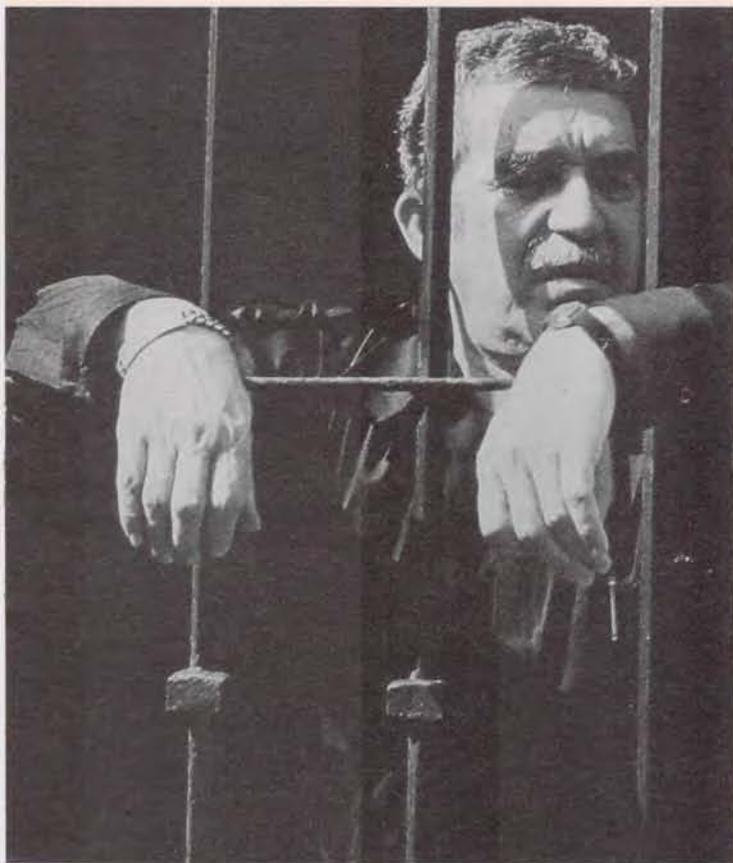
Um die Darstellung sozialer Widersprüche, die Entlarvung der Gewaltmechanismen auf denen, so zahlreiche Regimes seines Kontinents beruhen, geht es G. García Márquez in „Hundert Jahre Einsamkeit“ wie auch in seinen anderen Werken. Dies findet sich etwa in dem Roman „Die böse Stunde“ (1961), wo anonyme Schmähschriften fürchterliche Folgen haben, oder in der Erzählung „Das Leichenbegängnis der Großen Mama“ (1962). Indem G. García Márquez aber zeigt, daß die bereits als Ewigkeit erscheinende Zeit der Diktatoren zu Ende geht, daß überalterte Herrscher (beispielsweise der einstige Gebieter über ein fiktives karibisches Land in „Der Herbst des Patriarchen“, 1975) letztlich eben sterblich sind, drückt er die Gewißheit einer anderen Zukunft Lateinamerikas aus. Ohne sich plakativer Appelle bedienen zu müssen, ermuntert er damit jene, welche heute Diktatoren und Gewaltregimes bekämpfen, um den baldigen Aufbau des künftigen Lateinamerika zu ermöglichen.

G. García Márquez gehört selbst zu den engagiertesten Vorkämpfern dieses anderen Lateinamerika, auch wenn, wie er gelegentlich betont, seine einzige Waffe in diesem Kampf die Schreibmaschine ist. Beispielsweise ist er neben Julio Cortázar, Ernesto Cardenal und anderen Persönlichkeiten lateinamerikanischen Kulturschaffens Mitglied des „Ständigen Komitees von Intellektuellen für die Souveränität der Völker unseres Amerika“. Es will den kulturellen Austausch zwischen Intellektuellen innerhalb und außerhalb des Kontinents erleichtern, vor allem aber auch ein möglichst schnelles Reagieren auf künftige Manöver des US-Imperialismus garantieren.⁴

Reportagen vom wirklichen Leben

G. García Márquez' Gelöbnis, nichts Literarisches mehr zu schreiben, solange Pinochet nicht gestürzt sei, drückte nicht nur moralische Abscheu vor diesem Tyrannen aus. Es diente einer handfesten politischen Absicht. G. García Márquez war damals der Überzeugung, literarische Werke könnten nur sehr langfristig politische Wirkungen zeitigen. Deshalb betrachtete er es als seine Aufgabe, sich in dieser so kritischen Zeit lieber direktem politischem Engagement und journalistischer Arbeit zuzuwenden. Journalismus, sagte er damals, vermöge sehr viel schneller politische Resultate hervorzubringen; er bezeichnete ihn deshalb auch als eine Art „Notstandsgenre“.⁵

Auch in diesem „Notstandsgenre“, in dem er sich bis zur Veröffentlichung der „Chronik eines angekündigten Todes“ (1981) ausschließlich betätigte, war G. García Márquez freilich kein Neuling.



Bereits während seines kurzen und alsbald abgebrochenen Jurastudiums hatte er 1947 begonnen, Reportagen und Kurzgeschichten für die liberale Oppositionszeitung *El Espectador* in Bogotá zu schreiben. Die 1955 im gleichen Blatt in 14 Folgen veröffentlichte Reportage „Berichte eines Schiffbrüchigen“ hatte zwar kurzfristig dessen Auflagenstärke verdoppelt, den Autor aber in Lebensgefahr gebracht. Ein von Regierung und Medien Kolumbiens kurzerhand zum Nationalhelden gemachter Matrose, der von Bord eines mit US-amerikanischem Schmuggelgut überfrachteten kolumbianischen Zerstörers gespült worden und 10 Tage auf offener See getrieben war, hatte wider Erwarten ausgepackt. Seine von G. García Márquez niedergeschriebenen Berichte lesen sich als brisante Anklage dieser Zustände, der Militärs und Regierenden, die sie ermöglichten.

Die Zeitung schickte den Autor aus Sicherheitsgründen als Sonderkorrespondenten nach Europa, wo er sich wegen ihrer Schließung dann länger als geplant aufhalten mußte. Nach seiner Rückkehr war G. García Márquez längere Zeit für die kubanische Presseagentur *Prensa Latina* tätig, für die er u.a. aus New York berichtete. Später gab er in Bogotá die politisch-literarische Zeitschrift *Alternativa* heraus.

Stets hatte G. García Márquez neben seiner Arbeit an Romanen, Novellen und Erzählungen auch politische Reportagen verfaßt, in denen er eindeutig parteiliche Standpunkte bezog. In den letzten Jahren berichtete er beispielsweise über die „Bootsleute“ und den Neuaufbau Vietnams (siehe Reportage in AIB 11-12/1980), über die Erstürmung des Nationalpalastes durch die Sandinistas in Nicaragua, über die US-Intervention in Mittelamerika, über Kuba und Angola. Auch heute, wo er sein literarisches Schweigen längst gebrochen hat, betätigt er sich als wöchentlicher politisch-kultureller Kolumnist für die spanische Zeitung *El País*, für *El Espectador* in Bogotá sowie für die mexikanische Wochenzeitschrift *Proceso*.

Mit der „Chronik eines angekündigten Todes“ erschien endlich 1981 wieder eine Novelle, an der G. García Márquez jahrelang gearbeitet hat. Mit ihr werden der *Machismo*

(Männlichkeitswahn), aber auch von Frauen vertretene (und nicht zuletzt von der katholischen Kirche propagierte) weltfremde Moralvorstellungen angeklagt. Diese ermöglichen es, daß das Unglaubliche geschieht, daß ein im voraus peinlich genau angekündigter Mord verübt wird, unter Mitwisserschaft der Bewohner des ganzen Ortes.

G. García Márquez, der sich zuvor bemüht hatte, die zerstrittene Linke seines Heimatlandes in Gesprächen zu einigen und als deren Präsidentschaftskandidat galt, mußte im März 1981 Kolumbien verlassen. Der Grund: Paramilitärische Banden hatten in Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften ihm den Tod angekündigt. Aufgrund jener Zustände, die er in seinen Werken immer wieder kritisiert, sieht er sich heute gezwungen, im mexikanischen Exil zu leben. Wegen des inzwischen in Kolumbien erfolgten Regierungswechsels hofft er jedoch, im Frühjahr 1983 nach Kolumbien zurückkehren zu können.

Auch berufliche Pläne hat der persönliche Freund Camilo Torres', Salvador Allendes, Omar Torrijos', Fidel Castros und führender Sandinistas für die Zukunft schon geschmiedet: Den Nobelpreis begreift er als Aufforderung, weiterzuschreiben. Und mit dem Geld, das mit der Preisverleihung verbunden ist, möchte er in Bogotá eine linksoppositionelle Tageszeitung ins Leben rufen, in der insbesondere junge Journalisten eine Chance zum Beweis ihrer Leistungen haben sollen.⁶

Gabriel García Márquez, der fast gleichzeitig mit dem Nobelpreis für Literatur mit dem kubanischen Félix-Varela-Orden und dem Aztekischen Adler in Mexiko zwei weitere wichtige Auszeichnungen erhielt,⁷ setzt mit diesem Plan eine bei ihm schon länger Tradition gewordene Praxis fort, mit Geld dotierte Preisverleihungen in den Dienst politischer Ziele zu stellen.

Der diesjährige Literaturnobelpreis ist somit in mehrfacher Hinsicht bedeutend: Er würdigt zum vierten Mal bei insgesamt 80 derartigen Preisverleihungen einen Schriftsteller aus Lateinamerika⁸ und sicherlich einen Literaten, der seinesgleichen sucht. Gleichzeitig mit dem literarischen Werk würdigt er aber zwangsläufig auch das journalistische Schaffen G. García Márquez', das dem europäischen Publikum bisher leider weitgehend vorenthalten wurde.

Mit G. García Márquez würdigt dieser Nobelpreis aber auch eine Person, die dezidiert antiimperialistisch-progressive Standpunkte bezieht, die stets Partei für die Unterdrückten ergreift. Er unterstützt den Preisträger in einem Moment, in dem dieser im Exil auf Solidarität besonders angewiesen ist. Und er ermutigt schließlich all Jene, auf deren Seite sich García Márquez stellt und die sich in Lateinamerika wie anderswo gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung auflehnen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. G. García Márquez in einem Interview mit *Granma. Weekly Review*, Havanna, 25.12.1977
- 2) Vgl. zur Geschichte Macondos Curt Meyer-Clason, Nachwort zu Gabriel García Márquez, *Das Leichenbegängnis der Großen Mama* und andere Erzählungen, München (4) 1982, S. 207-220
- 3) Gabriel García Márquez, *Y de la guayabaya qué?*, in: *Proceso*, Mexiko-Stadt, 26.7.1982, S. 38f., hier: S.39
- 4) Zu den Aufgaben und Mitgliedern dieses auf dem ersten Treffen von Intellektuellen für die Souveränität der Völker unseres Amerika vom 4.-7.9.1981 in der kubanischen Hauptstadt Havanna gegründeten Komitees siehe: *Nuestra América. En lucha por su verdadera independencia*, Mexiko-Stadt 1981, S. 196
- 5) G. García Márquez in: *Granma*, a.a.O.
- 6) So G. García Márquez in einem Interview mit: *Newsweek*, New York, 1.11.1982
- 7) Vgl. *Barricada*, Managua, 1.11.1982. Der aztekische Adler ist die höchste Auszeichnung für Ausländer in Mexiko.
- 8) Frühere lateinamerikanische Preisträger waren: 1945 die chilenische Lyrikerin Gabriela Mistral, 1967 der guatemaltekeische Romanautor Miguel Angel Asturias, 1971 der chilenische Dichter Pablo Neruda.

Der Mord an Amilcar Cabral

Zwischen ihnen lagen Welten, doch beide Telegramme galten demselben Mann. „Ich bin überzeugt, daß alle friedliebenden Amerikaner sich mir in der Trauer über diesen tragischen Tod anschließen werden“, ließ Senator Edward Kennedy übermitteln. Das andere lautete: „Die portugiesischen und afrikanischen Arbeiter im Gewerkschaftsverband CGT des Renault-Werks von Billancourt bitten Sie, den Kämpfern der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverden (PAIGC) ihre schmerzlichen und brüderlichen Gefühle angesichts des feigen Mordes an Amilcar Cabral zu übermitteln. Seien Sie unserer aufrechten Unterstützung des Kampfes für die Befreiung in Guinea-Bissau und auf den Kapverdischen Inseln versichert.“

Am 20. Januar 1973 war Amilcar Cabral, Generalsekretär der Befreiungsbewegung PAIGC, unter den Kugeln einer Bande angeheuerter Verräter gefallen. Die Beisetzungsfestlichkeiten in der Hauptstadt der Republik Guinea, Conakry, wurden zur Demonstration des weltweiten Ansehens, das Afrika vielleicht bedeutendster Theoretiker und Führer des nationalen Befreiungskampfes erworben hatte.

A. Cabrals Leistung ist nur unvollkommen damit beschrieben, daß er als bislang einziger für Afrika ein geschlossenes Konzept des Befreiungskampfes entworfen und umgesetzt hat – von der Gesellschaftstheorie und -analyse bis zur Organisation und konkreten Anleitung des täglichen Kampfes. Er erkannte den Wert der wissenschaftlichen Analyse für die Praxis kolonialer Unterdrückung – und forderte, diese Waffe umzudrehen, sie gegen die Unterdrücker zu richten.

Auf der 1. Solidaritätskonferenz der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas („Tricontinentale“) im Januar 1966 in Havanna kritisierte er: Der „Mangel an Theorie, um nicht zu sagen das vollständige Fehlen revolutionärer Theorie bei den nationalen Befreiungsbewegungen – was sich schon in der Unkenntnis der historischen Realität erweist, die diese Bewegungen doch verändern wollen – stellt eine der größten, wenn nicht die größte Schwäche unseres Kampfes gegen den Imperialismus dar.“

Die Stationen des Werdegangs von A. Cabral: ab 1945 Studium in Lissabon (er gehörte zu den 14 bis 1960 aus Guinea-Bissau/Kap Verden stammenden Universitätsabsolventen), das er 1951 mit Bestnoten als Agraringenieur abschließt; Rückkehr nach Guinea-Bissau, dort 1953 mit einer Studie über die Landwirtschaft beauftragt. A. Cabral nutzt diese Gelegenheit zur Anwendung seiner an der Universität durch illegale Kontakte erworbenen Kenntnisse des Marxismus. A. Cabral muß nach Angola ausweichen, nimmt dort 1956 zusammen mit Agostinho Neto an der Gründung der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) teil, den er bereits während des Studiums neben anderen späteren Führern des Befreiungskampfes wie Mario de Andrade oder Marcelino dos Santos (Moçambique) kennengelernt hatte. Noch im selben Jahr gründen sechs Männer in Guinea-Bissau die spätere PAIGC; A. Cabral gehört zu ihnen und wird ihr Generalsekretär.

Theoretiker der nationalen Befreiung

Afrika – ein Kontinent ohne Geschichte, weil ohne „geschriebene“, lautet ein Klischee (dem selbst Georg Friedrich Hegel erlag). A. Cabral geht auf Karl Marx zurück, stellt klar, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse „Inhalt und Form des Klassenkampfes (bestimmt), die wirkliche und ständig treibende Kraft der Geschichte“ sind, einer Geschichte freilich, derer der Kolonialismus bzw. Imperialismus die afrikanischen Völker beraubt hat. Die Folgerung: „Die nationale Befreiung (ist) die Negation der Negation eines sozioökonomischen Ganzen. Mit anderen Worten: die Befreiung eines Volkes ist die Wiederherstellung seiner historischen Persönlichkeit, sie ist seine Rückkehr zur Geschichte mittels der Zerstörung der imperialistischen Herrschaft, der es unterworfen war.“ In letzter Konsequenz: nationale Befreiung erfolgt „nur dann, wenn die nationalen Produktivkräfte vollständig von jeder Art der Herrschaft befreit sind“.

Doch die Arbeiterklasse, als historischer Träger des Kampfes für dieses Ziel, ist unter den Bedingungen der meisten afrikanischen Länder zu schwach entwickelt. Die junge PAIGC setzte anfangs ganz auf die Organisation der Arbeiter in den Häfen Guinea-Bissaus. Das Massaker in Pidjiguiti an 50 demonstrierenden Hafentarifarbeitern am 3. August 1959 leitet einen Umorientierungsprozeß ein. A. Cabral begründet ihn mit der Unterscheidung zwischen der „revolutionären Hauptkraft“, der Arbeiterklasse, und der „physischen“, den Bauern. Ihre Organisation tritt in den Vordergrund. Cabral entwickelt innerhalb



der PAIGC das Herangehen an diese schwierige Aufgabe bis hin zu den Grundsätzen der individuellen, auf stammesspezifische, religiöse und andere Faktoren Rücksicht nehmenden Propagandaarbeit.

Wem aber fällt die Führung innerhalb des Befreiungskampfes zu? A. Cabral begründet die Rolle jenes revolutionären Teils kleinbürgerlicher Kräfte, der diese Aufgabe erfüllen muß und kann – in letzter Konsequenz aber, um das revolutionäre Ziel nicht zu verraten, „fähig sein muß, als Klasse Selbstmord zu begehen, um als revolutionäre Arbeiter wieder hervorzugehen, die sich vollständig mit den tiefsten Wünschen des Volkes, zu dem sie gehören, identifizieren“.

In diesem Zusammenhang spielt auch A. Cabrals Formulierung eines dynamischen, letztlich ökonomisch begründeten Kulturbegriffs eine Rolle, die nichts gemein hat mit jenen zahlreichen afrikanischen, abgehobenen und unhistorischen Kulturtheorien (z.B. L. Senghors „Négritude“), die vielfach lediglich der Ersetzung der kolonialen Ausbeuter durch neokoloniale, „schwarze“ dienten.

Mithin waren für A. Cabral – und in seinem Gefolge den größten Teil der afrikanischen Befreiungsbewegung – nicht etwa „die Weißen“ der Feind: „Dieser Feind ist nicht das portugiesische Volk, nicht einmal Portugal selbst: für uns ... ist der Feind der portugiesische Kolonialismus, der durch das faschistische portugiesische Regime repräsentiert wird.“ Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Formulierung eines gemeinsamen – internationalistischen – Interesses zwischen den Unterdrückten in den Kolonien und denen in der Metropole selbst. Es sollte sich in der portugiesischen Revolution vom 25. April 1974 verwirklichen.

Eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen war, daß das portugiesische Oberkommando 1969 faktisch die militärische Niederlage gegen die PAIGC konstatieren mußte. Um das politische Fiasko, die Proklamation der Unabhängigkeit durch die in den befreiten Gebieten gewählte Nationalversammlung doch noch zu verhindern, setzte das portugiesische Regime darauf, mit Amilcar Cabral den Führer und die bedeutendste Persönlichkeit des Befreiungskampfes auszuschalten.

Eine Gruppe von Verrätern – gefangene PAIGC-Mitglieder, durch Folter und politische Versprechungen korrumpiert – wurde wieder in die PAIGC eingeschleust. Zu großes Vertrauen und ungenügende Vorsicht ermöglichten das Verbrechen, indem die Mörder sich in der Umgebung A. Cabrals und des Hauptquartiers in Conakry bewegen konnten.

Die Attentäter wurden gefaßt und hingerichtet, dennoch blieben manche Zusammenhänge im Dunkeln. Dem portugiesischen Kolonialismus nutzte das Verbrechen nichts mehr.

J. Ostrowsky

Neuerscheinungen zu El Salvador

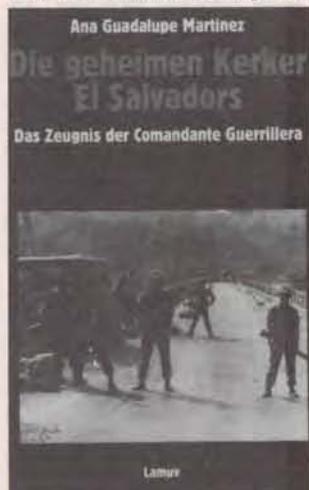
Ronald Reagans Besuch Anfang Dezember 1982 in Honduras und sein Treffen mit den Diktatoren Guatemalas und El Salvadors haben einmal mehr gezeigt, welche Bedeutung die USA der revolutionären Entwicklung in dieser Region beimessen. Zu einem Brennpunkt des Konflikts in Mittelamerika, zu El Salvador, sind im Oktober 1982 zwei Bücher erschienen:

Ana Guadalupe Martinez, *Die geheimen Kerker El Salvadors. Das Zeugnis der Comandante Guerrillera*, Lamuv Verlag, Bornheim 1982, 208 Seiten, 12,80 DM

ist der Bericht einer Betroffenen. Die Autorin, die heute Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der Nationalen Befreiungsbewegung Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) ist, schildert in dem packenden Buch ihre siebenmonatige Einkerkung im Jahr 1976/77 in einem der geheimen Gefängnisse der Nationalgarde, die Folterungen und Demütigungen, den Widerstand und die Solidarität der Mitgefangenen sowie ihre Befreiung.

Das Buch, das bereits 1977 geschrieben wurde, sollte damals die Weltöffentlichkeit über die Unterdrückung und Folter in dem damals kaum beachteten Land aufrütteln. Der Bericht ist trotzdem noch aktuell, denn das Verschwindenlassen von Personen wird heute in einem wesentlich größeren Umfang praktiziert und die Folter wird immer perfekter. Der Bezug zur aktuellen Situation wird hergestellt durch ein 15seitiges Interview mit der Autorin.

Die Stärke des Buches liegt weniger in seinem Faktenreichtum und der wissenschaftlichen Analyse, sondern vielmehr in der konkreten Darstellung der Situation und des Verhaltens der Eingekerkerten, der Gefolterten und der Folterer. Es wird gezeigt, wie Menschen unter solchen Bedingungen Widerstand leisten können, aber auch, weshalb es mitunter auch zur Preisgabe von Informationen kommt.



„Bei uns besteht die Folter nicht nur aus Schlägen, Tritten, Stromstößen, Verbrennungen und anderen 'Raffinessen', die die Diktatoren bereithalten, um an Informationen zu gelangen... Geschick wechselt der Terror mit scheinbarer Ruhe, die Tätigkeit des Henkers mit der des Verhörenden, der sich anbietet, der seine 'Freundshand' anbietet, um den Gefangenen aus seiner mißlichen Lage zu befreien.“ (S.56) Die Romantik, die mit dem Guerillakampf öfters verbunden wird, macht einer Realität Platz, die aus Hunger, Demütigung und Qualen besteht.

Der Bericht deckt aber auch die Schwächen der revolutionären Bewegung zum damaligen Zeitpunkt auf: „Fehlende Schulung und Erfahrung tragen dazu bei, daß Fehler begangen werden, die, wenn es kein solides ideologisches Gefüge gibt, von den Schwächen zum Ausplaudern und bis hin zum Verrat führen können.“ (S. 181) Das Hauptproblem der Volksbewegung zum damaligen Zeitpunkt war ihre Spaltung und Zerstrittenheit. A.G. Martinez, eine Führerin des Revolutionären Volksheeres (ERP), erkennt im Gefängnis vor allem durch die Solidarität der Gefangenen unterschiedlicher Organisationen, daß nur durch die Einheit der revolutionären Bewegung der Sieg errungen werden kann.

Der damalige Traum der eingekerkerten Freiheitskämpfer ist heute mit der Existenz der FMLN/FDR Realität geworden. Wie es zu dieser Einheit kam, was die Ursachen des Volksaufstandes in El Salvador sind, analysieren in einer Gesamtdarstellung:

Wolfram Bröner/Heinz-Jürgen Nieth, *Der Kampf um El Salvador.*

Volkserhebung und Intervention, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1982, 264 Seiten, 10,- DM

Im Gegensatz zu anderen bereits in deutscher Sprache erschienenen Büchern und Broschüren beschränkt sich dieses Buch nicht auf Einzelaspekte der Entwicklung in El Salvador. In drei Hauptteilen werden die Ursachen des Konflikts, die Entwicklung der revolutionären Bewegung El Salvadors sowie die Intervention der USA und Initiativen zu einer politischen Lösung dargestellt. Ein 76seitiger Anhang umfaßt 24 Dokumente zu den einzelnen Kapiteln, darunter das Programm der FDR, Stellungnahmen der Konfliktparteien und Vorschläge für eine Verhandlungslösung, darunter erstmals in deutscher Sprache die Friedensinitiative des mexikanischen Expräsidenten José Lopez Portillo.

Den „Krisenursachen“ der US-Administration vom „importierten Terrorismus und bewaffneten Angriff“ (S.14) stellen die Autoren die wahren Ursachen des Konflikts in und um El Salvador entgegen: den Reichtum und die Macht der Oligarchie, die Armut des salvadorianischen Volkes, die Unterdrückung durch das seit 50 Jahren regierende Militär: „Der soziale Notstand und die proportional mit ihm wachsende Unterdrückung des salvadorianischen Volkes trieben die Vielen zum Widerstand.“ (S.49)

Die Verantwortung der USA für den Konflikt wird nicht nur an ihrer Unterstützung für das Militär festgemacht, sondern auch an der Industrialisierungspolitik, die ab 1961 von John F. Kennedy unter der Bezeichnung „Allianz für den Fortschritt“ gefördert wurde, um in Lateinamerika Revolutionen nach dem Vorbild Kubas vorzubeugen. Resultat dieser Politik war das Eindringen der US-Monopole und eine verstärkte Kapitalkonzentration, während die versprochenen Boden- und Steuerreformen nicht stattfanden. „Abgesehen von den '14 Familien' und den Multis blieb es einer schmalen Schicht von Emporkömmlingen der Bourgeoisie, der Staatsbürokratie und der gehobenen Mittelschicht – meist liiert mit dem Auslandskapital – vorbehalten, am 'Wohlstand' teilzuhaben. Während sie, die Wenigen, 'prospektierten', vermehrte sich das Elend der Vielen.“ (S.45)

Allerdings war mit der beschleunigten industriellen Entwicklung auch ein Wachstum des Industrie- und Landproletariats und die Verarmung der Bauernschaft verbunden, was die soziale Grundlage für die Radikalisierung der Befreiungsbewegung abgab.

Im zweiten Hauptteil wird die Entwicklung der revolutionären Bewegung nachgezeichnet, vom Bauernaufstand im Jahr 1932 über die Bildung von reformistischen Parteien in den 60er Jahren, der wiederholten Verhinderung des Wahlsieges der Opposition bis hin zur Radikalisierung der Volksbewegung in den 70er Jahren und zur Bildung von Guerillaorganisationen. Detailliert wird die Entstehung und Entwicklung der einzelnen politisch-militärischen Organisationen und Volksorganisationen dargestellt.

Die Stärkung der Volksbewegung hatte den Militärputsch am 15. Oktober 1979 zur Folge, der „von der Regierung Carter mit eingefädelt worden (war), um El Salvador das 'Schicksal Nikaraguas' zu ersparen...“ (S.67). Es folgt die Schilderung dessen, wie sich die Rechtskräfte in der Junta durchsetzten und welches Ausmaß der anschließende Terror gegen die Volksbewegung erreichte. Eine Analyse des Einigungsprozesses der demokratischen und revolutionären Kräfte, der mit der Bildung der FMLN/FDR endet, schließt den zweiten Hauptteil des Buches ab.

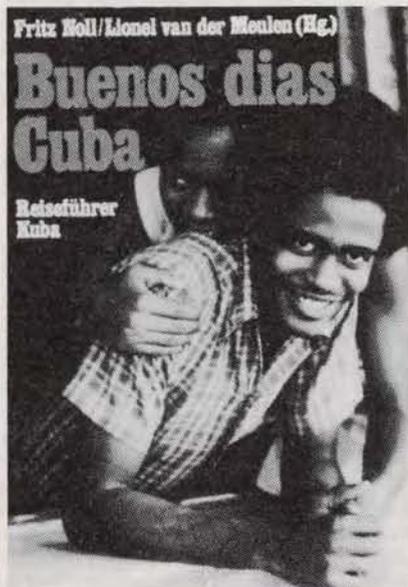
Die Intervention der USA wird in den beiden folgenden Kapiteln anhand der Politik der Carter- und Reagan-Regierung analysiert, mit Beispielen belegt und in den Rahmen der US-Gesamtpolitik in Mittelamerika und der Karibik eingeordnet. Die Prognose der Autoren, daß die Entwicklung in El Salvador auf ein „neues Vietnam“ zusteuert, ist durch die Ereignisse der jüngsten Zeit, besonders durch die Ermächtigung der Reagan-Administration zur Entsendung von Kampftruppen durch den US-Senat (siehe AIB 10/1982, S. 4ff.), noch erhärtet worden.

Sollte es zum Regionalkrieg von seiten der USA kommen, so müssen sich die Interventionstruppen auf einen zähen und schlagkräftigen Widerstand einstellen. Und: „Die Regierung Reagan muß ... mit einem Orkan des Protestes im eigenen Land rechnen.“ (S. 166) Das Buch schließt mit einer Analyse der Position der sozialliberalen Bundesregierung und der CDU/CSU.

Durch die umfassende Darstellung der Entwicklung in El Salvador und die Publizierung aller wichtigen Dokumente liefern die Autoren nicht nur ein wertvolles Grundlagenmaterial für die Aktivisten in der Antiinterventionsbewegung. Sie erlauben es auch einem interessierten Publikum, das über wenig Vorwissen verfügt, sich über den Kampf des salvadorianischen Volkes zu informieren.

N. Biver

Buchtips: Kuba



Ein nicht alltäglicher Reiseführer erschien zum Thema Kuba:

Fritz Noll/Konrad van der Meulen (Hrsg.), **Buenos Dias Cuba**, Lamuv Verlag 1982, 190 S., 16,80 DM.

Hier werden nicht die obligatorischen touristischen Reiseziele heruntergebetet – Schwergewicht dieses Buches liegt auf den konkreten Erfahrungen des alltäglichen Lebens. Beleuchtet werden die Lebensart der Kubaner, ihre soziale Situation, der Sport und der 1. Mai auf Kuba. Aber auch Hinweise auf E. Hemingways Spuren in Kuba fehlen ebensowenig wie Tips zum Einkaufen, ein paar spanische Redewendungen, Verkehrsverbindungen usw.

Das Leben Che Guevaras behandelt in Form eines historischen Romans Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf, **Che. Meine Träume kennen keine Grenzen**, Weltkreis Verlag 1982, 218 S., 12,80 DM.

Der Roman zeichnet die Stationen des Lebens von Che nach, von seiner Zeit auf der Universität bis zu seiner Ermordung im bolivianischen Busch. Viele Dialoge sind literarisch frei gestaltet; doch haben sie ihre reale Basis in den unzähligen Gesprächen der Autoren mit Mitstreitern Ches: den Gefährten auf der Fahrt der Granma, den Mitarbeitern in der Nationalbank von Kuba, sowie den Mitkämpfern, die die Schlacht in der Che gefangen genommen wurde, überlebten.

Zur politischen Lyrik Kubas erschien Nicolás Guillén, **Cuba-Lyrik-Revolution**, Pahl Rugenstein Verlag 1981, 342 S., 35 DM.

Die politische Lyrik N. Guilléns behandelt Themen wie die Ausbeutung Kubas durch die US-Konzerne, die soziale Situation der Landarbeiter, blickt in die Zukunft einer besseren Welt, ist Revolutionslyrik. Zwischen den auf spanisch und deutsch wiedergegebenen Gedichten und Sonetten finden sich Interpretationen, die die lyrischen Texte in ihren historischen und sozialen Zusammenhang stellen.

Lastwagen für die Westsaharais

Dank der marokkanischen Kriegsführung gegen die Bevölkerung der Westsahara leben heute rund 200.000 sahraouische Flüchtlinge in Lagern nahe der algerischen Stadt Tindouf. Angesichts der extremen Lebensbedingungen sind die Lagerinsassen, Frauen, Kinder und Alte, weitestgehend auf die Versorgung durch Hilfsgüter angewiesen. Diese müssen über eine Distanz von ca. 2.000 km von der algerischen Küste herangeschafft werden.

Die Naturfreundejugend und die Gesellschaft für Technische Kooperation Bremen sammeln zu diesem Zweck für einen Lastwagen nebst Zubehör (Nähmaschinen, Kühlschränke, Winterkleidung, Wolle, Schulmaterial; Kontaktadresse: Naturfreundejugend, Buchtstr. 14, 2800 Bremen).

Spenden an: GfTK, Kennwort Westsahara, Konto Nr. 22650500, Bremische Volksbank/BLZ 291900.

Besetzungsaktion zu El Salvador

Aus Protest gegen die Mittelamerikapolitik der Regierung Kohl besetzten Solidaritätskomitees am 2.12.1982 sechs CDU-Büros (in Hamburg, Hannover, Aachen, Münster, Düsseldorf, Frankfurt) und das Guatemala-Konsulat in Westberlin. Die Besetzer forderten von der Bundesregierung den Stopp der Entwicklungshilfe an die Regimes El Salvadors, Guatemalas und Honduras' sowie den Abzug honduranischer Offiziere aus der Bundesrepublik.

In einer gemeinsamen Erklärung begründeten die Besetzer ihre Aktion damit, daß die neue Bundesregierung mit ihrer Freigabe der seit zwei Jahren gesperrten Entwicklungshilfegelder in Höhe von 27,3 Mio DM an das salvadorianische Regime nicht der Bevölkerung, sondern der Diktatur zu Hilfe komme. Zugleich wolle Bonn die bereits zugesagte Hilfe an das revolutionäre Nikaragua von 20 auf 5 Mio DM kürzen. Die Besetzer verlangten, diese Entscheide wieder rückgängig zu machen sowie auch auf die vorgesehene Neuentsendung eines Botschafters nach El Salvador zu verzichten.

Solidaritätsprojekte für Grenada

Auf einem ersten Solidaritätstreffen am 31.10.1982 in Frankfurt beschloß der Freundeskreis Grenada-BRD, folgende Solidaritätsprojekte zu unterstützen: Erstens sollen 2.000 DM gesammelt werden, um dringend gebrauchte Schulmöbel nach Grenada zu verschiffen. Zweitens will der Freundeskreis für ein Gemeindezentrum materielle Solidarität organisieren.

Der Freundeskreis Grenada-BRD sucht zur Verbreiterung seiner Solidaritätsarbeit, zwecks sammeln und Weitergabe von Informationen und Materialien dringend weitere Mitglieder. Interessenten können sich bei folgender Adresse melden, bei der auch eine Materialliste angefordert werden kann: FK Grenada-BRD, c/o H. Lederer, Obere Fuhr 36, 4300 Essen

Spendenkonto: N. Noisser, FK Grenada-BRD, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt, Konto-Nr. 2607581600 (BLZ 50010111); (Stichwort „Schulmöbeltransport“ oder „Community School Day“)

Asylrecht

Mitte August 1982 ist Sevim Akbas, der von der Schweiz in die Türkei abgeschoben wurde, an den Folgen der Folter in einem türkischen Gefängnis gestorben. Die Verschärfung der Asylgesetzgebung in der BRD und das am 1.8.1982 in Kraft getretene Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) kann ähnliche Ereignisse in unserem Land zur Folge haben.

Das Gesetz soll den „Mißbrauch des Asylrechts eindämmen“ und das Asylverfahren beschleunigen. Die wesentlichste Beschränkung des neuen AsylVfG ist, daß die Einreise für Flüchtlinge aus „Drittländern“, die nicht direkt aus dem Verfolgerstaat einreisen, erschwert wird.

Nähere Informationen zum neuen Asylrecht enthält die kürzlich erschienene Broschüre: **Asyl, Nr. 2**, Ratgeber zum Asylverfahrensgesetz (Bezug: Hamburger Arbeitskreis Asyl, c/o H. Jacobi, Laufgraben 37, 2000 Hamburg 13; Preis 3 DM, zuzüglich 1 DM Porto)

Postkarten nach Südafrika

Trotz weltweiter Proteste, u.a. des UN-Sicherheitsrates (bei Enthaltung der USA), sind am 26. November 1982 vom Appellationsgericht in Blomfontein (Südafrika) die Todesurteile gegen Johannes Shabangu, Anthony B. Tsotsobe und David Moise bestätigt worden. Die wegen der Anschläge auf die Kohleverflüssigungsanlage Sasol II verurteilten ANC-Kämpfer können jetzt nur noch vom südafrikanischen Staatspräsidenten begnadigt werden. Dasselbe Appellationsgericht wird in nächster Zeit auch über die am 6. August 1982 gegen die Freiheitskämpfer Simon Mogoerane, Marcus Motaung und Jerry Mosololi verhängten Todesurteile zu befinden haben.

Um die Vollstreckung der Urteile zu verhindern, ruft der Afrikanische Nationalkongress (ANC) auf, die Kampagne zur Begnadigung der Freiheitskämpfer und ihrer Anerkennung als Kriegsgefangene zu verstärken. Schickt Protestkarten mit dieser Forderung an den südafrikanischen Premierminister (Postkartentovordruck befindet sich in der Hefmitte)!



Argentinien

Trotz Streikverbots brachte der für den 6.12.1982 ausgerufenen Generalstreik die Wirtschaft in allen Landesteilen Argentiniens zum Erliegen. Die Gewerkschaften, die damit ihrem Protest gegen hohe Inflation und Arbeitslosigkeit sowie ihren Forderungen nach rascher Rückkehr zur Demokratie, Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, höheren Löhnen und Arbeitslosenunterstützung Nachdruck verliehen, hatten erstmals seit dem Militärputsch im März 1976 zu diesem Kampfmittel gegriffen. Sie machten damit auch klar, daß das Aktionsprogramm der Regierung Bigone vom Oktober 1982 zur Schaffung „geeigneter Bedingungen“ für die im März 1984 vorgesehene Übergabe der Macht an eine Zivilregierung bisher in keiner Weise eingelöst wurde.

Ein von den Militärs zur Verhinderung einer späteren Untersuchung ihres Verhaltens in der Wirtschaftspolitik, im Malwinenkrieg und hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen geplanter Pakt mit Rechtsperonisten war bereits im Oktober 1982 auf einer peronistischen Massenkundgebung abgelehnt worden. In immer stärkere Bedrängnis gerieten die Militärs in den letzten Wochen durch die Entdeckung weiterer anonymen Massengräber, in



Gewerkschaftsdemonstration in Buenos Aires

denen vermutlich Leichen einiger der insgesamt 15.000 bis 30.000 Verschwundenen verscharrt wurden. Zu diesem Problem hat die Regierung eine Nachrichtensperre für Radio und Fernsehen verhängt. Erneut demonstrieren am 7.12.1982 über 30.000 Menschen für den Rücktritt der Militärregierung.

Bolivien

Am 6. November 1982 hat die neue Linkser Regierung Boliviens einen wirtschaftlichen Notstandsplan verkündet (siehe AIB 11-12/82, S. 46ff.). Der Wechselkurs des Dollar wurde auf 190 Pesos festgelegt, der Import von Luxusgütern verboten, die Preise für Benzin, Brot und andere lebenswichtige Güter um 100-200% und die Löhne um durchschnittlich 30% erhöht. Gleichzeitig wurde die Einführung der Arbeitermitbestimmung in den staatlichen Unternehmen, die Auflösung der

Geheimpolizei und die Verstaatlichung des multinationalen Elektrokonzerns Bolivian Power angekündigt.

Die Einheitsgewerkschaft COB lehnte die Lohnerhöhungen als unzureichend ab und forderte eine Erhöhung des Mindestlohns auf 11.330 Pesos statt auf 8.490 Pesos (1 DM = 17,5 Pesos; August 1982), wie von der Regierung verfügt.

Ecuador

Mitte Oktober 1982 lähmte eine Serie von Streiks bis hin zum Generalstreik das öffentliche Leben Ekuadors. Aufgerufen hatte die Einheitsfront der Arbeiter (FUT). Anlaß für die Ausstände war die Weigerung des christdemokratischen Präsidenten Osvaldo Hurtado, die Streichung von Subventionen zurückzunehmen, durch die sich Benzin um 120% und Mehl um 45% verteuerten. Dadurch sollte eine Haushaltslücke von 1,3 Mrd DM (1982) geschlossen werden. Die Streichung der Subventionen war eine direkte Auflage des Internationalen Währungsfonds, der daran die Vergabe eines Stützungskredits knüpfte.

Mit der Begründung, das Schüren von Unruhen gefährde nur den Bestand der Demokratie in Ecuador, verhängte der Präsident den Ausnahmezustand, während dem mindestens zwei Personen erschossen und hunderte verhaftet wurden. Die Streikenden erzielten Anfang November 1982 erste Erfolge und setzten deshalb einen neuerlichen, für den 7.11.1982 geplanten Generalstreik zunächst aus. Die Regierung versprach daraufhin strenge Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel zu erlassen.

Guatemala

Nachdem im Oktober 1982 aufgrund internationaler Proteste ein geplantes Massaker an 5.000 Indios in der Provinz Chimaltenango zunächst verhindert worden war und die Regierung der internationalen Presse eine „Hilfsaktion“ für die Betroffenen vorgetäuscht hatte, fand man Anfang November 1982 60 verstümmelte Leichen dieser Indios. Die Armee hatte inzwischen 200 von ihnen auf brutale Weise massakriert und damit die Völkermordpolitik von Rios Montt, der zwischen März und November 1982 ca. 5.000 Menschen zum Opfer fielen, auf einen neuen Höhepunkt getrieben. Ähnlich wie zuvor in Chimaltenango wurden Anfang Dezember 1982 in der Provinz Alta Verapaz von der Antiguerillaeinheit Kaibiles 7.000 Indios gezwungen, sich zu ergeben und in KZ-ähnliche sog. strategische Dörfer gepreßt.

Während Rios Montt öffentlich erwägt, künftig Napalm einzusetzen, wird seine Regierung von US-Präsident Reagan für Fortschritte in der Menschenrechtsfrage gelobt, die als Begründung für eine Wiederaufnahme der offiziell 1977 eingestellten Militärhilfe dienen soll. Ende Oktober 1982 war ein Putschversuch gegen die Regierung gescheitert, in dessen Zusammenhang führende Politiker der beiden Rechtsparteien Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN) und Authentische Nationalistische Zentrale (CAN) verhaftet worden sind.

BRD und „Dritte Welt“

In ihren Beziehungen zur „Dritten Welt“ profitiert die BRD von Unterdrückung und Abhängigkeit, für deren Festigung oder sogar Entstehung sie selbst auch verantwortlich ist. Das soll mit der vorliegenden Broschürenreihe aufgezeigt und belegt werden. Dabei legen wir besonderes Gewicht auf die Interessen und die Wirtschaftspolitik der deutschen Industrie und deren Rahmenabsicherung durch staatliche Politik.

Bisher erschienen:

- Band 1: Rohstoffsicherung (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 2: Rüstungsexport (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 3: Südliches Afrika (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 4: Palästina (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 5: Neue Weltwirtschaftsordnung (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 6: Grundbedürfnisstrategie (16 Seiten, 1,- DM)*
- Band 7: Personelle Entwicklungshilfe (32 Seiten, 2,- DM)*
- Band 8: IWF und Weltbank (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 11: Frauen (32 Seiten, 2,- DM)*
- Band 12: Tourismus (32 Seiten, 2,- DM)*
- Band 13: Paraguay (48 Seiten, 3,- DM)*
- Band 19: Atomexport (32 Seiten, 2,- DM)*

Weitere Hefte in Vorbereitung

Abonnieren lohnt sich!

Im Abo sind alle Hefte 30 % billiger und kommen sofort nach Erscheinen portofrei ins Haus! Das Abo kann jederzeit gekündigt werden.

Bestellung an:

**Magazin – Verlag
Königsweg 7
2300 KIEL 1
Tel.: 0431/ 63 1 43**

Südafrika

In den frühen Morgenstunden des 9. Dezember 1982 überfiel eine Spezialeinheit der südafrikanischen Luftwaffe eine Vertretung der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) in Maseru, der Hauptstadt Lesothos. Bei dem Hubschrauberangriff wurden über 30 Mitglieder des ANC sowie Zivilisten (darunter fünf Frauen und zwei Kinder) ermordet und mehrere Häuser und Fahrzeuge zerstört. In einer ersten Stellungnahme sprach der ANC von einer „verbrecherischen Schlächtere“, die aber letztlich die Befreiungsbewegung in ihrem Widerstand gegen das Apartheidregime bestärken werde.

Nach den ANC-Vertretungen in Moçambique, Zimbabwe, Swaziland und Großbritannien ist damit auch das geographisch ganz von Südafrika eingeschlossene und ökonomisch nahezu vollständig abhängige Königreich Lesotho zur Zielscheibe terroristischer Anschläge geworden, zu denen sich das Regime in Pretoria bereits im Januar 1976 einen gesetzlichen Freibrief ausstellen ließ. Danach ist die südafrikanische Armee „berechtigt“, in jedes afrikanische Land südlich des Äquators einzudringen, das sie als eine Bedrohung des Apartheidsystems ansieht.



Yankee: „Ich ‚bestrafe‘ dich mit der Vergabe von Krediten“

Südafrika — IMF

Mit dem 3.11.1982 hat der Internationale Währungsfond (IMF) allein für Südafrika insgesamt mehr Kredite bewilligt als für alle Staaten des afrikanischen Kontinents zusammen. An diesem Tag wurden — „natürlich“ zu extrem günstigen Zinsen und ohne die bei anderen afrikanischen Staaten üblichen restriktiven Auflagen — der Rassistenrepublik die gewünschten 1,07 Mrd Dollar bewilligt, in etwa soviel wie der Anstieg südafrikanischer Rüstungsausgaben zwischen 1980 und 1982. Angesichts ständiger militärischer Angriffe auf Angola und Moçambique, der illegalen Besetzung Namibias und der fortgesetzten Apartheidpolitik hatte die Generalversammlung der UNO am 21.10.1982 mit 121 Stimmen bei 23 Enthaltungen die Verweigerung des Kredits gefordert. Die dagegen stimmenden USA, BRD und Großbritannien warfen gegen diese Mehrheit in der UNO-Untergorganisation IMF ihre ökonomische Potenz ins Gewicht. Den Effekt erläuterte J. Makatini, UNO-Vertreter der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC): „Dieser Kredit ermuntert die Unnachgiebigkeit und die Kriegslust des Regimes von Pretoria.“

Namibia

Zu einem diplomatischen Fehlschlag geriet die Reise, die US-Vize-Präsident George Bush vom 10.-22.11.1982 durch sieben schwarzafrikanische Staaten führte. Bei keinem afrikanischen Staatsmann fand G. Bush Unterstützung für die Position Washingtons, im Namibiakonflikt könne es erst dann eine Lösung geben, wenn die kubanischen Truppen aus Angola abzögen. Während R. Mugabe (Zimbabwe) darauf bestand, daß die kubanischen Truppen zum Schutz vor südafrikanischen Angriffen in Angola stationiert seien, wiederholte der nigerianische Vize-Präsident Alex Ekwueme auf einer gemeinsam mit Bush veranstalteten Pressekonferenz die Forderung nach bindenden Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Auch der kenianische Staatschef Arap Moi wies das US-amerikanisch-südafrikanische Junktim in der Namibiafrage zurück und sprach offen von Verzögerungstaktik.

Derweil machte der südafrikanische Verteidigungsminister Magnus Malan in unmißverständlicher Form klar, daß Südafrika trotz des „konstruktiven Engagements“ (Reagan) der USA keine Namibialösung akzeptieren werde, aus der die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) siegreich hervorgehe. Weitere Zeichen der südafrikanischen Unnachgiebigkeit sind die fast zeitgleich zum Bush-Besuch in der namibischen Hafenstadt Walvis Bay abgehaltenen Direktwahlen zum Rassistenparlament in Pretoria, anlässlich derer der südafrikanische Ministerpräsident P.W. Botha erklärte, Walvis Bay sei ein „untrennbarer Bestandteil der Kap-Provinz von Südafrika“, sowie erneute südafrikanische Bombardements angolischer Stellungen 120 km von der namibischen Grenze entfernt.

Tschad — OAU

Am 25. November 1982 ist in Tripolis die Durchführung des 19. Gipfels der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) endgültig gescheitert, nachdem man sich im August 1982 nicht über die Teilnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara einigen konnte (siehe AIB 9/82, S. 46). Diesmal boykottierten 17 proimperialistische Staaten die Tagung, weil sie nicht hatten durchsetzen können, daß ausschließlich die Delegation Hissène Habrés den Tschad vertrete. Seine Truppen hatten am 7.6.1982 die vom 18. OAU-Gipfel als legitim anerkannte Regierung der Nationalen Einheit (GUNT) Goukouni Oueddeis aus der Hauptstadt N'Djamena vertrieben. Am 28. Oktober 1982 wurde jedoch in Bardai (im Norden des Landes) eine Regierung der Nationalen Rettung unter G. Oueddeis ausgerufen, die in ihrer Zusammensetzung der GUNT entspricht, die 1979 mit Unterstützung der OAU gebildet wurde. Trotzdem wurden Ende November 1982 der Regierung Habré, der 1980 aus der GUNT ausgetreten war, Kredite in Höhe von 175 Mio Dollar von ca. 30 Staaten und 24 internationalen Organisationen für den Wiederaufbau des Landes zugesprochen.

Richtigstellung: In der Kurzinformation in AIB 11-12/82, S. 71, ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen: Bei dem Führer eines Teils der Frolinat handelt es sich nicht um Abba Siddick, sondern um Mahamat

Abba Seid. Abba Siddick ist Mitglied der Regierung Habré.

Madagaskar

Der Versuch „bürgerlicher und ultralinker Kräfte, die sozialistische Orientierung Madagaskars zu beenden, ist bei den Präsidentschaftswahlen im November 1982 gescheitert. Ihr Kandidat Monja Joana erhielt nur 19,84% der Stimmen, während 80,16% der Wahlberechtigten für eine weitere 7jährige Amtsperiode Didier Ratsirakas votierten. Fünf von sieben Parteien der Nationalen Front zur Verteidigung der Revolution (FNDR) sowie die Nationale Volksversammlung hatten D. Ratsiraka unterstützt. In seinem Wahlprogramm hatte er eine beschleunigte, sich auf eigene Kräfte stützende Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft gefordert. Dadurch sollen vor allem Probleme der Versorgung der Bevölkerung und die aus sinkenden Exporteinnahmen und steigenden Preisen für Importe resultierende Auslandsverschuldung von über 1 Mrd Dollar reduziert werden. An der 1975 angenommenen „Charta der sozialistischen madegassischen Revolution“ soll festgehalten werden.

Kamerun

Nach 22jähriger Amtszeit ist der seit Erlangung der Unabhängigkeit regierende Präsident und Vorsitzende der Regierungspartei Nationalunion Kameruns (UNC), Ahmadou Ahidjo, zurückgetreten. Für den überraschenden Schritt wurden gesundheitliche Gründe genannt. Verfassungsgemäß übernahm am 6.11.1982 der bisherige Premierminister, Dr. Paul Biya, die Amtsgeschäfte. Er erklärte, die bisherige Politik fortsetzen zu wollen. Das hieße, die Landwirtschaft bliebe mit 25% im Zentrum der staatlichen Investitionspolitik und Hauptquelle der Exporteinnahmen (bisher 70%). Über die Verwendung der zunehmenden Einnahmen aus dem Öllexport (1981 ca. 500 Mio DM) werden unverändert nur bruchstückhafte Angaben gemacht — sie sind ein einträgliches Geschäft höherer Regierungsbeamter.

Obervolta

Junge Militärs stürzten am 7.11.1982 in Obervolta die Regierung Saye Zerbo und dessen bisher regierendes „Militärkomitee für den Wiederaufbau“ (siehe AIB 1/1981, S. 46). Unter Führung von Major Jean-Baptiste Quedraougo übernahm ein „Provisorisches Komitee zur Nationalen Errettung“ (CPSP) die Regierungsgeschäfte.

In einer ersten Proklamation des CPSP wird S. Zerbo vorgeworfen, die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger mißachtet, Studenten und Arbeiter widerrechtlich eingekerkert, die Gewerkschaften verboten, eine Mißwirtschaft betrieben und der Korruption Vorschub geleistet zu haben. Die CPSP versichert, die Rechte und Freiheiten der Bürger zu garantieren sowie die Forderungen des Volkes von Obervolta nach grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen in die Tat umzusetzen.

Libanon



Walid Djoublatt, Führer der Linken, nach einem Attentatsversuch Anfang Dezember 1982.

US-Außenminister George Shultz und sein Libanon-Sonderversmittler Morris Draper gaben im November 1982 bekannt, daß sich der noch zum Jahresende 1982 angesagte Abzug der Streitkräfte Israels, Syriens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) für Monate verzögern werde. Die Regierungen des Libanon und Israels konnten sich bislang nicht einmal auf das Niveau ihrer bilateralen Verhandlungsdelegationen einigen. Letztere spielt sichtlich auf Zeit, um als Besatzungsmacht möglichst viele vollendete Tatsachen im Südlibanon zu schaffen.

Während die USA darangehen, das militärische Engagement der multinationalen Streitmacht (rund 4.000 US-Amerikaner, Franzosen, Italiener) auf Seiten der libanesischen Armee auszubauen – siehe ihr Vordringen nach Ostbeirut, der Hochburg der Rechtsmilizen –, mußten die israelischen Besatzer empfindliche Schläge des libanesisch-palästinensischen Widerstands hinnehmen. Allein im November 1982 zählte man 19 Kommandooperationen bewaffneter Untergrundkämpfer, die insgesamt 445 Tote und 300 Verwundete auf Seiten des israelischen Militärs forderten (laut Afrique Asie, Paris, Nr. 284/6.12.1982). Am 13.11.1982 war in Tyr das Hauptquartier der Besatzer in die Luft gesprengt worden. Unter den an die 100 Toten waren zahlreiche hohe Offiziere. Damit wurde die Behauptung der Regierung Begin gründlich widerlegt, durch die Libanoninvasion vom Juni-August 1982 habe man mit dem Widerstand „Schluß gemacht“.

Nahost

Während eine Delegation der Arabischen Liga Anfang Dezember 1982 in Peking Unterstützung für ihren Nahostfriedensplan von Fes (September 1982; siehe AIB 11-12/82, S.8) fand, war sie zuvor in Washington von der Reagan-Administration mit der alten Vorbedingung konfrontiert worden: Auch eine implizite Anerkennung Israels sei unzureichend. Washington aber hält weiter an R. Reagans Nahostkonzept (ebenda, S.6), d.h. am Separatkurs von Camp David, fest. Und es hofft,

Jordanien Hussein-Regime doch noch in die sog. Autonomieverhandlungen über die Westbank und den Gaza-Streifen einbeziehen zu können.

Ähnlich zielgerichtet appellierte Ende November 1982 Ägyptens Präsident Mubarak an die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), sie möge Israel einseitig anerkennen. Gleichlaufende Gespräche zwischen dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat und König Hussein ergaben, daß die PLO-Spitze an ihrem Erstziel eines unabhängigen Palästinenserstaates festhält, eine nachgelagerte jordanisch-palästinensische Konföderation (sie wurde von R. Reagan angeboten und von König Hussein bejaht) aber nicht völlig ausschließt.

Auf einer Zentralratstagung der PLO am 25.11.1982 in Damaskus wurde der Reaganplan verworfen und demgegenüber das unbedingte Festhalten an einem unabhängigen Palästinenserstaat unter Führung der PLO betont. Eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Ägypten machte man von dessen Ablehnung Camp Davids abhängig.

Afghanistan

Am 29.11.1982 wurde zum vierten Mal seit der Afghanistan-Präsenz sowjetischer Truppen in der UNO-Vollversammlung über eine Resolution abgestimmt, die bedingungslos den Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan fordert. Die Resolution wurde mit 114 gegen 21 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen.

Unterdessen geht hinter den Kulissen das Ringen um einen praktikablen UN-Plan für die Lösung des Afghanistankonflikts weiter. Die offizielle pakistanische Position umfaßt vier Forderungen: unverzüglicher und bedingungsloser Rückzug aller ausländischen Truppen; Respektierung der territorialen Souveränität und des nichtpaktgebundenen Status Afghanistans; Achtung des Rechts des afghanischen Volkes, seine eigene Regierungsform selbst zu bestimmen; sowie Rückkehr der Flüchtlinge ins Land. Alle vier Punkte sind auch Bestandteil der erwähnten UN-Resolu-

tion.

Gleichwohl geht die Regierung in Islamabad heute – realistischer als kurz nach dem sowjetischen Eingreifen Ende 1979 – davon aus, daß eine als grundsätzlich notwendig erachtete „politische Lösung“ kein grundlegendes Roll back der seit der April-Revolution von 1978 vollzogenen Veränderungen bringen könne und daß ein ausschließliches Setzen auf die Unterstützung der „Rebellen“ langfristig zum Scheitern verurteilt sei. In einer unter UN-Schirmherrschaft im Juni 1982 in Genf erreichten Übereinkunft zwischen Afghanistan und Pakistan ist folglich auch ein gegenseitiger Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgesehen – für die afghanische Regierung Karmal der entscheidende Punkt bei einer möglichen Einwilligung in den Abzug der sowjetischen Truppen.

Sri Lanka

Am 20.10.1982 wurde der bisherige Präsident Sri Lankas, der 76jährige Führer der regierenden konservativen Vereinigten Nationalpartei (UNP), Junius Richard Jayewardene, in allgemeiner Wahl für 6 Jahre in seinem Amt bestätigt. In den – wahrscheinlich aufgrund ungünstiger Wirtschaftsprognosen und steigender Inflationsraten (gegenwärtig offiziell bei 18%) sowie steigender Lebenshaltungskosten (3- bis 5-fache Preissteigerung im Jahr 1982) – um 18 Monate vorgezogenen Wahlen erhielt er 52,9% der Stimmen, während die stärkste Oppositionskraft, die Sri Lanka-Freiheitspartei der ehemaligen Premierministerin Sirimavo Bandaranaike, auf 39,2% der Stimmen kam. Maßgeblich für dieses Ereignis war der Umstand, daß S. Bandaranaike die Bürgerrechte aberkannt worden waren, so daß sie nicht selbst kandidieren und die Ziele ihrer Partei propagieren konnte. J.R. Jayewardene will nun den von ihm entwickelten Plan der forcierten kapitalistischen industriellen Entwicklung mit dem Schwerpunkt der Heranziehung von Auslandskapital fortsetzen.



„Sie werden mich töten:“

IN GUATEMALA

wütet derzeit eine völkermörderliche Regierungsoffensive gegen das eigene Volk.

Breitangelegte Massaker und völlige Zerstörung von Dörfern und Ernten haben über 1 Million Indianer zur Flucht veranlaßt.

Wir können helfen!

Infostelle Guatemala e.V.
Malstr. 29, 8000 München 2



Spenden:

Pschkto 208159-802 BLZ 70020001
(gegen Spendenbescheinigung)





Apropos Seerecht

10. Dezember 1982, Montego Bay/Jamaika — Beginn einer neuen Weltwirtschaftsordnung?

119 Staaten unterzeichnen auf der Schlußsitzung der 3. UN-Seerechtskonferenz eine neue Seerechtskonvention. Sie erklärt die Meeresbodenschätze zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ und schiebt ihrem unbegrenzten Abbau durch die multinationalen Konzerne einen Riegel vor. Doch bereits jetzt droht das Ergebnis der „bedeutendsten Konferenz der Menschheit“ (Exaußenminister Henry Kissinger) zur Makulatur zu werden. Denn die USA, so verkündete Präsident Reagan, werden die Konvention weder unterzeichnen, noch sich an die Bestimmungen der Konvention halten. Auch die Regierung Kohl will von der Unterzeichnung der Konvention vorläufig nichts wissen.

Warum war eine globale Neuregelung des Seevölkerrechts notwendig geworden? Seit der 1. und 2. Seerechtskonferenz, die im Jahre 1958* und 1960 stattfanden, haben sich tiefgreifende weltpolitische und technologische Veränderungen vollzogen. So erkämpften rund 70 ehemals kolonial unterdrückte Völker ihre staatliche Selbständigkeit.

Beträchtliche Fortschritte in Wissenschaft und Technik ermöglichen heute eine viel intensivere Nutzung der Meere und ihrer Naturreichtümer. Dazu trifft das neue Seerecht Vorkehrungen hinsichtlich der Schifffahrts- und Fischereirechte, der Abgrenzung von Hoheits- und Wirtschaftszonen in den Küstengewässern und auf hoher See. Waren auf diesen Gebieten noch Kompromisse mit der Reagan-Administration, der Bundesregierung und den Vertretern anderer führender Industriestaaten möglich, so gibt es scharfe Interessengegensätze bei der Aufteilung der Rohstoffvorkommen in der Tiefsee.

Meeresgründe — reserviert für die Multis?

Dort lagern ab 3.000 Meter Wassertiefe — das sind 3/4 des gesamten Meeresbodens — etwa 25 Mrd t kartoffelähnlicher Manganknollen. Diese strategischen Vorkommen enthalten das zur Produktion hochwertiger Stahls notwendige Kobalt und Mangan, daneben Eisen, Nickel, Kupfer und 17 andere Metalle. Der Artikel 136 erklärt den Tiefseeboden und seine Naturreichtümer zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“. Kein Staat darf also die alleinige Souveränität über einen Teil des Tiefseebodens und die dort lagernden Rohstoffe beanspruchen oder ausüben.

Dennoch bekamen in einer Zusatzresolution über den Schutz sog. Pionierinvestoren acht multinationale Konzerne Vorzugsrechte bei der Erforschung und Ausbeutung der Rohstoffvorkommen der Tiefsee eingeräumt. Weil diese Resolution bei der Schlußberatung der Seerechtskonferenz im April 1982 in New York gemeinsam mit dem



Konventionstext zur Abstimmung gestellt wurde, enthielten sich die sozialistischen Staaten der Stimme.

Entgegen anders lautenden Behauptungen, die hierzulande verschiedentlich Verwirrung stifteten, gehören sie also — im Unterschied zu den Westmächten — nicht ins Lager der Gegner des neuen Seerechts. Sie hätten die Konvention sonst auch kaum unverzüglich unterzeichnet.

Zur Koordinierung des Tiefseebergbaus wird eine Internationale Meeresbodenbehörde geschaffen. Sie überwacht den Abbau und betreibt ihn teils selbst. Sie vergibt Lizenzen und kann auf den Weltmarktpreis über die Kontrolle der Fördermenge einen gewissen stabilisierenden Einfluß ausüben. Die Gewinne aus dem Abbau der Manganknollen gehen an die Mitgliedsstaaten, wobei die Entwicklungsländer besonders berücksichtigt werden.

Das hat die multinationalen Rohstoffkonzerne und ihre Sachwalter in den Regierungen aufgescheucht. Sie fürchten um „ihre“ Pfründe, um „ihren freien Markt“, um ihr Know-how. Sie beklagen, ihre Wünsche seien nur ungenügend berücksichtigt worden. Sie wollen sich die fetten Meeresgründe sichern, bevor die UNO ihren Einverleibungsdrang stoppt.

Die USA, die BRD, Frankreich und Großbritannien verhandeln inzwischen bereits über einen Separatvertrag. Dieses „Mini-Abkommen“ soll die Investitionen von Firmen, die sich jetzt schon im Tiefsee-Bergbau engagieren, schützen. Weiter wollen sich die Vertragspartner gegenseitig das Recht garantieren, Lizenzen zur Erschließung von Manganknollenfeldern in internationalen Gewässern abzusichern.

Daraufhin forderte der Präsident der Internationalen Seerechtskonferenz, Tommy Kol, die USA sollten von allen künftigen Gesprächen ausgeschlossen werden, da sie es darauf abgesehen hätten, die Konvention zu „ruinieren“.